blätter des iz3w

nr. 13/14 jan febr 72 Herausgeg: Informationszentrum Dritte Welt
D-78 Freiburg Lorettostr. 2o a Tel 71o28 App 29

Zusammengestellt und herausgegeben von: P. Arnold, S. Bartels, G. Cremer, E.H. Flammer, H.C. Flemming, J. Geue, F. Hemmerich, E. Knörich, H. Pöttker, P. Riedesser, B. Sandbothe, G. Stingl, L. Teubner. Konten: Bank für Gemeinwirtschaft Freiburg Nr. 1.o22.623.3; Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148 239; SCHWEIZ: G. Stingl, Aktion Dritte Welt Freiburg i. Br. , Postscheckkonto Basel 4o - 35899 . Jahresabonnementpreis bei mindestens 1o Nummern incl. Porto und Beilagen: DM 15,- .



Zur Sache:

1. Bei Beginn des neuen Jahres möchten wir um die Bezahlung der noch ausstehenden Abonnentenbeiträge von DM 15,-- pro Jahr bitten, die für unsere Arbeit dringend benötigt werden. Den bürotechnischen Aufwand, den einzelne Mahnungen an unsere säumigen Abonnenten verursachen würden, hoffen wir mit dieser Bitte zu umgehen. Wir möchten nochmals darauf hinweisen, daß der Jahresbeitrag für die "blätter" knapp kostendeckend ist, und uns die sehr lässige "Zahlungsmoral" eines Teils unserer Abonnenten in ernste Finanzschwierigkeiten führt.
Die (in finanzieller Hinsicht) vorbildlichen Abonnenten bitten wir, den sie vielleicht störenden sanften "Zahlungsterror" (der auch auf den folgenden Seiten betrieben wird) zu entschuldigen.
Wir bitten gleichzeitig um Überweisung der Abonnentengebühren für 1972.
Zu diesem Zweck liegen dieser Nummer wieder Zahlkarten bei. Unsere Konten sind auch auf dem Titelblatt angegeben.

2. An unsere Bitte in der letzten Nummer, den Verbreitungskreis dieser Zeitschrift durch private Abonnentenwerbung zu vergrößern, möchten wir nochmals erinnern. Hilfreich für uns wäre auch Werbung in Gruppen-, Studenten- oder Schülerzeitungen. Lesern, die bei solchen Zeitschriften mitarbeiten oder zu solchen Kontakt halten, wären wir für die Vermittlung dankbar. Anzeigenvorlagen können wir bereitstellen.

3. In Nr. 11/12 wurde leider vergessen, zu vermerken, daß der Artikel von Sue Dennis-Jones der Zeitschrift "Harambee- Freiheit durch Gemeinsamkeit", Hamburg, Nr. 2, Juni 1971 entnommen wurde.

4. In dieser Nummer befindet sich ein ausführliches Register über die Artikel, Beilagen, Rezensionen und Kurznachrichten der bisher erschienenen Ausgaben.

5. Dieser Ausgabe beigelegt ist eine uns interessant erscheinende Ausgabe der Zeitschrift "Afrika heute", Nr. 11/12/71. Wir weisen jedoch darauf hin, daß sich die Redaktion der "blätter" keineswegs mit dem Inhalt aller darin abgedruckten Artikel identifiziert.

Anfrage zur Entwicklungspolitik

Opposition: Der Dritten Welt ist das kapitalistische System zu empfehlen

Von unserer Bonner Redaktion

Srk. Bonn, 2. Februar
„Reinen Wein" möchte die CDU/CSU-Fraktion der westdeutschen Öffentlichkeit in bezug auf die Entwicklungspolitik der Bundesregierung einschenken und richtet deshalb eine Kleine Anfrage an den Bundesinnenminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Eppler, dem sie außenpolitische Linksmanöver und leere Versprechungen vorwirft. Der CSU-Politiker Roser vertrat vor Journalisten in Bonn die Auffassung, daß die Bundesregierung eine Stabilitätspolitik betreiben sollte, die ihr die Erfüllung von einmal gegenüber den Entwicklungsländern eingegangenen Verpflichtungen ermögliche. Außerdem ist es nach seiner Darstellung Aufgabe der Regierung, die Unternehmer im eigenen Land zu Privatinvestitionen in der Dritten Welt zu ermuntern. Statt dessen seien sie mit Äußerungen, die alles andere als Wohlwollen entdecken ließen, verunsichert worden.

Roser regte Forschungen darüber an, welches Wirtschaftssystem für die Entwicklungsländer von Vorteil ist. Nach seiner Auffassung erwirtschaften Länder mit marktwirtschaftlichen Systemen höhere Wachstumsraten des Bruttosozialproduktes als solche mit sozialistischen Systemen. Falls man zu dem Ergebnis käme, die Marktwirtschaft sei die bessere Wirtschaftsordnung, sollte man mit den Regierungen in der Dritten Welt darüber reden. „Wir müssen dem Trend in der Welt entgegenwirken, als wäre in der sozialistischen Staatswirtschaft das Heil zu suchen", sagte Roser.

Der Oppositionspolitiker schlug auch einen Europäischen Entwicklungsfonds für Lateinamerika, den Mittelmeerraum und Asien vor, weil der Brüsseler Fonds für die assoziierten afrikanischen Entwicklungsländer nach seinem Eindruck gut arbeite. „Wir dürfen aus europäischer Perspektive Lateinamerika nicht verlieren", sagte Roser.

Bonn (ddp)
Die Bundesregierung beabsichtigt bei der Einstellung von Entwicklungshelfern eine Überprüfung auf deren Sicherheitsrisiko nur noch in den Fällen, wenn ein Verdacht gegen sie vorliegt. Das teilte die parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Freyh, am Mittwoch in der Fragestunde des Bundestages mit. Eine routinemäßige Überprüfung aller Entwicklungshelfer sei „wegen der geringen Zahl von Verdachtsmomenten nicht erforderlich".

Asien

China und die deutsche Presse

Vorbemerkung

Nachfolgender Versuch, die Presse zu kritisieren, die die Volksrepublik China bei uns hat, steht vor einer unüberwindlichen kognitiven Barriere. Viele meiner Kenntnisse über dieses Land stammen nämlich notgedrungen aus den Massenmedien selbst. Der Maßstab, den meine Analyse anwendet, geht also auf den Gegenstand zurück, den er erst erfassen soll; das muß auf die Qualität der Ergebnisse zurückschlagen: Stellt sich heraus, daß deutschsprachige Zeitungen in der Regel ein lückenhaftes und schiefes China-Bild vermitteln, so kann entsprechendes auch von meinen Prämissen über Motive, Instrumente und Erfolge der chinesischen Politik gelten. Das trübt nun seinerseits meine Behauptung, daß die Presseinformation miserabel sei.

Allerdings schließt dieses Dilemma aus, daß überhaupt ein Europäer, der sich nicht gerade an Ort und Stelle in China befindet, Zuverlässiges über die Qualität unserer Informationen feststellen kann. In derselben Zwickmühle sitzen also auch die Zeitungen selbst, die keine eigenen Korrespondenten nach Peking schicken (1); außerdem alle Skeptiker, die meiner Argumentation nicht folgen wollen, sondern sich z.B. auch in diesem Jahr wieder irgendwann von "Bild" oder FR, WAZ oder "Welt", NZZ oder FAZ den Bären aufbinden lassen möchten, Veränderungen in der politischen Szene Chinas hätten in schwerer Erkrankung oder Tod Mao Tse-tungs ihren Grund (2). Natürlich, in nicht allzu ferner Zukunft werden solche Meldungen tatsächlich einmal keine Enten sein; das Problem für den Leser ist nur, herauszufinden wann, nachdem Mao seit nunmehr dreißig Jahren mit schöner Regelmäßigkeit von den Journalisten zu Grabe getragen worden ist.

Weit davon entfernt, speziell den folgenden Argumenten angelastet werden oder gar als Begründung herhalten zu dürfen, um das Bild, das die Presse von China und den Hintergründen seiner Politik entwirft, kritischer Reflektion ganz zu verbieten, hat der geschilderte heuristische Zirkel in der Sache selbst Ort und Bedeutung: Indem er die Hilflosigkeit ihrer Leser, Zuhörer und Zuschauer demonstriert, demonstriert er die Macht der Medien.

Die Volksrepublik China spielt heute für die Völker Südasiens, Schwarzafrikas und Lateinamerikas, deren Ressourcen die Industrienationen durch privaten und öffentlichen Kapitaltransfer gründlich, wenn auch hinter dem Schirm der Entwicklungshilfeideologie ausbeuten, als Beispiel und Beistand eine wichtige emanzipatorische Rolle. Diese fällt den Chinesen fast zwangsläufig zu: einerseits, weil sie bis in die fünfziger Jahre selbst zu jenen hungernden und siechenden Völkern gehörten, die durch kolonialen oder quasikolonialen Kontakt mit den imperialistischen Mächten in ihrer eigenen Entwicklung gestört und in ihrem biologischen, sozialen und kulturellen Bestand gefährdet werden, andererseits, weil sie bis heute nahezu die einzigen darunter sind, denen es schon gelungen ist, dieser Misere Herr zu werden - trotzdem, oder vielmehr: gerade weil "Hilfe" aus dem industrialisierten Teil der Welt seit über zehn Jahren nicht mehr in Anspruch genommen wird.

1949 schrieb der Staatssekretär im State Departement, Dean Acheson, an Truman: "Das wichtigste Problem, dem sich jede chinesische Regierung gegenübergesehen hat, ist die Ernährung der Bevölkerung des Landes. Bis heute ist es aber von keiner gelöst worden." (3) Das hat sich inzwischen geändert. Darüber, daß mittlerweile kein Chinese mehr hungern muß, sind sich selbst so verschiedene westliche Beobachter wie der von den Fortschritten der sozialistischen Gesellschaft begeisterte Schwede Jan Myrdal und der eher konservative deutsche Prof. Klaus Mehnert einig, dessen Hauptanliegen eine larmoyante Sorge um das geistige Leben unter dem Mao-Kult zu sein scheint.(4) Tatsächlich können heute wohl nicht nur die elementarsten Lebensbedürfnisse aller Chinesen befriedigt werden, sondern es hat sich ein Lebensstandard eingestellt, der bereits merklich über dem Minimum des Menschenwürdigen liegt und nicht - wie in den meisten Ländern der Dritten Welt - tief darunter. Ein Vergleich mit Indien, der sich aufdrängt, weil die traditionale Sozialstruktur dieser beiden Völker einige gemeinsame Elemente aufweist (hierarchische Großfamilie, mehrstufiges Bodenpachtsystem, zum Fatalismus reizende Religion) und weil die Ausgangslage Ende der vierziger Jahre ähnlich, wenn nicht sogar günstiger für Indien war, da die Engländer dort eine relativ

ausgereifte Infrastruktur hinterließen, ein solcher Vergleich fällt heute eindeutig zugunsten Chinas aus.(5) Insgesamt ist die chinesische Wirtschaft - landwirtschaftliche Produktion, Industrieproduktion, Außenhandel - leistungsfähiger denn je und noch immer im Aufschwung begriffen. (6)

Diese sichtbaren Erfolge lassen die Volksrepublik einerseits zu einem Vorbild für die übrigen Völker der Dritten Welt werden, das auch ohne den blassen Hintergrund abstrakter volkswirtschaftlicher Modellbildung überzeugend ist, andererseits gewinnen die Chinesen daraus selbst erst die Kraft und Möglichkeit, den Befreiungsbewegungen und den wenigen auch faktisch entkolonialisierten Völkern nicht nur "moralisch" zur Seite zu stehen, was im übrigen ganz in der Logik ihrer weltrevolutionären Vorstellungen liegt.(7)

Unter diesen Bedingungen könnten sich in der Armen Welt allmählich jene Entwicklungsprinzipien durchsetzen, die die Chinesen bei sich erfolgreich angewendet haben: Eigene Hilfsquellen ausschließlich in eigener Regie und nach eigenen Methoden in Anspruch zu nehmen, wobei traditionale und rationale Elemente zu einem kohärenten Instrumentarium verschmolzen werden, das sich immer wieder praktisch bewähren muß; auf ausländische Kapitalinvestitionen und Kredite zu verzichten; die Unterernährung als größtes soziales Problem direkt anzupacken, indem der Ausbau der Landwirtschaft, kleinen und mittleren Industrie gegenüber dem der schweren Rohstoffindustrie Vorrang erhält (für deren Erzeugnisse ohnehin nur im industrialisierten Teil der Welt ein direkter Nachfragebedarf besteht); Entwicklung nicht nur als Problem der Produktion, sondern ebenso als eines der Distribution zu verstehen, so daß außer der Steigerung statistischer Durchschnittswerte auch eine gleichmäßigere Verteilung der Lebensgüter angestrebt wird, die den hungernden Massen nicht auf dem Papier zugute kommt, sondern ihre wirklichen Mägen mit wirklicher Nahrung zu füllen vermag; sich bei Produktion und Distribution auf genossenschaftliches Gemeinschaftshandeln zu stützen, das den traditionalen Bedingungen in der Regel besser entspricht als eine individuelle Wirtschaftsweise mit privatem Gewinnstreben als Motor.

Solche Prinzipien widersprechen freilich in vielen Punkten dem, was sowohl in der offiziellen "bürgerlichen" als auch in der offiziellen "marxistisch-leninistischen" Theorie und Praxis der Industrieländer noch immer als Entwicklungskonzept gang und gäbe ist. Hier steht - gepaart mit blindem Fortschrittsglauben, dem Bodensatz der abendländischen Geschichtsphilosophie - seit eh und je das falsche Bewußtsein im Zentrum, die "unterentwickelten Gesellschaften" hätten die von Kapitalismus, Individualismus, auf Mittel zurückgenommener Zweckrationalität und rastlosem technologischen "drive" geprägte Entwicklung der Industrienationen schlicht zu kopieren. In diesem ideologischen Rahmen rechtfertigt sich ein zivilisatorischer Dünkel, der alle traditionalen Elemente rücksichtslos auszurotten verlangt und einen eigenen Weg der farbigen Völker vorab für unmöglich erklärt. Vor allem aber werden so die glänzenden Geschäfte der Industrienationen legitimiert, die durch ihre als "Entwicklungshilfe" deklarierten Kapitalanlagen - entweder direkt oder als Kredite an die parasitären Oberklassen der entwicklungsgehemmten Länder - vor allem auf dem Sektor der schweren Rohstoffindustrie abgewickelt werden. 78,7 % beispielsweise der sowjetischen "Entwicklungshilfe" seit 1958 gingen in die Bereiche Industrie, Energiewirtschaft und geologische Forschung, nur 6,2 % in die Landwirtschaft.(8) Der Produktionsfaktor Arbeit ist in der Armen Welt billiger zu haben als zu Hause, zudem sind die eigenen Rohstoffreserven der Industrieländer teilweise so rar (geworden), daß sie nur unter großem technischem Aufwand greifbar sind. Gewinne, die z.B. die US-Konzerne in Südamerika aus den dortigen Hilfsquellen schlagen, übertreffen daher die Höhe der Investitionen und Kredite rasch um ein Vielfaches (9): Ausbeutung par excellence.

All das berücksichtigt, erscheint es keineswegs schwer erklärlich, sondern geradezu zwingend, daß das Programm der Entwicklungshilfe, seit mehr als zehn Jahren fester Bestandteil unserer Politik, gemessen an seinen proklamierten Zielen kläglichen Schiffbruch erlitten hat. Indien, das immer mit einem Löwenanteil bedacht wurde, steht heute vor unvergleichlichen Schwierigkeiten, die offenbar als einzigen Ausweg offenlassen, dem Elend der breiten Bevölkerung durch Kriege mit Nachbarstaaten wenigstens das Bewußtsein von sich selbst für Augenblicke zu betäuben.

Setzt sich das chinesische Beispiel durch, dann ist es vorbei mit Kapitaltransfer und Profit durch "Entwicklungshilfe". Kein Wunder, daß in den Industrieländern die chinesischen Erfolge ignoriert oder diffamiert werden, denn eine faire Darstellung müßte die Entwicklungshilfeideologie gefährden. Art und Weise, in der die deutschsprachige Presse in den letzten Monaten an jenem Gespinst von Lügen und Halbwahrheiten über China gewoben hat, soll im folgenden vorgeführt werden.

Die Chinesen selbst haben ihre weltpolitische Aufgabe erkannt und offiziell akzeptiert. Seit etwa zwei Jahren stellen sie die Außenpolitik darauf um. Da ihr Entwicklungskonzept auf Unabhängigkeit und einen eigenen, in seinen konkreten Details nur für China gangbaren Weg abstellt, war die Selbstisolation lange Zeit eines der politischen Mittel, dieses Konzept zu verwirklichen. Jetzt sind die größten Probleme gelöst, niemand hungert mehr, die Wirtschaft floriert: die Instrumente, mit denen das erreicht wurde, dürfen nach und nach aus der Hand gelegt werden. An die Stelle der Selbstisolation treten weltrevolutionäre Ambitionen, deren theoretisches Fundament eine Einkreisungsstrategie im großen Stile ist, welche die "Städte" (Industrieländer) vom "Lande" (Dritte Welt) her einschnüren und schließlich zu Fall bringen will.

(10) Bevor es allerdings dazu kommt, muß das "Land" von der wirtschaftlichen und militärischen Unterdrückung durch die "Städte" befreit werden. Die Macht der Industrieländer und ihrer Untermieter, der dünnen Herrschaftsklassen in den Ländern der Dritten Welt, muß zunächst an Ort und Stelle in Asien, Afrika und Lateinamerika gebrochen werden. Nach chinesischer Vorstellung hat das in nationalen Befreiungskriegen der arm gehaltenen Massen zu geschehen, aktiv geführt von Partisanen, deren unverzichtbare Stärke es ist, wie Fische im Meer ihres eigenen Volkes zu schwimmen, aber niemals geführt von chinesischen Soldaten, die - wie die amerikanischen - in alle Welt transportiert werden und als fremde Eindringlinge auf diese Quelle der Stärke verzichten müßten. Die solcherart endlich auch faktisch unabhängig gewordenen Völker sollen dann ebenfalls den ihren sozialen Verhältnissen je adäquaten, eigenen und unnachahmlichen Weg der Entwicklung suchen, wobei nur die methodische Grundlage, eben die bewußte Emanzipation von konkreter Bevormundung und Unterdrückung, aus dem chinesischen Modell übernommen wird.

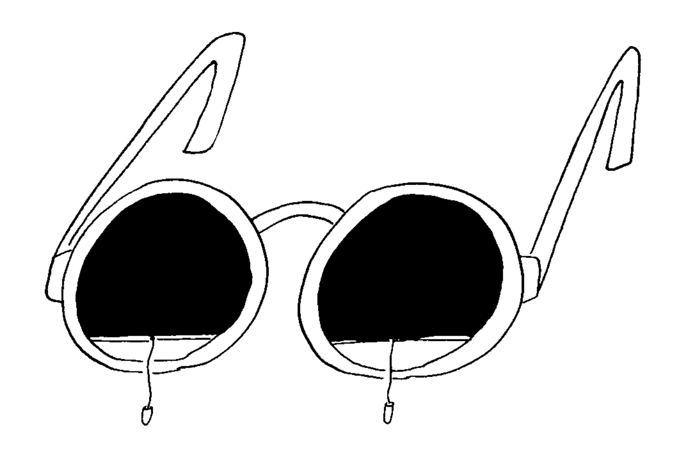
Will China diesen globalen Emanzipationsprozeß als Katalysator in Gang setzen oder beschleunigen, will es seine Rolle als methodisches Vorbild erfüllen und den ausgepreßten Völkern in ihrem Befreiungskampf wirksam beistehen, mit einem Wort: will es Einfluß in der Dritten Welt gewinnen, der sich vom Einfluß der Industrieländer grundsätzlich durch die Qualität dessen unterscheidet, was mit ihm durchgesetzt werden soll, darf es sich nicht mehr isolieren, sondern muß zu möglichst allen Staaten (auch den Industriemächten und den reaktionären Regimen in der Dritten Welt) Kommunikationskanäle schaffen, Kommunikationskanäle, um sich überall als Vorbild präsentieren, seinen praktischen Beistand mit den Partnern abstimmen und für Solidarität unter den Ländern der Dritten Welt sowie für Uneinigkeit unter den imperialistischen Supermächten sorgen zu können. Solche Kanäle haben sich die Chinesen geschaffen und werden sie sich weiter schaffen, seitdem sie im Jahre 1970 mit einer in ihrer Geschichte seltenen Entschlossenheit das Parkett der internationalen Diplomatie wieder betreten haben. Der bisher spektakulärste Erfolg dieser neuen Politik war die Aufnahme in die UNO und deren Sicherheitsrat im Herbst 1971. Antragsteller für die Aufnahme waren - bis auf Rumänien - ausschließlich Staaten der Dritten Welt. Der chinesische Delegationsleiter, Tjiao Guan-hua, hat in seiner An-

trittsrede unmißverständlich gesagt, zu welcher Gruppe von Staaten China sich zählt und welche Politik es in der UNO betreiben wird:

Der Weiterbestand des Kolonialismus verschiedener Erscheinungsformen ist eine Herausforderung an alle Völker der Welt. Die chinesische Regierung und das chinesische Volk unterstützen entschieden die Völker in Gebieten wie Mocambique, Angola und Guines (Bissau) in ihrem Kampf um nationale Befreiung; sie unterstützen entschieden die Völker von Azania (Südafrika, Anm. d. Red.), Zimbabwe und Namibia im Kampf gegen die Kolonialherrschaft der Weißen und gegen Rassendiskriminierung ...
Ohne wirtschaftliche Unabhängigkeit ist die Unabhängigkeit eines Landes unvollständig. Die wirtschaftliche Rückständigkeit der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas ist durch Ausplünderung von seiten des Imperialismus verursacht worden. Der Kampf gegen wirtschaftliche Ausplünderung und der Schutz der Ressourcen des Landes sind souveräne Rechte eines unabhängigen Staates, deren er nicht beraubt werden darf. China bleibt wirtschaftlich immer noch rückständig und ist ebenfalls ein Entwicklungsland. Wie die überwiegende Mehrheit der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gehört auch China zur Dritten Welt. Die chinesische Regierung und das chinesische Volk ... unterstützen entschieden die erdölexportierenden Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas und die anderen regionalen und speziellen Organisationen im Kampf zur Wahrung der nationalen Rechte und Interessen und gegen die wirtschaftliche Ausplünderung.(11)

Ebenso wie die praktische Aktivität der Chinesen z.B. beim Eisenbahnbau in Tansania und Sambia, der den sambischen Kupferexport in Zukunft vor der Willkür Portugals und der SAU schützen soll (12), demonstriert die Rede Tjiaos in aller wünschenswerten Klarheit, daß Mao Tse-tung und seine Genossen den weltpolitischen Grundkonflikt ansiedeln zwischen armen und reichen Völkern, zwischen Industriestaaten westlicher wie östlicher Provenienz einerseits und der Dritten Welt andererseits, nicht aber zwischen Industrieländern, die sich "demokratisch" nennen (und privatkapitalistisch sind) und solchen, die sich "sozialistisch" nennen (und staatskapitalistisch sind); denn in der armen Welt machen beide dieselbe imperialistische Politik. Die chinesischen Kommunisten behaupten auch im internationalen Rahmen den marxistischen Standpunkt, daß antagonistische Interessenwidersprüche zwischen Ausgepreßten und Auspressern, Ohnmächtigen und Mächtigen bestehen und keineswegs zwischen Mächtigen, die konkurrenzierend und unter verschiedenem ideologischen Überbau herrschen und ausbeuten. Kampf der farbigen Völker gegen den Kolonialismus sowie Wirtschafts- und Kulturimperialismus der USA, UdSSR und ihren Vasallen ist - im globalen Maßstab - Klassenkampf.

Die "Frankfurter Rundschau" war eine der wenigen deutschsprachigen Zeitungen, die - wenigstens aus Anlaß des UNO-Beitritts und der Antrittsrede Tjiao Guan-huas - die klare Linie und Absicht der neuen chinesischen Außenpolitik nicht verschwiegen hat; am 17.11.71 hieß es dort: "Die Rede war mehr als nur eine höfliche Dankadresse für die Aufnahme Pekings. Sie war eine weitreichende politische Willenserklärung, die den Rahmen für die künftige Arbeit Pekings in den Vereinten Nationen absteckte ... China will die Führerschaft in der Dritten Welt übernehmen."(13) Wenn sie die außenpolitische Offensive Pekings überhaupt politisch deutet, verbreitet sich die Presse meistens über das "Kräftedreieck" Moskau-Washington-Peking, das es auszubalancieren gelte. Man unterstellt ein formalistisches Modell der Machtkonstellation zwischen den Großmächten und hat einen ästhetischen Genuß daran, diese Geometrie durch die außenpolitische Öffnung Chinas um eine Dimension bereichert zu sehen:



Die globalpolitische Wirklichkeit hat sich in dieser Woche mit einer ebenso plötzlichen wie deutlichen Bewegung dem Bilde weiter angegli-

chen, das man sich von der allgemeinen Mächtekonstellation her schon lange machen konnte und mußte. Das Bild ist in der geometrischen Abstraktion ein Dreieck, im politischen Drehbuch ein hochinteressantes, wechselvolles und spannungsreiches Dreieckverhältnis zwischen den Großmächten Amerika, Sowjetunion und China. Die Wirklichkeit ist der Strukturformel insofern etwas schuldig geblieben, als die eine der drei Seiten, die Verbindungsstrecke Washington-Peking, bisher nicht ausgezogen war. Zwar waren alle drei Potenzen real genug, daß sie sich gegenseitig genau im Auge behalten mußten. "Im Spiel" miteinander, bald in Konfrontation, bald in Annäherung, bald im Auseinanderstreben, waren Washington mit Moskau, Peking mit Moskau, Moskau mit beiden - kaum aber Washington mit Peking.(14)

Wohlgemerkt (der erste Satz sagt es schon deutlich): Die "globalpolitische Wirklichkeit" hat sich dem Bild, das der NZZ-Redakteur von ihr hatte, um jenes Stück angeglichen, das sie der "Strukturformel" bisher schuldig geblieben war, nicht etwa umgekehrt! Nach dieser Strukturformel gehört China zu den industrialisierten Supermächten und seine Politik hat dieselben imperialistischen Motive und Methoden wie die der anderen Mitglieder des Dreier-Klubs. Auch wenn davon nicht die Rede ist, wird das doch ganz ohne Aufheben unterstellt. Von einer (möglichen) Bedeutung für die Emanzipation der Dritten Welt fällt kein Wort - es könnte auch der Glaubwürdigkeit der "Entwicklungshilfe" und damit den schweizerischen und deutschen Wirtschaftsinteressen in Übersee schaden. Natürlich wird solches vom einzelnen Redakteur nicht bewußt intendiert, es repräsentiert und vermittelt aber ein ideologisches Klima, in dem Darstellung und Kommentierung der jüngeren chinesischen Außenpolitik gedeihen. Politik - zumal Außenpolitik - wird hier noch ganz im Sinne des 19. Jahrhunderts als ein abstraktes Spiel mit Kugeln und Kräften präsentiert, das, scheinbar von den Herrschenden zu ihrer privaten Zerstreuung inszeniert (darüber jedoch unten), unerreichbar hoch über den Köpfen derer abrollt, die es doch allererst angeht, weil sie darunter am meisten zu leiden haben: in unseren Tagen unzweifelhaft die Massen der Unterernährten und Kranken in der Dritten Welt. An diesem Punkte scheint das politische Bewußtsein unserer Journalisten über Bismarck noch nicht sehr weit hinausgelangt zu sein.

Vom gleichen Schlage, aber noch perfider als diese wenigstens andeutungsweise politische Art und Weise, die diplomatischen Anstrengungen Pekings zu deuten, ist jene, private Neigungen und Abneigungen einzelner Personen, verborgene Machtkämpfe in der Partei- und Staatsspitze, kurzum: die Biographie von mächtigen Individuen verantwortlich zu machen. Eine Privatisierungstendenz, der bei uns im übrigen nahezu alle Presseinformation über öffentliche Themen anheimzufallen droht. Beim Thema "China" hat sie sich besonders nachdrücklich durchgesetzt. Alle Jahre wieder, also auch im letzten (1971), wird in großen Schlagzeilen über den schlechten Gesundheitszustand Mao Tse-tungs oder seine Entmachtung, über Animositäten führender Politiker und darauf beruhenden Krisen im Stile von Hofklatsch berichtet. Entweder sind solche Meldungen ganz aus der blauen Luft gegriffen oder sie knüpfen an vage Anhaltspunkte: Fehlt ein bekannter Politiker bei einem Bankett oder Empfang, spekuliert man, er sei "fallengelassen" worden, verliest der Rundfunk keine Zitate aus der "Mao-Bibel" mehr, gilt das schon als halbes Indiz für Mao Tse-tungs Tod.(15) Dabei hatte dieser selbst lange vorher in Gesprächen mit Edgar Snow eine plausible Erklärung dafür gegeben: er hält nicht viel von dem Kult um seine Person und meint, man könne auf dessen massive pädagogische Wirkung nach und nach verzichten.(16) Der Vollständigkeit halber ist zu erwähnen, daß die "Frankfurter Rundschau" - freilich fast allein auf weiter Flur - zum allmählichen Abbau des Personenkultes einen aufschlußreichen Artikel des Basler Politologen Arnold Künzli veröffentlicht hat.(17)

Günter Amendt hat 1968 in einer Untersuchung, die sich kritisch mit deutschsprachiger Presseinformation über die Kulturrevolution befaßt, einige ausgesprochen exotische Blüten entdeckt, die die "Peking-Astrologie" (ein Ausdruck, auf den sich "Die Welt" für ihre Art der Berichterstattung etwas zugute tut, denn sie beruft sich mehrfach voller Stolz auf "Peking-Astrologen" (18)) über Lebenswandel, Auf- und Abstieg chinesischer "Parteigrößen" hervorgetrieben hat.(19) Nachfolgend sollen einige Exemplare aus jüngerer Zeit vorgeführt werden, die in das Bild gehören, das unsere Zeitungen von den Hintergründen des außenpolitischen Wandels zu vermitteln suchen. Am 12. Juli 1971 verstieg sich die "Bild-Zeitung" in einem Artikel über Mao Tse-tungs Frau Dschiang Tjin (Schlagzeile: "Maos Frau lebt wie eine Kaiserin") zu folgenden Sätzen, die so albern sind, daß sie entweder einer perversen politischen Phanta-

sie oder einer zynischen Mißachtung der Intelligenz aller 10 Millionen Leser entsprungen sein können:

> Experten glauben, daß Maos Mißtrauen gegenüber Moskau von Marschall Lin und seiner Frau beeinflußt wurde. Marschall Lin ist ein leidenschaftlicher Moskau-Feind. Auch der zaghafte Beginn der Ping-Pong Beziehungen zum Westen soll Madame Mao zu verdanken sein. Sie hat Gästen oft erzählt, wie gern sie Hollywood und den Broadway kennenlernen würde.
> Und während dekadente amerikanische Filme offiziell in Peking verboten sind, genießt Madame Mao sie in ihrem Privatkino. Aus Hongkong hat sie sich die Streifen "Easy Rider", "Love Story" und sogar den antikommunistischen Schinken "True Grit" mit John Wayne kommen lassen.
> Sie liest die Pariser Modezeitschrift "Vogue" und bezieht ihre Kosmetika aus den USA.
> China-Kenner glauben, daß Madame Mao nicht immer nur von jenseits des Thrones herrschen will. Sie meinen, daß ganz eigennützige Interessen Madame Mao und ihren Verbündeten Lin Piao dazu veranlassen, aus Mao schon zu seinen Lebzeiten einen fernen Gott zu machen.
> So wird es viel leichter sein, nach dem Tod des Vorsitzenden Mao in seinem Namen, im Namen Gottes, zu regieren.(20)

Man stelle sich vor, irgendeine Zeitung würde ernsthaft behaupten, die Ostpolitik der SPD-FDP Koalition sei auf Frau Brandts Appetit auf russischen Kaviar zurückzuführen. Dabei hätte wohl selbst die robuste "Bild-Zeitung" Angst, sich lächerlich zu machen. Aber China, irgendwo hinter den sieben Bergen, ist eben wirklich das Märchenland der deutschen Presse, mit dem man sich jede journalistische Entgleisung erlaubt.

Wenige Wochen später möchte "Bild" die außenpolitische Öffnung (unter anderem, aber eben auch nur unter anderem zum Westen) nicht mehr den Lebensgewohnheiten Dschiang Tjins, sondern der Biographie und den persönlichen Abneigungen Tschu En-lais, des "kleinen drahtigen 73-jährigen Regierungschefs" (21), zuschreiben, wobei sich das Blatt wiederum auf anonyme "westliche Beobachter" beruft.

> Tschu kennt im Gegensatz zu Mao auch viele ausländische Staaten und steht dem Westen aufgeschlossener gegenüber als sein KP-Chef. In westlichen Kreisen glaubt man deshalb, daß die Kurskorrektur in den chinesisch-amerikanischen Beziehungen von Tschu En-lai eingeleitet wurde
> ...
> Zu den Sowjets hat Tschu En-lai ein kühles Verhältnis ... Aus dieser Aversion von Tschu En-lai gegenüber der UdSSR leiten westliche Beobachter einen möglichen weiteren Grund für die Unruhe in China ab.(22)

Es ist also völlig egal, welcher Einzelperson die erstaunliche Leistung zugeschrieben wird, die chinesische Außenpolitik von Grund auf und gegen alle Tradition geändert zu haben, um die eigenen kleinen Liebhabereien und Abneigungen zu hätscheln: Gestern waren es Dschiang Tjin und Lin Piao, heute ist es Tschu En-lai und morgen vielleicht irgendein anderer. Wichtig ist nur, daß überhaupt jemand in solcher Drahtzieherfunktion auf die Bühne gebracht wird, damit niemand meinen könnte, die Ereignisse hätten übergreifende, politische Bedeutung, die jeden konkret betrifft. Die Idee, das Motiv für die diplomatische Offensive Pekings sei vielleicht jenes, das Tjiao Guang-hua vor der Öffentlichkeit der UNO genannt hat und das auch eine nur oberflächliche Kenntnis der Schriften Mao Tse-tungs vermuten läßt, scheint zu abwegig zu sein, als daß deutschsprachige Journalisten darauf verfallen könnten.

Chiang Chin,

dritte Frau von Mao Tse-tung, wurde in der Zeitung „Sowjetische Kultur" porträtiert: „Sie ist eine mittelmäßige Schauspielerin, die weder beim Theater noch beim Film Karriere gemacht hat, eine



Komponistin, die nichts von der Musik versteht, und eine erbärmlich schlechte Politikerin." Besonders verdient gemacht habe sie sich um das Theaterleben in China: „Von den 2890 Theatergruppen,



die es vor der kulturellen Revolution in China gab, sind heute kaum zehn übrig."

Denn es sind nicht nur die Boulevard-Blätter, die mit Vorliebe Peking-Astrologie betreiben, sondern die "seriösen" Zeitungen gleich welcher Couleur tun es ebenfalls - mit dem Unterschied allerdings, daß der Leser hier nicht die Hauspantoffeln und kleinen Schwächen der Mächtigen vorgeführt bekommt, sondern deren ambitiöses Gerangel um Herrschaftspositionen, das allein politisches Geschehen auszumachen scheint.

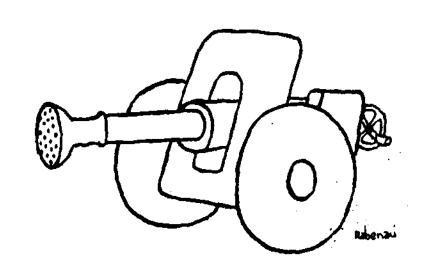
> Wieder einmal steigt eine Flutwelle von Spekulationen und Gerüchten über das politische Geschehen in China. Das auslösende Ereignis war die Absage der Parade zum 1. Okto-

ber, zum Nationalfeiertag Pekings, an dem alljährlich unter Anwesenheit des Parteichefs Mao Tse-tung der Sieg der Kommunisten im chinesischen Bürgerkrieg gefeiert wird. Mit Sicherheit haben wichtige Gründe die Führung zu diesem ungewöhnlichen Schritt veranlaßt. Sie liegen nach wie vor im dunkeln. Sie setzten ein weltweites Rätselraten in Gang. Die Skala der Vermutungen reicht von einer ernsten Erkrankung Maos oder gar dessen Tod bis zum Ausbruch interner Machtkämpfe ... ((23) Hervorhebung: hpö)

Es folgt eine detaillierte Beschreibung dessen, was Harry Hamm, der Autor dieser Zeilen, seinerseits über die internen Machtkämpfe spekuliert. Der Weisheit letzter Schluß besteht schließlich darin, die "charismatische Ausstrahlung" Mao Tse-tungs als wichtigsten Faktor chinesischer Politik hervorzuheben:

> Kein anderer Führer in China, sei dies nun der gewiß in der Armee über große Sympathien verfügende designierte Nachfolger Lin Piao oder der kluge und taktisch überaus versierte Tschou En-lai, besitzt eine solche charismatische Ausstrahlung wie Mao. Es ist dies einer der wichtigsten Gründe, warum das kommunistische China Ereignisse wie etwa den großen Sprung oder die Kulturrevolution überstehen konnte, die das Riesenreich auf dramatische Art in seinen Festen erschütterten.
> Die Bedeutung Maos für den Bestand Chinas kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Das wissen insbesondere jene Männer, die zu seinen engsten Mitarbeitern gehören. Wenn Mao nicht mehr wäre, drohte eine Entwicklung, die China in völlig unvorausschaubare Bahnen treiben könnte.(24)

Daß die politischen Ereignisse strukturelle soziale und wirtschaftliche Hintergründe haben, daß sie im Kampf der Klassen und dessen theoretischer Einschätzung wurzeln, daß die Paraden abgesagt wurden, weil sie teuer sind, und die Kulturrevolution China nicht zugrunde gerichtet hat, weil sie das Entstehen einer verknöcherten bürokratischen Herrschaftshierarchie nach russischem Muster verhindern und eine gerechtere Distribution herbeiführen konnte, kommt nicht einmal als Möglichkeit in Betracht.



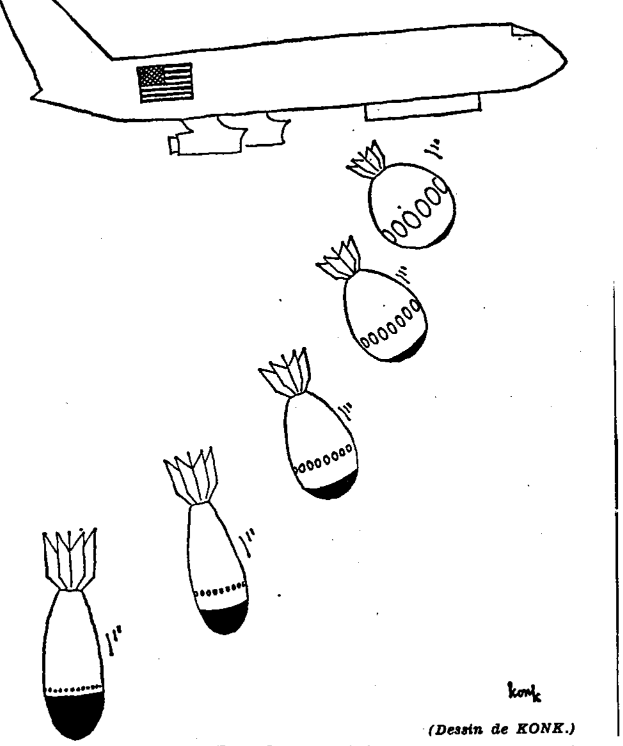
In ebenso fragwürdiger Weise berichtet Karl Grobe, der für China zuständige Redakteur der "Frankfurter Rundschau":

> Seit Mitte dieses Jahres verschweigen die Massenmedien seines Landes seinen Namen, als sei er ein obszönes Wort. Seine engsten Gefolgsleute sind seit September schon in der Öffentlichkeit nicht mehr gesehen worden. Um so mehr Gerüchte schießen ins Kraut. Der Kern der Vermutungen scheint zuzutreffen: Lin Piao (geboren als Lin Yü-yung vor 65 Jahren) ist nicht mehr, was er einmal war ...
> Die Zeit "nach Mao" steht damit abermals zur Entscheidung wie 1965, als die Große Proletarische Kulturrevolution begann. So wird auch über Maos Nachfolge bestimmt, und wenn nicht alles trügt, wird diese in Peking zur Zeit als Kollektiv gedacht: Tschu En-lai und sein Vertreter Li Hsiän-niän als Repräsentanten des Staates; eine in leicht differenzierte Flügel aufgeteilte Gruppe um Maos Frau Djiang Tjin und die Schanghaier Linken Dschang Tschun-tjiao und Yao Wen-yüan sowie diverse Rechte als Vertreter von Partei und Ideologie; ein noch namenloses Kollektiv im Kollektiv als Platzhalter der Armee. Diese aber kommt erst an dritter Stelle.
> Das Gleichgewicht hat sich verschoben, und mit der Waagschale der Armee senkte sich die des Lin Piao. Sein Abstieg und der seiner politischen Umgebung wurde unaufhaltsam.(25)

Wenn man mehrere solcher Rangtafeln in der Presse studiert hat, weiß man, was man davon halten darf: Garnichts, denn sie weichen alle voneinander ab (und eine kann doch höchstens die richtige sein). Die meisten Peking-Astrologen, deren Geschäft es ist, sie zusammenzubasteln, muß "alles getäuscht" haben. Auf den Bericht Grobes, der zitiert wurde, trifft zu, was Amendt in seiner Analyse von 1968 feststellt: "Politik wird verharmlost zum sportlichen Spiel, der einzelne gestempelt zum konsumierenden Zuschauer. Politik wird aufgeteilt zu einer Reihe von Ereignissen, kontinuierlich, aber ohne inneren Zusammenhang. Sie dramatisiert sich zu Wettkämpfen zwischen Einzelnen und Mannschaften, Politikern und Parteien. Am Ende steht dann die Tabelle, die Diskussion wird zum Clinch, das Parlament zur Arena, Konflikte zu persönlichen Auseinandersetzungen der Akteure, die die Lösung herbeiführen, indem sie zwischen die Seile steigen mit mehr oder weniger harten Bandagen."(26)

Im Gegensatz zu ihrer Geheimniskrämerei um die Hintergründe der großen Politik, Geheimniskrämerei, die China zum exotischen Fabelreich ohne verbindliche politische Bedeutung für andere macht, wissen die Journalisten offenbar sehr genau über das alltägliche Leben und die alltäglichen Empfindungen des "Chinesen auf der Straße" Bescheid. Die Borniertheit entsprechender Unterstellungen reicht bis in den Sportteil der "Frankfurter Rundschau" hinein. Dort leistet sich Christian Roll, der Hongkonger Korrespondent dieser linksliberalen Zeitung, der übrigens gleichzeitig für den konservativ verstockten "Rheinischen Merkur" tätig ist (wenn es um China geht, darf offenbar alles in denselben großen Topf kommen), im Vorübergehen folgende diffamierende Bemerkung: "Da das Leben im kommunistischen China nicht viel Abwechslung bietet, wird eben viel Sport getrieben ..." (27). Roll kolportiert hier die klischeehafte, durch nichts belegte Vorstellung vom freudlosen und langweiligen Leben der chinesischen "Ameisen", die zu schuften und zu exerzieren hätten, sonst nichts - ein Gerücht, das seiner eigenen Schilderung über den Sport in China widerspricht, der durchgängig keineswegs paramilitärischen, sondern spielerischen, entspannenden Charakter haben soll. Roll kann seine Sorge um den Abwechslungsreichtum des Lebens in China freilich teilen mit anderen konservativen Publizisten wie Klaus Mehnert und Hans Walter Berg.(28) Die Redaktion der "Frankfurter Rundschau" hält ihren Hongkonger Korrespondenten für einen Mitarbeiter, dessen "... Informationen sich ... über jeden Zweifel erhaben als zuverlässig erweisen ..." (29). Seinen Unterstellungen sei deshalb das gegenübergestellt, was Olof Lagercrantz, der Chefredakteur von "Dagens Nyheter", dessen Berichterstattung ebenfalls über jeden Zweifel erhaben sein dürfte, zu demselben Thema geschrieben hat:

> Wer heute durch China fährt, erlebt jeden Augenblick, was ihm im Westen heute nicht mehr geboten wird - eine lebendige Landkultur. Wir reden von Langeweile auf dem Lande und wissen, daß es sie tatsächlich gibt. Die Bevölkerung der westlichen Welt ist auf dem Wege, sich in riesigen Metropolen zusammenzuballen.
> Soviel kann man aber, was Chine betrifft, mit Sicherheit sagen: Kinder haben auf dem Lande keine Langeweile. Dort wimmelt es von Menschen und Kameraden. Jeden Augenblick geschieht etwas: Büffel sinken im Moor ein, ein Alter sitzt in einer Tonne auf dem Fluß und sucht sein Netz nach Fischen ab, die Frauen sammeln in den Teichen Seerosenblätter für die Schweine; der Kot des Dorfes wird in mit Deckeln versehenen Tonnen hinaus auf die Äcker gefahren, auf die Minute lassen sich Korbball- und Fußballmannschaften zusammenbringen - denn seht, dort kommt der Sport! Die Straßen sind voll von Radfahrern und Jugendlichen, die ein Joch tragen.
> An der Dorfstraße liegen Fabriken, in denen, zum Teil noch handwerklich, Boote, Glas, Werkzeuge, Dreschmaschinen und ähnliches hergestellt werden. Während der Ernte sind die Fabriken geschlossen, und die Arbeiter gehen aufs Feld.
> So war das Leben einst auch in Europa. Der Preis, den man zahlte, war der frühzeitige körperliche Verschleiß. Ich sehe dabei einmal von den Besitzverhältnissen ab, die das Leben des Landarbeiters in großen Teilen der Welt so schwer machen und gemacht haben, während dieser in China, so arm er auch sein mag, im Kollektiv durch den gemeinsamen Besitz gleichberechtigt ist.(30)



(Dessin de KONK.)

Indem unsere Publizistik durch den Vergleich des chinesischen Sozialismus mit der westeuropäischen Konsumgesellschaft ihre unterschwellig negative Einstellung zu den Verhältnissen in jenem ostasiatischen Teil der Dritten Welt belegt, ignoriert sie die klaren Erfolge. Die Schweden Jan Myrdal und Olof Lagercrantz, deren Land in den letzten Jahren ohnehin eine bemerkenswert vorurteilsarme, vom Imperialismus sich abkehrende Haltung zur Dritten Welt gewonnen hat, machen eine rühmliche Ausnahme.

Den geschilderten Methoden unserer Presse, die emanzipatorische Rolle Chinas für die Völker Südasiens, Schwarzafrikas und Lateinamerikas zu ignorieren, gesellt sich eine Technik, hinter vorgehaltener Hand die Motive der aktiven chinesischen Außenpolitik anzuschwärzen und gleichzeitig den militärischen und wirtschaftlichen Imperialismus der Supermächte zu entschuldigen. Als ihr Meister qualifiziert sich der schon oben zitierte Karl Grobe. Sein Leitartikel vom 25.11.71 beginnt vielversprechend:

> Eine entscheidende Frage hat Chinas Vertreter im UN-Sicherheitsrat, Huang Hua, bei seinem ersten Auftritt in diesem Gremium gestellt: Wie es denn wäre mit der Herrschaft bestimmter Supermächte über bestimmte kleinere Länder. Er beantwortete das auf die Weise, die lange bekannt ist: Der Hegemonialanspruch der Supermächte müsse durchbrochen werden, Unabhängigkeit und nichts anderes zähle. China hat sich erneut um die Stelle eines Sprechers der abhängigen und nur halb unabhängigen Staaten beworben; diese Rolle ist der Volksrepublik auf den Leib geschrieben.(31)

Grobe hält das angeblich für eine "bestechende Konzeption", und zwar sowohl "beim ersten Hinsehen", als auch "auf lange Sicht", ein ebenso sentimentales wie stereotypes Lippenbekenntnis zur Freiheit und gegen anachronistische Zustände, denn noch im selben Atemzug heißt es: "Trotzdem ist im Detail und in der unmittelbaren politischen Gegenwart der Einfluß bedeutender Mächte auf andere nicht unbedingt von Übel." (32) Zwischen "erstem Hinsehen" und "langer Sicht" scheint es eine Art besonders realistischer Betrachtungsweise mittlerer Reichweite zu geben, die allein zur Grundlage praktischen politischen Handelns gemacht werden kann. Unter ihr stellt sich der segensreiche, friedenbringende Einfluß der Supermächte heraus, die auch die Dritte Welt schon in mehr oder weniger klar abgegrenzte Einflußsphären aufgeteilt haben.

> Der sowjetische Einfluß im Nahen Osten, was immer er bewirkt haben mag, hat doch auch den Ausbruch eines neuen Sinai-Krieges bisher verhindert. Anders, als es vielerorts zu lesen steht, hat die UdSSR in Verfolg ihrer eigenen Interessen wenigstens die ägyptische Führung seit 1967 permanent gebremst; Ägypten mußte sich's gefallen lassen, da es sowjetische Waffen brauchte, und sei es nur als Medizin gegen den militärischen Schock vom Juni jenes Jahres. Ähnlich verhält es sich im Konflikt auf dem indischen Subkontinent ... Auch auf diesem Subkontinent hat der Einfluß der Großmächte bisher mäßigend gewirkt; weder hat die UdSSR dem indischen Kriegsexpress freie Fahrt gegeben, noch hat China an Pakistan mehr liefern wollen als Waffen und die Bekundung, der Konflikt müsse ohne Pekinger direkte Beteiligung ablaufen.(33)

Abgesehen davon, daß China hier wieder einmal in die Phalax der imperialistischen Industriemächte eingereiht wird und ihm deren Motive der Ausbeutung und Methoden der militärischen Intervention unterschoben werden, da besonders hervorgehoben wird, daß "der Konflikt ohne Pekinger direkte Beteiligung ablaufen müsse" (die militärische Nichteinmischung ist ein theoretischer und praktischer Grundsatz der chinesischen Politik seit 1949, erscheint die gesamte Argumentation geradezu schizophren. Nachdem die Völker im arabischen Raum und auf dem indischen Subkontinent zunächst von den Kolonialmächten unterworfen und heute, nach der "Unabhängigkeit", mit Hilfe ihrer dünnen Herrschaftsklassen wirtschaftlich ausgepreßt und arm gehalten werden, nachdem sich eine Lage eingestellt hat, in der diese Herrschenden sich nur noch durch nationalistische Hetze und Kriege gegen Nachbarstaaten zu helfen wissen, weil nur so die Unzufriedenheit der Massen nach außen abgebogen und die eigene Position gerettet werden kann, nachdem der militärische, wirtschaftliche und kulturelle Imperialismus der Industrienationen die Krise in der Dritten Welt entzündet und geschürt hat, sollen dieselben Industriemächte plötzlich als großartige Friedensstifter dastehen, wenn es ihnen gelingt, den Ausbruch blutiger Konflikte in einzelnen Fällen zu unterdrücken oder auch nur hinauszuzögern; Konflikte, die im übrigen ihnen selbst gefährlich werden können, weil sie sich oft in unvorhersehbarer Weise auszuweiten drohen. Die

Supermächte hier in Schutz zu nehmen, wie Grobe und andere Kommentatoren es tun, ist etwa dasselbe, wie einem Pyromanen, der eine Scheune in Brand gesteckt hat und sich später an den Löscharbeiten beteiligt, weil er unverdächtig bleiben möchte und merkt, daß die Flammen auf sein eigenes Haus überspringen, einen Feuerwehrorden zu verleihen.

Die konsequente Schlußfolgerung des zitierten Leitartikels ist eine unterschwellige Diffamierung der antiimperialistischen, emanzipatorischen Politik Chinas in der Dritten Welt, die sich - wie alle Ideologie - teilweise richtiger Argumente bedient und daher besonders einleuchtend erscheinen muß:

> Chinas Appell an das Selbstbewußtsein der schwächeren Staaten wird von vielen nationalistisch interpretiert; diese Auslegung ist immanent, solange Machthaber im Ausland die Ursachen für innere Probleme suchen, solange sie bewußt von diesen ablenken, indem sie Aggressionen nach außen fördern. Dem Appell muß daher ein Aufruf folgen, das eigene Haus zu bestellen: An sozialen Strukturreformen, die den Hintergrund für nationalistische Exzesse abgeben, kommt keine dieser Gesellschaften mehr vorbei. Eine neue Blockbildung mit Nationalisten, die aus Eigennutz hinter Pekinger Fahnen marschieren wollen, wäre eben genau der falsche Weg.(34)

Grobe vergißt völlig zu erwähnen, daß die Chinesen gerade bestrebt sind, die notwendigen Bedingungen für tiefgreifende Reformen schaffen, indem sie nur gegenüber den Industrieländern den nationalen Selbstbehauptungswillen der farbigen Völker wecken; dort ist er am Platz, weil er sich gegen die Urheber der Misere wendet und der politische, wirtschaftliche und kulturelle Bruch zwischen dem armen und dem reichen Teil der Welt die strukturelle Wurzel der permanenten Krise packt. Den Nationen der Dritten Welt untereinander hingegen suchen Mao Tse-tung und seine Genossen Solidarität zu stiften, zum Beispiel, um den Rohstoffproblemen der Industrieländer zugunsten der Armen Welt politisches Gewicht zu geben, das fehlt, solange die Rohstofflieferanten in Afrika und Lateinamerika miteinander konkurrieren und gegenseitig ihre Preise unterbieten.(35) Beide Absichten erfordern jene diplomatischen Kontakte in aller Welt, die sich China heute zu knüpfen anschickt. Wir müssen Grobe allerdings zugute halten, daß die Regierungen der entwicklungsgehemmten Länder sich solch differenzierte Betrachtungsweise im eigenen Herrschaftsinteresse in der Regel nicht zu eigen machen, sondern - wie in Indien und Pakistan - im Namen nationalen Stolzes mit den Unterdrückern in Europa und Nordamerika gegen den ebenfalls unterdrückten Nachbarn kollaborieren. Hier werden Schwierigkeiten und Grenzen der chinesischen Politik offenbar, die es zu lösen und zu überwinden gilt, die aber nicht gegen die Prinzipien dieser Politik ins Feld geführt werden dürfen.

Ähnlich, wenn auch plumper, leichter durchschaubar und deshalb weniger gefährlich als die linksliberale Presse argumentiert "Die Welt", das Renommierblatt des Springer-Konzerns.

> Selbst die Kulturrevolution hat nichts daran ändern können, daß in Peking nationalen Interessen gegenüber weltrevolutionären Zielsetzungen nach wie vor die Priorität eingeräumt wird.
> Diese nationalen Interessen Chinas sind unschwer zu identifizieren: Als künftige Großmacht und als potentieller Hauptgegenspieler Moskaus hat Peking sich überall dort Optionen zu sichern, wo die Sowjets sich engagieren, also vor allem in der arabischen Welt, dem wichtigsten Empfängergebiet russischer Militär- und Entwicklungshilfe. Auch beim Ringen um künftige Positionen im Indischen Ozean muß Peking darauf bedacht sein, sich vor allem an den Durchgangsstraßen (Persischer Golf, Golf von Oman, Golf von Aden, Malakka) Einflußmöglichkeiten zu sichern.(36)

Die Scheiße

Von Hans Magnus Enzensberger

**Immerzu höre ich von ihr reden
als wäre sie an allem schuld.
Seht nur, wie sanft und bescheiden
sie unter uns Platz nimmt!
Warum besudeln wir denn
ihren guten Namen
und leihen ihn
dem Präsidenten der USA,
den Bullen, dem Krieg
und dem Kapitalismus?**

**Wie vergänglich sie ist,
und das was wir nach ihr nennen
wie dauerhaft! Sie, die Nachgiebige,
führen wir auf der Zunge
und meinen die Ausbeuter.
Sie, die wir ausgedrückt haben,
soll nun auch noch ausdrücken
unsere Wut?**

**Hat sie uns nicht erleichtert?
Von weicher Beschaffenheit
und eigentümlich gewaltlos
ist sie von allen Werken des Menschen
vermutlich das friedlichste.
Was hat sie uns nur getan?**

Eine alte Einsicht der Sozialpsychologie bestätigt sich hier auf kollektiver Ebene in der schönsten Weise: Was einer verbrochen hat und insgeheim mißbilligt, auch wenn er es sich selbst nicht eingesteht, das legt er gerne anderen zur Last und schwärzt

sie damit an, und wenn es noch so an den Haaren herbeigezogen werden muß. Welche Mächte sich bisher Optionen gesichert, Positionen auf den Ozeanen und Einflußmöglichkeiten an den Durchgangsstraßen geschaffen haben, dürfte im Vierteljahrhundert Nachkriegsgeschichte endgültig klar geworden sein, das hinter uns liegt: Allererst die USA, der engste und mächtigste Verbündete des Landes, in dem die Springer-Zeitungen erscheinen, alsdann die Sowjetunion, Großbritannien und die anderen Mitglieder der NATO und des Warschauer Paktes, deren herrschende Klassen über potente Industrien verfügen. "Die Welt" aber möchte imperialistische Bestrebungen ausgerechnet der Volksrepublik China anhängen, die nicht einen Soldaten außerhalb ihrer Landesgrenzen stehen hat und seit Kriegsende genau zweimal ausgerechnet in solche größeren bewaffneten Konflikte verwickelt war, in denen zuvor von außen ihr Territorium bedroht wurde: Im Korea-Krieg, als die Amerikaner auf die chinesische Grenze zumarschierten, und im Kleinkrieg mit Indien, dem, wie wir heute wissen, Nadelstiche Nehrus vorangingen. Es soll keineswegs bestritten werden, daß im Auge behalten werden muß, ob die chinesische Außenpolitik jetzt oder später einmal ihrerseits imperialistische Züge annimmt. Bisher jedoch hat es dafür keine Anhaltspunkte gegeben, auch im jüngsten Krieg zwischen Indien und Pakistan nicht, wo es für die Chinesen ein leichtes gewesen wäre, mindestens an ihrer indischen Grenze aufzumarschieren, auf diese Weise die Masse der indischen Armee zu binden, Ostbengalen für Westpakistan zu retten und ganz Pakistan damit zum sicheren Ausbeutungsobjekt eines Stützpunkt zu machen. Daß China mit der westpakistanischen Herrscherclique dem Falschen, dem Unterdrücker des ostbengalischen Volkes, Waffen geliefert hat (ebenso wie die USA, UdSSR, Frankreich und England), war freilich ein gravierender politischer Fehler, der nur schwer rückgängig zu machen ist. So glatt aber, wie der "Welt" die Behauptungen über Chinas Nationalismus und Imperialismus von der Zunge gehen, hat es Alibi-Funktion im Hinblick auf die unrühmliche Rolle der USA und auch ihres Schützlings BRD in Mittel- und Südamerika, Südostasien, Südafrika und so fort.

Der besprochene "Welt"-Artikel beginnt mit einem Seitenhieb auf den Versuch der chinesischen Regierung, zu allen Staaten gleich welcher gesellschaftlichen Struktur im Innern diplomatische Kontakte anzuknüpfen und zu pflegen - eine Usance, die der Bundesrepublik und anderen westeuropäischen Staaten ganz selbstverständlich ist, welche ja sogar mit faschistischen und kolonialistischen Gewaltregimen militärisch auf's Engste verbündet sind.

> China, das 1911 die Monarchie abgeschafft hat, scheint neuerdings zum Treffpunkt von Prinzessinnen, Königen und Kaisern zu werden. Nachdem die jüngere Schwester des iranischen Schah an den Maiparaden in Peking teilgenommen hatte und ihre ältere Schwester bereits im April von Tschu En-lai gefeiert worden war, will im Oktober Haile Selassie von Äthiopien der Volksrepublik China einen offiziellen Besuch abstatten.
> Wieder einmal hat Peking damit bewiesen, daß ihm - ganz im Gegensatz zu seinen revolutionären Verlautbarungen - der innenpolitische Charakter seiner Vertragspartner wenig bedeutet. Es nimmt mit revolutionären Regimen und Bewegungen (Volksrepublik Südjemen und Palästinas Befreiungsorganisation unter Arafat) genau so diplomatische Beziehungen auf wie mit Monarchen (Kuweit, Iran, Äthiopien).(37)

Um ein Beispiel herauszugreifen: Tschu En-lai hat die iranische Prinzessin Ashraf Pahlavi am 14. April 1971 nicht gefeiert, sondern er hat in einer für ostasiatische Verhältnisse betont kühlen Begrüßungsansprache auf die jahrhundertealten, wenngleich heute ein wenig verstaubten Kontakte zwischen China und Persien über die "Seidenstraße" hingewiesen sowie auf die Prinzipien der friedlichen Koexistenz - gegenseitige Achtung der Souveränität und territorialen Integrität, gegenseitiger Nichtangriff, gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Gleichberechtigung -, auf deren Basis ein Kontakt zwischen Persien und China möglich sei. Dabei hat er sehr deutlich gesagt, worauf es hier ankommt: "Um die staatliche Souveränität zu wahren und die Bodenschätze des Landes zu schützen, kämpft Iran kürzlich zusammen mit anderen Mitgliedern der Organisation der erdölexportierenden Länder erfolgreich gegen die westlichen imperialistischen Erdölmonopolgruppen an ... Wir sprechen ihrem gerechten Kampf unsere Unterstützung aus ...".(38) Man vergleiche das einmal damit, was unser zweiter Repräsentant, Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel, über den Schah und sein Land Entzückendes zu berichten weiß!

Springers "Welt" befindet sich im übrigen bei ihrer Diffamierungskampagne in seltener, sicher nicht beabsichtigter Übereinstimmung mit "Horizont", dem Blatt des Ost-Berliner Außenministeriums, und zwar bis in den Wortlaut hinein:

> Besuche von Prinzessinnen, Königen und Kaisern bekommen natürlich sofort einen ganz anderen Charakter, so sie in Peking stattfinden. Denn erstens besuchen sie damit nicht die Hauptstadt eines großen Landes schlechthin, sondern die "Bastion der Weltrevolution", wie Peking

> von der chinesischen Presse bescheiden genannt wird.
> Zweitens treffen sie dabei nicht etwa auf normale Staatsmänner ... sondern vielmehr auf eine Art von Halbgöttern, die mit übernatürlichen Kräften der Weisheit, Voraussschau und Unfehlbarkeit ausgestattet sind.(39)

Geht es darum, die antiimperialistische Rolle der chinesischen Politik in der Dritten Welt zu ignorieren und zu diffamieren, dann sind sich eben alle einig, die das Elend in der Dritten Welt zu erhalten wissen und ihren unvermittelten oder vermittelten Nutzen daraus ziehen. Wenn sie auch dabei konkurrieren, so beuten Ost und West die Ressourcen der entwicklungsgestörten Völker in Südasien, Afrika und Lateinamerika doch gemeinsam aus: beide verkaufen sie Waffen mit gutem Gewinn an die Regierungen, zu nichts anderem gut, als die breite Bevölkerung an widerstrebender Gewalt zu hindern oder über das Nachbarland herzufallen; beide investieren und transferieren sie Kapital vornehmlich im Bereich der schweren Rohstoffindustrie und eignen sich den aus der Arbeit dieser Völker gezogenen riesigen Mehrwert an; beide schließlich überschwemmen sie die Märkte dieser Länder mit billigen Industrieprodukten, die die einheimischen Manufakturen chancenlos machen und den Aufbau kleiner und mittlerer Industrien verhindern. In diesem Zusammenhang sei auch ein kurzer Blick auf die linke Presse in der Bundesrepublik getan, und zwar anhand eines einzigen, freilich deutlichen Beispiels. Im Sommer 1971 schickte der Verfasser dieses Artikels einen Aufsatz an mehrere deutschsprachige Zeitungen und Zeitschriften, in dem er die mittlerweile schon nicht mehr ganz junge außenpolitische Offensive der Chinesen in demselben Sinne zu deuten versuchte, wie es oben geschehen ist: als ein diplomatisches Instrument, um den entwicklungsgestörten Völkern in ihrem Befreiungskampf und in ihren Anstrengungen, der Misere durch nützliche eigenständige Entwicklung zu entkommen, Beispiel und Beistand werden und damit die sozialistische Revolution in aller Welt vorantreiben zu können. Die "Blätter für deutsche und internationale Politik", gemeinhin eine unserer kritischen Zeitschriften, antworteten so:

> Nach längerer Diskussion hat die Redaktion sich gegen eine Veröffentlichung des Artikels in den "Blättern" entschieden. Grundraster Ihrer Überlegungen ist die Annahme von der Verdrängung des "Ost/West"-Konflikts, d.h. des Konflikts zwischen den beiden großen Gesellschaftssystemen, durch einen ... Konflikt zwischen "armen" und "reichen" Ländern. Wir meinen, daß dies eine Fehleinschätzung im Sinne konvergenztheoretischer Annahmen ist ... (40)

Hier ist nicht mehr zu übersehen, in welchem grundsätzlichen Punkte konservative und linke Presse in der BRD – sogar ihrem ausdrücklichen Selbstverständnis nach – gemeinsame Sache machen: Beide suchen sie ein Bild der "Weltgesellschaft" zu vermitteln, das den entscheidenden Konflikt, von dem aus alle anderen Widersprüche zu begreifen sind, zwischen mächtigen "demokratischen" und mächtigen "sozialistischen" Staaten zeichnet. Natürlich ergreifen sie für verschiedene Seiten Partei, wobei die bürgerliche Presse die im wesentlichen auf ökonomischer Basis ruhenden Klassengegensätze bei uns verwischt, während die kritischen Stimmen dazu neigen, die auf institutionell-bürokratischer Basis ruhenden Klassengegensätze in den Gesellschaften Osteuropas zu ignorieren – insofern mit Recht, als wir in der BRD leben, nicht in der DDR, insofern zu Unrecht, als der Kritik in den "sozialistischen" Staaten Osteuropas selbst ein Sprachrohr fehlt. Was die internationalen Machtverhältnisse angeht, werden Klassengegensätze durch die Betonung des Ost-West-Konfliktes von beiden Seiten freilich nur symbolisch postuliert, während die tatsächlichen zwischen armen und reichen, beherrschten und herrschenden, unterprivilegierten und privilegierten, hungernden und satten Völkern in aller Regel unter den Teppich gekehrt und verleugnet werden. Niemand in den USA beherrscht und unterdrückt Bürger der Sowjetunion und umgekehrt, niemand in der DDR beherrscht und unterdrückt Bürger der Bundesrepublik und umgekehrt, wohl aber beuten amerikanische Konzerne und sowjetische Rüstungsindustrie objektiv gemeinsam die Bevölkerung arabischer Länder aus. Nur folgerichtig ist aus dieser Sicht, daß die konservative und Teile der linken Presse China und seine Politik in der Dritten Welt in denselben Operettenkostümen oder Gruselmasken auftreten lassen. Auf diese Weise helfen sie gemeinsam verhindern, daß an die Stelle der Spannungen zwischen Ausgebeuteten und Ausgebeuteten in Asien, Afrika und Lateinamerika an die Stelle der Spannungen zwischen den Supermächten der manifeste Konflikt zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern, zwischen Supermächten und bisher entwicklungsgehemmten Ländern tritt, was sowohl in der Reichen wie in der Armen Welt die Sessel der Herrschenden zum Wackeln bringen könnte.

Daß nur offene Konflikte zwischen Ohnmächtigen und Mächtigen die bestehenden Verhältnisse zu verändern vermögen, beginnt uns in unserer engeren politi-

schen Umgebung allmählich zu dämmern. Offene Auseinandersetzungen und Aggressionen zwischen Lohnabhängigen und Chefs, "Fußvolk" und Vorständen, Studenten und Professoren, die auf das Widerstreben der Machtunterworfenen zurückgehen, erkennen wir deshalb als "echte Konflikte" an, während Aggressionen und Auseinandersetzungen unter den Lohnabhängigen, dem "Fußvolk", den Anhängern verschiedener Religionen oder Fußballvereine uns nur vor dem Hintergrund eines falschen Bewußtseins zu begreifbar sind, das von den Herrschenden vermittelt wird, und manifeste Konflikte der Herrschenden unter sich oft geradezu als Schmierenkomödien zu entlarven sind, die den Pöbel amüsieren und bei der Stange halten sollen.

Im globalen Rahmen sind solche ideologiekritischen Einsichten vorerst rar. Die konservative sowieso, aber auch Teile der linksliberalen bis marxistischen Presse repräsentieren und vermitteln - jedenfalls in ihrer China-Berichterstattung - falsches Bewußtsein, das den Interessen- und Klassengegensatz zwischen den Herrschenden bei uns, d.h. den Industriestaaten, und den entwicklungsgehemmten Völkern der Dritten Welt, den die chinesischen Revolutionäre betonen, noch immer nicht wahrhaben will.

hpö

Fußnoten:

1) vgl. Amendt, Günter: China. Der deutschen Presse Märchenland, Berlin 1968, S. 29
2) vgl. alle deutschsprachigen Zeitungen am 22. und 23.9.71
3) zit. nach: Myrdal, Jan: Die Revolution geht weiter, München 1971 (Raubdruck), S. 77
4) vgl. Myrdal: a.a.O., S. 79; Mehnert, Klaus: China nach dem Sturm, Stuttgart 1971, S. 232, 241; außerdem Lagercrantz, Olof: China-Report, Frankfurt/M 1971, S. 31
5) vgl. Lehn, Hartmut v.: Indien und China - Zwei Entwicklungswege. Nachdruck aus "Vereinte Nationen, Heft 2/3 70", BMZ-Materialien Nr. 11
6) vgl. Chinas Wirtschaft im Aufschwung, in: iz3w Nr. 8, Juni 1971, S. 24
7) vgl. Künzli, Arnold: Mutmaßungen über Mao, in: Künzli: Über Marx hinaus, Freiburg 1969, S. 58-77, S. 74 ff.
8) vgl. Fischer-Weltalmanach 1972, S. 266
9) vgl. iz3w Nr. 11/12, Nov./Dez. 1971, S. 5
10) vgl. Künzli: a.a.O.; Mehnert: a.a.O., S. 252
11) Peking-Rundschau 47/71, 23.11.71, S. 8
12) vgl. FR, 2.12.71, S. 18
13) FR, 17.11.71, S. 9
14) NZZ, 18.4.71
15) vgl. BamS, 24.9.71, Aufmacher
16) vgl. Edgar Snows Interviews mit Mao Tse-tung im ZEIT-Magazin
17) vgl. FR, 7.12.71, S. 3
18) vgl. "Die Welt", 16.4.71
19) vgl. Amendt: a.a.O., S. 21 f.
20) Bild-Zeitung, 12.7.71, S. 2
21) BamS, 26.9.71
22) Bild-Zeitung (Hamburg-Ausgabe), 24.9.71, S. 32
23) FAZ, 25.9.71, S. 1
24) a.a.O.
25) FR, 26.11.71, S. 3
26) Amendt: a.a.O., S. 20
27) FR, 7.6.71
28) vgl. Mehnert: a.a.O.; Berg, Hans Walter: Chinas große Wandlung, Fernsehsendung der ARD vom 12.9.71
29) Brief der FR-Redaktion vom 24.6.71 an den Verfasser
30) Lagercrantz: a.a.O., S. 28 f.
31) FR, 25.11.71, S. 3
32) a.a.O.
33) a.a.O.
34) a.a.O.
35) "Die Kolonialisten wollen, daß wir uneinig sind, nicht zusammenarbeiten und keine Freundschaft halten. Darauf müssen wir mit Festigung und Verstärkung unserer Einheit und freundschaftlichen Zusammenarbeit erwidern. Wir müssen ihre Pläne völlig durchkreuzen." Mao Tse-tung
36) "Die Welt", 11.9.71, S. 4
37) a.a.O.
38) Peking-Rundschau 17/71, 27.4.71, S. 3
39) zit. nach "Der Spiegel", 1.11.71, S. 67
40) Brief der Redaktion der "Blätter" vom 29.7.71 an den Verfasser

DOKUMENTATION

zum

PAKISTAN-KONFLIKT

Viele treue Leser und Freunde wird unser bislang beharrliches Schweigen zum Ost-Pakistan-Konflikt irritiert haben. Dabei fanden die Ereignisse um die Entstehung von Bangla Desh ein gewaltiges Echo in der bundesdeutschen und europäischen Öffentlichkeit, wie dies für eine Nachricht aus der Dritten Welt eher selten ist.

Gerade weil wir ihre Bedeutung nicht unterschätzen und durch allzu voreiliges Urteilen falsch einstufen wollten, haben wir uns bis jetzt zurückgehalten. Wir glaubten zum mindesten, es unsern Lesern und Freunden schuldig zu sein, das ganze Spektrum der strittigen Fragen aufzuzeigen.

Die vorliegende Dokumentation ist denn auch durch die Auseinandersetzung mit drei, noch immer nicht voll durchschaubaren Fragekomplexen angeregt worden:

1) Das Wesen der Awami Liga Scheich Mujibur Rahmans und ihre Rolle in der Sezessionsbewegung
2) Das Engagement Chinas auf Seiten Pakistans, welches die Weltmeinung (und nicht bloß sie) brüskiert hat
3) Das Gewicht Indiens im Ost-Pakistan-Konflikt.

Von all diesen Punkten hat uns der Zweite am meisten hingehalten. Auch heute noch bleibt uns vieles an der chinesischen Handlungsweise unverständlich. Die offene Stellungnahme Pekings für Islamabad hat uns aber zumindest zur intensiven Beschäftigung mit der Kernfrage gezwungen: Wie ist die Entstehung des Staates Bangla Desh (unter Führung der Awami Liga und mit indischem Militär) für die Emanzipation der bäuerlichen Massen und des Proletariats in Ostbengalen und im süd-ostasiatischen Raum einzuschätzen?

Aus der geschichtlichen Erfahrung des anti-imperialistischen Befreiungskampfes muß die Antwort eher negativ denn positiv lauten. Wer ein wenig voreilig und leichtfertig das hohe Roß der "revolutionären Volksbewegung" bestieg und daraus den Schluß zog, ein unabhängiges Bangla Desh mit kleinbürgerlicher Führungsschicht sei auf jeden Fall dem westpakistanischen, semifeudalen Unterdrückerregime vorzuziehen, wird möglicherweise schon in nächster Zukunft die Lage anders einschätzen. Als genüge es, eine herrschende Schicht durch eine andere zu ersetzen, die höchstens dem Programm nach "sozialistisch" gesinnt ist, um die Lage der Massen entscheidend zu verbessern ...

Unsere Dokumentation ist aber weder umfassend noch abgeschlossen. Sie bezweckt vor allem ein Zweifaches:

1) Sie möchte die Diskussion um Bangla-Desh bereichern. Sie berücksichtigt Gesichtspunkte und Argumente, die nicht auf einen Nenner zu bringen sind; ein abschließendes Urteil zu fällen maßen wir uns nicht an. Viel Arbeit wurde uns durch schon erschienene, ähnliche Publikationen abgenommen. So konnten wir uns in mehreren Punkten mit ausgiebigem Zitieren begnügen. - Über das Aktuelle hinaus wollten wir aber auch die historischen Hintergründe der Ost-Pakistan-Frage beleuchten. Deshalb räumen wir den Beziehungen Indien-Pakistan, der britischen, kolonialen Mißwirtschaft und der Entwicklung der Klassenstruktur in Ost-Pakistan einen großen Platz ein.

2) Sie möchte eine Beurteilungsgrundlage aufarbeiten, welche die Bangla-Desh-Frage ent-emotionalisiert, sie vom hohen moralischen Podest der "nationalen Volkserhebung" herunterholt und nach den treibenden Kräften der Unabhängigkeitsbewegung forscht. Die Klassenanalyse Ost-Pakistans und Indiens (soweit sie für unsere Fragestellung relevant ist) bietet, so meinen wir, die beste Ausgangsbasis für unser Vorhaben.

1.Teil: Informationen zur Vorgeschichte

I. Indischer Subkontinent unter britischer Kolonialherrschaft

1. Bengalen: "Sprungbrett" Großbritaniens in Indien

Der britische Imperialismus eroberte den indischen Subkontinent von Bengalen aus. Zentralfigur war eine private Handelsgesellschaft mit staatlicher Unterstützung, die East India Compagny. Die Schwäche des französischen Kontrahenten, der "Compagnie des Indes", die Zerrüttung der indischen Zentralgewalt, des Mogul-Kaisertums, Diadochenkämpfe und regionale Auseinandersetzungen sowie glückliche Umstände machten aus ihr um die Mitte des 18. Jh. eine territoriale Macht.

Als ein indischer Lokalfürst 1757 den wichtigen britischen Handelsstützpunkt Calcutta angriff, fiel Lord Robert Clive im Vergeltungsschlag ganz Bengalen in die Hände. 1764 bemächtigte man sich des Moguls, Repräsentant der indischen Zentralgewalt, welcher die East India Compagny mit Bengalen belehnte und ihr das Recht, dort die Steuern zu erheben, übertrug. Dadurch war die Ostindische Kompagnie zu einem der wichtigsten Machtfaktoren Indiens geworden. Im Laufe der nächsten fünfzig Jahre dehnte sie ihren Einflußbereich sukzessive auf den ganzen indischen Subkontinent ("Indien") aus. Bis 1858 war sie, im Namen der englischen Krone, Vollstreckerin der kolonialen Herrschaft.

Die Machtausübung durch die Ostindische Kompagnie legte in Bengalen den Grundstein einer typisch kolonialen Klassenstruktur. Der Mangel an loyalen Steuereinnehmern indischer Herkunft verleitete die Kompagnie anfangs des 19. Jh. dazu, an die Stelle des brüchig gewordenen Steuersystems der Moguls die "dauernde Grundsteuerveranlagung" (Permanent Settlement) zu setzen, welche die alten Steuereinnehmer zu Grundbesitzern und die Masse der Bauern zu ihren Pächtern machte (3, S. 302; cf. Literaturverweis). Andererseits entstand ein laufend wachsender Verwaltungsapparat, der (nachmals so genannte) Indian Civil Service. Die höheren Ämter besetzte man mit Briten, die niederen fast ausschließlich mit Indern.

Vor allem aber zerstörte die britische Herrschaft fast vollkommen die Existenzgrundlage zweier einheimischer Klassen: das Manufakturwesen und den Binnenhandel.

Alle europäischen Beobachter lobten das unabhängige Bengalen als ein reiches und fruchtbares Land. Jean Law sprach 1744 von ihm als der "Schatzkammer Indiens". Durch den Zerfall des Mogul-Reiches hatten die Häfen der Westküste Indiens ihre traditionelle Bedeutung als Umschlagplätze des Handels verloren. Statt dessen machten die Kaufleute Bengalen zum Handelszentrum. Den Außenhandel betrieben Chinesen, Araber, Armenier und Europäer. Doch er war, verglichen mit dem indisch-bengalischen Binnenhandel gering (er beschränkte sich auf Luxusgüter, vor allem Textilien). Dieser Handel mit Europa war "eine unbedeutende Randerscheinung in der riesigen, komplizierten und vielgestaltigen Struktur des indischen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens ... Auf ein Stück Tuch, das nach Europa verschifft wurde, entfielen Hunderte, die für den eigenen Gebrauch zu weben waren. Auf jede geschäftliche Transaktion mit einem Angestellten der East India Compagny entfielen Hunderte, die völlig innerhalb der indischen Gemeinschaft durchzuführen waren" (H. FURBER, John Compagny at Work, in: 3, S. 298). Die britische Herrschaft änderte diesen Zustand radikal:

"Vor der Eroberung in der Mitte des 18. Jahrhunderts durch die Briten wird die industrielle Entwicklung Bengalens nach einem britischen Kommissionsbericht von 1918 als 'nicht unterhalb dem Niveau der meisten fortschrittlichen europäischen Länder' beschrieben. Die Textilindustrie exportierte große Mengen feinster Stoffe und Seiden in den gesamten Osten und auch nach Europa. Die Landwirtschaft deckte nicht nur den eigenen Bedarf; Bengalen exportierte sogar Reis, Zucker und Butter. Als Teil des Mogul-Großreiches - die Zivilisation des Taj Majal - war Bengalen Europa ebenbürtig, vielleicht sogar überlegen, mit Ausnahme der Waffentechnik. Als Lord Robert Clive an der Spitze einer siegreichen Armee 1757 in Dacca einzog, rief er aus: 'Diese Stadt ist genauso groß, bevölkert und wohlhabend wie London.'

Aber innerhalb einer Generation hatte die regierende britische East India Compagny das Land verwüstet und die Bevölkerung verarmt ... Bald gab es Wucher und Erpressung. Im Jahre 1762 beklagte sich ein königstreuer indischer Fürst, eine Marionette Clives, über die Händler der East India Compagny: 'Mit Gewalt nehmen sie den Bauern Waren und Gebrauchsgegenstände für ein Viertel des Wertes ab, und durch Gewalt und Erpressung erreichen sie, daß für ihre Ware fünf Rupien bezahlt werden, wenn sie auch nur eine Rupie wert sind.'

Die Compagny schaffte es, daß die ausgedehnten bengalischen Bewässerungsanlagen bereits in einem Zeitraum von 5 Jahren vollkommen unbrauchbar waren. Sie hob die Steuer dermaßen an, daß viele Bauern gezwungen waren, Heim und Hof zu verlassen. Die daraus folgende Hungersnot tötete ein volles Drittel der gesamten bengalischen Bevölkerung. Das britische Kapital aber wuchs gewaltig durch die Ausbeutung Bengalens; es konnte so die ersten Stufen der industriellen Revolution in England finanzieren.

Diese erteilte der bengalischen Textilindustrie den Todesstoß. Zunächst wurde versucht, durch Tarifbestimmung und sogar direktes Verbot, die bengalische Textilerzeugnisse aus britischen und europäischen Märkten zu verdrängen. Dann führten die Engländer maschinengefertigte Waren auf dem indischen Markt ein. Innerhalb weniger Jahre war Bengalens Textilindustrie tot, ihre Beschäftigten mußten sich in der Landwirtschaft eine Überlebensmöglichkeit suchen.

Die erste blühende Stadt Dacca war im Jahre 1850 von Clives 'London' mit 150 000 Einwohnern zu einem Ort mit 20 000 Bewohnern zusammengeschrumpft. Der indische Markt nahm ein Viertel der gesamten Textilerzeugnisse auf, diese wiederum schufen einem Achtel der englischen Arbeiterklasse Arbeitsplätze." (J.M. CARNOY, in: 2, S. 8/9)

Heute ist Ostbengalen ein fast reines Agrarland. Reis, Tee, Betelnüsse und vor allem Jute (für den Export) sind die Hauptprodukte (cf. später).

Auf die britische Kolonialzeit lassen sich demnach einige substantielle Merkmale der ost-pakistanischen Klassenstruktur zurückführen: Großgrundbesitzer, Pächter, landloses Proletariat, Bürokratie, kleinbürgerliches Format des Industrie- und Handelsbürgertums. Die Teilung des indischen Subkontinents 1947 in die Staaten Indien und Pakistan veränderte diese Situation nur unwesentlich: Sie ersetzte eine fremde Elite durch eine andere.

2. Vorgeschichte der Spaltung des indischen Subkontinents bis zum Jahre 1947

Nachdem im vorangegangenen Teil die Zerstörung der traditionalen Gesellschaft Bengalens und die Schaffung kolonialer Klassenstrukturen durch den britischen Imperialismus beleuchtet worden sind, sollen nun kurz diejenigen Einflüsse betrachtet werden, die schließlich ein Zusammenleben von Hindus und Moslems unmöglich erscheinen ließen und im Jahre 1947 zur Spaltung des indischen Subkontinents führten.

In den beiden Jahrhunderten ihrer Kolonialherrschaft haben die Engländer stets nach dem Prinzip "teile und herrsche" gehandelt. Neben regionalen Streitigkeiten zwischen verschiedenen Fürsten boten sich hierzu in Indien besonders religiöse Gegensätze zwischen Hindus und Moslems an. Die Zeit der kolonialen Herrschaft über Indien ist dadurch gekennzeichnet, daß die Kolonialisten wechselseitig mit Teilen der hinduistischen bzw. islamischen Bourgeosie, an deren Entstehung sie maßgeblich beteiligt waren, oder mit Teilen des hinduistischen oder islamischen Feudaladels (Großgrundbesitzer, Maharadschas) zusammenarbeiteten und diese so gegenseitig und gegeneinander ausspielten.

Als sich im Laufe des Kampfes um nationale Unabhängigkeit die Kongreßpartei konstituierte, bestand diese zunächst aus Hindus und Moslems. Da sie jedoch hauptsächlich die Interessen der hinduistischen Feudalen und Bürgerlichen vertrat, wurde 1906 als Gegenpol die Muslim-Liga gegründet. 1909 wurden dieser eigene Sitze im Kongreß zugestanden: Ihre pro-britische Haltung machte sich so bezahlt. Die sich hier offen manifestierenden Gegensätze können als ein erster deutlicher Schritt hin auf den späteren Staat Pakistan betrachtet werden.

Doch zunächst sollte es anders erscheinen. Wir müssen kurz noch einmal einige Jahre zurückblenden und die Geschichte Bengalens betrachten. Im Jahre 1905 war Bengalen vom damaligen Vizekönig rigoros ohne Konsultation von Indern geteilt worden. (Der aus Gesamt-Bengalen abgespaltene östliche Teil umfaßte fast alle Gebiete des heitigen Bangla Desh.) Diese Teilung war besonders ungeschickt, durchschnitt sie doch das bengalische Sprachgebiet.
Daran hatten sich Wogen der Begeisterung für die nationale Unabhängigkeit in ganz Indien entzündet. Als 1911 diese Teilung geändert wurde (es wurden den Sprachgrenzen folgend Bihar und Orissa ausgegliedert), beruhigte sich die Unabhängigkeitsbewegung etwas (sie wurde großenteils von Hindus getragen). Zur gleichen Zeit jedoch steigerten sich die Feindseligkeiten des britischen Imperialismus gegen den Kalifen in der Türkei, wodurch die Moslems auf eine anti-britische Haltung einschwenkten. Es gab eine vorübergehende Einigung der nationalen Front, die 1916 im Lucknow Pakt besiegelt wurde. Doch diese Einigung sollte sich bald als trügerisch erweisen.

Zwischen den beiden Weltkriegen wurde die Unabhängigkeitsbewegung im wesentlichen von Ghandi und Nehru bestimmt.

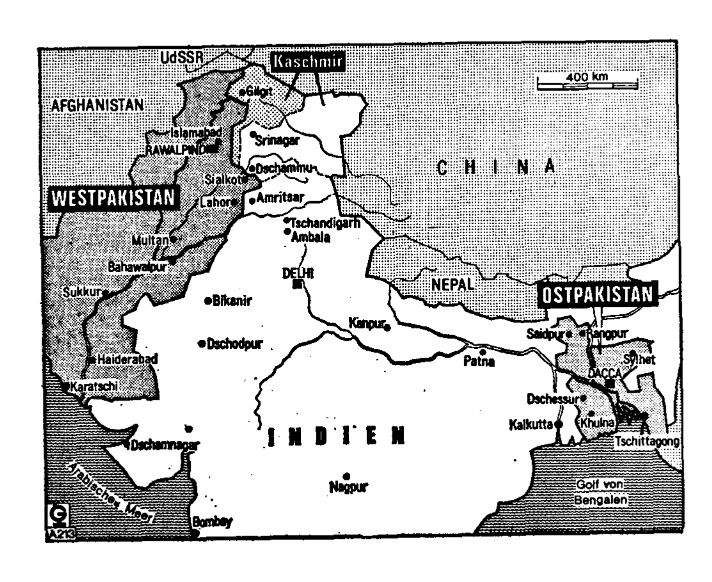
Die indische kommunistische Partei war seit 1932 verboten und durch Verhaftungen geschwächt. Bei verschiedensten Anlässen ergab sich bald wieder eine Polarisierung zwischen Kongreß und Muslimliga. 1937 erhielt der Kongreß bei den Regionalwahlen eine so große Mehrheit, daß er auf die Liga keine Rücksicht zu nehmen brauchte; daher wurde keine Koalitionsregierung gebildet, hinduistische Tendenzen wurden offen verstärkt. In dieser Situation hatte sich in islamischen studentischen Kreisen bereits der Name Pakistan für die Provinzen mit muslimischer Mehrheit gebildet. Die Muslimliga nutzte 1939 die Situation, als Minister der Kongreßpartei wegen Unstimmigkeiten mit den Kolonialisten ihr Amt niederlegten - in der Liga war inzwischen Jinnah, der spätere Gründer Pakistans, hervorgetreten -: die islamischen Minister in Provinzen mit islamischer Mehrheit blieben im Amt. Die Kolonialherren schwenkten wieder einmal um. Jinnah erhielt die Versicherung des Vizekönigs, daß eine künftige Verfassung Indiens nicht ohne Zustimmung der Muslimliga geschaffen werden könne. Ab 1940 erschien darauf im Programm der Liga die Zweinationentheorie.

Während des zweiten Weltkriegs steigerte sich der indische nationale Befreiungskampf. Durch die offizielle Teilnahme am Krieg gelang es Teilen der indischen Bourgeoisie, durch eine wachsende Kriegsindustrie große Gewinne zu erwirtschaften und dadurch ihre Position zu stärken. Gleichzeitig litten die indischen Massen unter starken Hungersnöten (Bengalen 1943).

Der Beschluß Großbritanniens 1945, die letzte Phase der "Entkolonisierung" einzuleiten, mag aber auch damit zusammenhängen, daß durch die jahrhundertelange Ausbeutung der indische Subkontinent verarmt war und das ökonomische Interesse an seiner Beherrschung nachließ.

Der Muslim-Liga war es inzwischen gelungen, ihre Positionen in verschiedenen Provinzen zu stärken. In Bengalen und in Sindh hatte sie die absolute Mehrheit, in Panjap lag sie ebenfalls vorn. Der nächste Konflikt zeichnete sich 1946 ab. Die Bildung einer Regierung aus Kongreßpartei und Liga kam nicht zustande; Nehru wurde am 12.8.46 vom Vizekönig aufgefordert, eine Regierung zu bilden. Daraufhin erklärte Jinnah den 16.8. zum "Direct Action Day". Calcutta verwandelte sich am gleichen Tag in ein Schlachthaus. Die von den britischen Kolonialisten lange Zeit zu ihrem Vorteil genützten und dadurch immer stärker angeheizten Religionsgegensätze kamen offen zum Ausbruch. Es gab 4000 Tote in Calcutta. Als Antwort wurden im benachbarten Bihar viele Moslems niedergemetzelt. Während des folgenden Jahres konnten die Kämpfe von der Armee immer nur regional unter Kontrolle gebracht werden, um bald darauf anderswo erneut aufzuflackern.

Als die Imperialisten den indischen Subkontinent in die formale Unabhängigkeit entließen (am 15.8.1947), schufen sie die Indische Union und Pakistan. Die Teilung wurde zwar mit dem Hinweis auf die Religionsgegensätze gerechtfertigt, doch gleicht sie eher einem gekonnten Schachzug, der fürs erste wesentliche Gebiete ökonomisch schwächte und die beiden Staaten somit zu willfährigeren Handelspartnern machen konnte.



3. Zusammenfassende Zeittafel

Indischer Subkontinent 1858-1947

1858 Indien unter der Herrschaft der britischen Krone (1876: Königin Victoria Kaiserin von Indien)
1885 Gründung des Indian National Congress
1905 Teilung der Präsidentschaft Bengalen. Protestaktionen: Boykott des ausländischen Handels und der englischen Bildungseinrichtungen, Bombenattentate und Gewaltakte (1911: Wiedervereinigung des bengalischen Sprachgebiets)
1906 Gründung der Muslim-Liga
1909 Morley-Minto-Reformen. Begrenzte Aufnahme von Indern in Verwaltungsgremien auf lokaler, regionaler und "nationaler" Ebene
1919 Montagu-Chelmsford-Reformen. Dezentralisierung, Bildung eines Zweikammersystems aus gewählten und ernannten Mitgliedern. Das Parlament untersteht dem Vetorecht des Vizekönigs
1919 Blutbad von Amritrar: Blutiger "Auswuchs" der jungen Ghandi-Bewegung
1920 Erster Feldzug des "Bürgerlichen Ungehorsams" durch Ghandi
1928/9 Streikwelle mit kommunistischer Beteiligung, Bauernunruhen und Verhaftung von Kommunisten
1930 Zweiter Feldzug des "Bürgerlichen Ungehorsams" durch Ghandi
1932 Kongreß und kommunistische Partei (diese bis 1942) werden verboten
1934 Spaltung im Kongreß: Der linke Flügel bildet die "Congress Socialist Party"
1935 Verfassungsreform: Government of India Act. Föderalistischer Abschnitt: Sieht Einbeziehung der Fürstentümer (ca. 500) in einen gesamtindischen Bundesstaat vor (nie zur Anwendung gekommen vor der Unabhängigkeit). Abschnitt über die Provinzen Britisch-Indiens: Erhalten 1937 die "provinzielle Autonomie". In den Wahlen geht der Kongreß als großer Sieger hervor, die Muslim-Liga erleidet eine empfindliche Niederlage
1940 Muslim-Liga erhebt die "Zweinationentheorie" zum offiziellen Programm
1940 Dritter Feldzug des "Bürgerlichen Ungehorsams" durch Ghandi
1942 Die "Quit India Resolution" des "Working Commitee" im Kongreß fordert die sofortige Freiheit Indiens. Jinnah, Führer der Muslim-Liga, verweigert die Unterstützung. Verhaftung von Kongreßmitgliedern und Gewaltakte
1946 Direct Action Day
1947 Unabhängigkeit für Indien und Pakistan

4. Die Folgen der Spaltung für Ost-Pakistan nach 1947

"Mit der Gewährung der formalen Unabhängigkeit hatte der Kolonialismus einen permanenten Konfliktherd, Kaschmir, hinterlassen, weshalb Indien 1948 und 1965 zwei erfolglose Kriege gegen Pakistan geführt hatte. Durch die künstliche Aufrechterhaltung des Konflikts durch die herrschenden Klassen beider Länder wurde die antiindische Einstellung neben der islamischen Religion zum einzig Verbindenden zwischen beiden Landesteilen und damit zum Mittel der Verschleierung bestehender Gegensätze. Die Teilung hatte Ostpakistan weitaus härter betroffen als den Westen. Sie bedeutete für Bengalen einen scharfen Schnitt durch eine natürliche Wirtschaftseinheit, denn die Spaltung in zwei unabhängige Staaten führte zur Spaltung des bengalischen Volkes; Westbengalen gehört heute zu Indien, Ostbengalen zu Pakistan. Da sich die verarbeitende Industrie vorwiegend in West-Bengalen befand - Kalkutta war das Wirtschaftszentrum Bengalens gewesen -, müßte Ost-Pakistan eigene verarbeitende Industrien für Jute und Holz erst wieder aufbauen. Ost-Bengalen, das heute selbst Reis einführen muß, war vor der Teilung Indiens die landwirtschaftliche Versorgungsquelle Kalkuttas und seines Hinterlandes. Kalkutta dagegen war der einzige Hafen für den Juteexport, bevor in Ost-Pakistan Chittagong als Konkurrenz entstand. Vor der Teilung lieferte die heute zu Pakistan zählende Provinz Baumwolle und Rohjute an indische Verarbeitungsbetriebe und gab ihre Weizenüberschüsse an Provinzen ab, die ihren Bedarf aus eigener Produktion nicht decken konnten. Dafür erhielt sie Fertigwaren aus anderen indischen Landesteilen. Die Zerstörung dieser wirtschaftlichen Einheit durch die Teilung des Subkontinents (wie auch die dadurch ausgelösten riesigen Flüchtlingsbewegungen: mindestens 10 Prozent der pakistanischen Gesamtbevölkerung) unterbrach die traditionelle Tauschbeziehungen und machte die kommerzielle wie die industrielle Organisation Ost-Pakistans vorerst funktionsunfähig. Der völlige Abbruch des Warenaustauschs im Jahre 1965 wirkte besonders für Ost-Pakistan wie eine Neuauflage bereits überwunden geglaubter Schwierigkeiten. Dafür ein Beispiel von vielen: 'Die einzige Zementfabrik in der Ostprovinz, die Chatak Cement Factory, bezog ihren Kalkstein vor dem Kaschmirkrieg zu acht bis zehn Rupien pro Tonne aus einem Lager 20 Kilometer jenseits der Grenze zum indischen Assam. Nach der Einstellung des Handelsverkehrs war sie jedoch auf Kalksteinvorkommen in Ost-Pakistan selbst angewiesen, die indessen nicht nur mager, sondern auch schwieriger abzubauen sind, was den Tonnenpreis auf 45 Rupien ansteigen ließ' (NZZ, 22.11.1969, zit. in:)." (6, S. 184/5)

II. Pakistan nach 1947

Durch die Teilung des indischen Subkontinents entstanden nicht nur permanente Krisenherde zwischen Indien und Pakistan. Auch die Beziehungen zwischen den beiden Teilen Pakistans wurden zu einem permanenten Unruhemoment. Der "Einheitsstaat" Pakistan war schon geographisch eine Absurdität:

"Pakistan ist eine künstliche Schöpfung. 1947, als Großbritanniens Kolonie Indien die formale Unabhängigkeit erlangte, wurden die Gebiete, in denen die Bevölkerung mehrheitlich dem islamischen Glauben anhängt, vom indischen Kernland abgetrennt und zu einem eigenen Staatswesen zusammengefaßt. Heute sind 99 von 100 Westpakistanern Moslems und 78 unter 100 Ostpakistanern. Die Teilung des Subkontinents hat sowohl Indien als auch Pakistan eine Anzahl ökonomischer und politischer Probleme beschert. Pakistan zerfällt zudem in zwei Landesteile, die durch fast 2000 Kilometer indisches Hoheitsgebiet voneinander getrennt sind; der westliche Teil wird dem Mittleren Osten, der östliche dagegen Südostasien zugerechnet. Die in Ost- und Westpakistan lebende Bevölkerung hat weniger Gemeinsamkeit als Finnen und Italiener." (6, S. 184)

1. Strukturdaten Pakistan

Die Situation Gesamtpakistans und der beiden Teile soll anhand einiger Strukturdaten verdeutlicht werden (die Daten stammen aus der Zeit vor der Schaffung Bangla Desh's). (entnommen aus: 1, S. 11-13)

Offizielle Bezeichnung: Islamic Republic of Pakistan (Islamische Republik Pakistan).

Territorium: Staat in Südostasien, der aus zwei - etwa 1500 km Luftlinie voneinander entfernten - Landesteilen gebildet wird und etwa neunmal so groß ist wie die DDR (946 719 km^2).

Hinsichtlich der geographischen Gegebenheiten unterscheiden sich die beiden Landesteile stark voneinander. Westpakistan (803 943 km^2) besteht zum größten Teil aus den fruchtbaren Ebenen des Indus-Tieflandes im Pandschab (Fünfstromland), denen sich weite, wüstenartige Gebiete im Osten und Fels-Schnee-Regionen am Hindukusch (Himalaja) und an der Karakorumkette im Norden anschließen. Ostpakistan (142 776 km^2) wird überwiegend aus dem Tiefland mit dem Mündungsdelta von Ganges und Brahmaputra gebildet. Heftige Monsunregen, maritime Wirbelstürme, verbunden mit meterhohen Flutwellen, verursachen häufig Flußlaufveränderungen und Überschwemmungen mit verheerenden Folgen. Nach der großen Flutkatastrophe 1876 kamen im Oktober 1960 bei Wirbelstürmen über 15 000, im Jahre 1965 über 18 000 Personen ums Leben. Die gewaltige Sturmflut vom 13. November d.J. ist eine der verheerendsten Naturkatastrophen dieses Jahrhunderts. Über 200 Inseln im Golf von Bengalen wurden verwüstet, die Küstengebiete am Gangesdelta schwer zerstört. Die Zahl der Todesopfer geht in die Hunderttausende. Tausenden Menschen droht noch immer der Tod durch Seuchen und Hungersnot. Nach vorsichtigen Schätzungen von Experten werden mindestens 800 Mill. Dollar benötigt, um die Flüsse zu bändigen und das Gangesdelta flutsicher zu machen.

Die Durchschnittstemperaturen schwanken zwischen 15° (im Januar) und um etwa 32° (im April), wobei sie in den Südregionen bei entsprechender Luftfeuchtigkeit (bis zu 80 Prozent) höher liegen.

Bevölkerung: Laut 21. Demographischem Jahrbuch der UNO beträgt die Gesamtbevölkerung 112 Mill. Einwohner.

Obwohl Ostpakistan nur etwa ein Sechstel des gesamten Territoriums umfaßt, wohnt in dieser Region über die Hälfte der Gesamtbevölkerung (70,2 Mill. Ew.). Die Bevölkerungsdichte in Westpakistan beträgt 67 Ew. gegenüber 425 Ew. in Ostpakistan. Die offizielle Amtssprache neben Englisch ist Urdu für Westpakistan, für Ostpakistan Bengali - zwei wesentlich verschiedene Sprachen.

Staatsreligion: Islam, zu dem sich 88,1 Prozent der Bevölkerung bekennen; 10,6 Prozent Hindus; 1,3 Prozent Christen, Buddhisten und Juden.

Hauptstadt ist das neuerbaute Islamabad mit etwa 120 000 Ew. (1968), das erst im Jahre 1965 Verwaltungszentrum wurde. Größere Städte sind: Karatschi (2,7 Mill. Ew.), Lahore (1,6 Mill. Ew.), Dacca (750 000 Ew.), Haidarabad (620 000 Ew.), Rawalpindi (550 000 Ew.), Chittagang (420 000 Ew.).

Administration: Pakistan ist seit der Teilung der ehemaligen Kolonie Britisch-Indien am 14. August 1947 ein souveräner Staat. Mit der Proklamierung der Verfassung vom 29. Februar 1956 wurde das Land offiziell zur Islamischen Republik Pakistan mit einem Präsidenten als Staatsoberhaupt erklärt. Die föderalistische Staatsordnung wurde beibehalten. Die Legislative ist die Nationalversammlung (das Parlament) mit 155 Sitzen, während die beiden Landesteile - Ost- und Westpakistan - jeweils ein Landesparlament mit 156 Abgeordneten besitzen.

Die Exekutive übt der Präsident, dessen Amtszeit fünf Jahre beträgt, zusammen mit dem Ministerrat aus.

Mit der Machtübernahme der Militärregierung unter General Agha Mohammed Yahya Khan im März 1969 wurde der Ministerrat dem sogenannten Administrationsrat untergeordnet, dem außer dem Präsidenten auch die Befehlshaber der Streitkräfte angehören. Zu den ersten Maßnahmen der neuen Militärregierung gehörte die Änderung der Verwaltungsgliederung der Landesteile. Westpakistan, das unter dem früheren Präsidenten Ayub Khan zur "One Unit" ("Eine Einheit") zusammengeschlossen worden war, ist unter Yahya Khan erneut in die vier Provinzen Sindh, Belutschistan, Pandschab, Nordwestgrenzprovinz untergliedert worden, wobei auch die bisher autonomen Fürstentümer Swat, Dir und Chitrol im Norden des Landes voll in den Staatsverband integriert wurden. Ostpakistan, das aus dem Verwaltungsbezirk Ostbengalen und dem Distrikt Sylhet besteht, hat seine ursprüngliche administrative Gliederung beibehalten.

Pakistan ist Mitglied des britischen Commonwealth, der UNO einschließlich ihrer Spezialorganisationen sowie formelles Mitglied der CENTO und SEATO.

Parteien: Es gibt über 30 amtlich registrierte Parteien. Der überwiegende Teil hat nur unmittelbar lokale bzw. regionale Bedeutung.

Die bis zur Auflösung der Nationalversammlung (1969) herrschende Partei war die Pakistan Muslim League (PML, Moslem-Liga Pakistans), die aus der Teilung der Allindischen Moslem-Liga hervorging. Die Jamaat-i-Islami (Islamgesellschaft) repräsentiert die reaktionärsten Kreise der mohammedanischen Bourgeoisie, die höchste Moslemgeistlichkeit und die Gutsbesitzer. Eine der einflußreichsten Parteien ist die Awami League (Volksliga). Sprecher der liberalen bengalischen Bourgeoisie und Intelligenz sowie des demokratisch gesinnten Teils der Mittelschichten Ostpakistans.

Die Kommunistische Partei Pakistans, die nach der Teilung des Subkontinents im Jahre 1948 gegründet wurde, muß seit 1954 in der Illegalität arbeiten. Die fortschrittliche Öffentlichkeit des Landes fordert immer nachdrücklicher den Zusammenschluß aller demokratischen und antiimperialistischen Kräfte.

Wirtschaft: Währungseinheit: Pakistan-Rupie (1 pR = 100 Paise; 1 US-Dollar = 4,80 pRs).

Pakistan ist ein Agrarland. In der Landwirtschaft, dem wichtigsten Zweig der Volkswirtschaft, arbeiten zwei Drittel der erwerbstätigen Bevölkerung und werden etwa 46 Prozent des Nationaleinkommens erzeugt.

Obwohl die landwirtschaftliche Produktion in den vergangenen 23 Jahren der ökonomischen Selbständigkeit eine gewisse Entwicklung erfahren hat, konnte sie mit dem jährlichen Bevölkerungswachstum von durchschnittlich 2,1 Prozent nicht Schritt halten. Die Folge ist, daß sich das Land einer immer größer werdenden Nahrungsmittelknappheit gegenübersieht.

Das unterschiedliche geographische Milieu in den Landesteilen bedingt auch die Verschiedenheit in den Anbaukulturen. Während in Westpakistan vorwiegend Weizen, Baumwolle und nur geringe Mengen Reis angebaut werden, ist Ostpakistan außer für Reis und Tee das in der Welt wichtigste Anbaugebiet für Jute, die auch zugleich die bedeutendste Deviseneinnahmequelle des Landes darstellt. Mit Baumwolle und Jute in ihren verschiedenen Verarbeitungsstadien ist die Landwirtschaft mit etwa 70 Prozent auch der wichtigste Exportlieferant Pakistans.

Die relativ geringe Steigerungsrate der landwirtschaftlichen Produktion ist vor allem auf die halbfeudale Agrarstruktur, den niedrigen Stand der Agrotechnik und der Produktivkräfte der Landwirtschaft zurückzuführen.

Die Mehrzahl der landwirtschaftlichen Betriebe bewirtschaftet Ländereien in der Größenordnung zwischen 0,5 und 1 ha, während auf Betriebe über 20 ha etwa 60 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche entfallen. Der größte Teil des Bodens gehört einigen tausend Großgrundbesitzerfamilien, während die Masse der Bauern über keine bzw. nur sehr kleine Landflächen verfügt. 1950 bis 1961 wurden gewisse Reformmaßnahmen auf dem Land durchgeführt, doch die zum Beispiel 1950-1952 erzwungenen Agrarreformen wirkten sich im wesentlichen nur auf Ostpakistan aus. Erste positive Auswirkungen - zum Beispiel wuchs die landwirtschaftliche Produktion von 1959/60 bis 1964/65 um 40 Prozent - sind unverkennbar, obwohl das System nicht angetastet wurde. Die Großgrundbesitzer erfreuen sich nach wie vor vieler feudaler Privilegien, die u.a. in Pachteinnahmen von 50 bis 60 Prozent der Ernte ihren Ausdruck finden. Pakistan verfügt bisher über keine nennenswerte schwerindustrielle Basis. Die geologische Erkundung des Landes steht noch in den Anfängen, doch werden reiche mineralische Vorkommen vermutet. Bis jetzt sind Lagerstätten von Zink-, Kupfer- und Bleierzen, Gold, Magnesium, Titan, Antimon, Glimmer, Graphit, Marmor und Queck-

silber bekannt. Doch die Förderung erstreckt sich vorerst nur auf die Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Stein- und Braunkohle, hochwertige Eisenerze und Uranerz. Letzteres wird auch exportiert. Die größten Fortschritte wurden bei der Entwicklung einer verarbeitenden Industrie erzielt. Seit Beginn der sechziger Jahre ist die pakistanische Bourgeoisie ökonomisch und politisch erstarkt. Die seit 1955 durchgeführten fünfjährigen Entwicklungspläne - am 1. Juli 1970 wurde der vierte Fünfjahresplan in Angriff genommen - haben mitgeholfen, Pakistans industrielle Basis zu verbreitern.

Quelle: Horizont 49/70

Die oben angeführten Strukturdaten müssen in einigen Punkten noch spezifiziert werden. Insbesondere soll im folgenden die Klassenstruktur beider Teile Pakistans beleuchtet und die Rolle der Militärdiktaturen näher betrachtet werden. Aus der Klassenstruktur läßt sich die Tatsache der politischen Beherrschung und wirtschaftlichen Ausbeutung Ost- durch Westpakistan herleiten.

2. Die Klassen in West- und Ostpakistan

In Pakistan stehen sich, ähnlich wie in Indien, folgende Klassen gegenüber: Einerseits eine kleine Zahl von Großgrundbesitzern, die als solche erst seit den Zeiten des britischen Imperialismus existieren und die großenteils noch quasi-feudale Züge tragen, wenn auch in weiten Landstrichen bereits eine Proletarisierung der Landbevölkerung stattgefunden hat, und damit auch die Großgrundbesitzer den Status des Kapitalisten erlangten; ihnen zugeordnet ist die sogenannte Kompradorenbourgeoisie, deren Mitglieder vom Imperialismus abhängig sind und meist die Verfügungsgewalt über die Fabriken mit den ausländischen Monopolen teilen. Andererseits die Masse des Volkes, bestehend aus armen Bauern, Pächtern und immer mehr besitzlosen Landarbeitern, die im Zuge der Urbanisierung die Zahl der Arbeitslosen in den Städten vergrößern, und schließlich das sich langsam entwickelnde Industrieproletariat. Zwischen diesen beiden Blöcken steht die Nationalbourgeoisie, eine relativ kleine Gruppe, die noch nicht in die Abhängigkeit vom Auslandskapital geraten ist, und schließlich gibt es noch das Kleinbürgertum, dem die Handwerker, kleine Händler, Geldverleiher und nicht zuletzt weite Teile der Intelligenz zuzurechnen sind.

Wodurch unterscheidet sich jedoch die Lage in Ost- und Westpakistan?

Zunächst wollen wir noch einmal eine Parallele hervorheben:

"Die große Mehrheit des Volkes wird im Westen wie im Osten von Grundbesitzern und Kapitalisten ausgebeutet, wobei die Lage des ostbengalischen Bevölkerungsteils seit Jahren am aussichtslosesten ist ..." (6, S. 196).

Die Lage der bäuerlichen Bevölkerung:

"Auch die Bodenreformgesetze, die 1950/52 in Ostpakistan und 1959 in Westpakistan in Kraft traten, haben die überwiegend quasi-feudalen Verhältnisse nicht beseitigt. Die Teilung Bengalens hatte zunächst für die Pächter und kleinen Bauern Ostpakistans einen gewissen Fortschritt gebracht: Die bengalischen Großgrundbesitzer, zumeist Hindus, waren mit der Gründung Pakistans überwiegend nach Indien abgewandert, so daß in manchen Gegenden die quasi-feudalen Strukturen verschwanden. Allerdings gewannen dadurch nach und nach die islamischen Großgrundbesitzer auf dem Lande an Einfluß. Die Reformgesetze, die den Grundbesitz auf 400 Hektar unbewässerten oder 200 Hektar bewässerten Bodens beschränkten, wurden von den Landlords größtenteils dadurch umgangen, daß sie ihre Latifundien formell unter ihre Familienangehörigen aufteilten. Diejenigen, die Teile ihres Bodens verloren, konnten mittels staatlichen Entschädigungszahlungen im industriellen Sektor Fuß fassen. Insgesamt verringerten die Reformgesetze aber die Besitzunterschiede nur unwesentlich, obwohl die Pächter Besitzrechte am gepachteten Land erwerben konnten; die Zahl der besitzlosen Landarbeiter blieb weiterhin sehr groß (etwa ein Viertel der Landbevölkerung), 40 Prozent der Landbevölkerung ist gegenüber skrupellosen Geldverleihern und Wucherern verschuldet. 80 Prozent der Landbevölkerung sind Analphabeten." (6, S. 187)

"Nach dem Bericht der Kommission für Landreform besitzen in Westpakistan 6060 Großgrundbesitzer mehr Land als 3,3 Mio Bauern. Diese ... besitzen aber nur 15,25 % des Bodens. Unter ihnen befinden sich aber auch noch 742 216 Bauern, die weniger als 0,4 ha Boden besitzen und somit eigentlich zur Kategorie der landlosen Bauern (2,5 Mio) gehören. Die Situation in Ostpakistan ist keineswegs anders: 80 % des Landes befinden sich in den Händen der Großgrundbesitzer, und mehr als die Hälfte der Bauern verfügt durchschnittlich über nicht mehr als 0,8 ha pro Familie. Unterstützt von den Exekutivorganen des Staates, können die Großgrundbesitzer heute noch 60-70 %, ja sogar bis 90 % des Jahresertrages als Pacht fordern." (8, S. 685)

Aus den obigen Zahlen geht eindeutig hervor, daß sich die Situation für die Massen in beiden Teilen Pakistans nicht wesentlich unterschied. Wenn also weiter unten von der Ausbeutung Ostpakistans durch Westpakistan die Rede ist, so dürfte klar sein, daß im Westen im wesentlichen die herrschende Klasse von dieser Ausbeutung profitierte und der größte Teil der Westpakistaner hauptsächlich durch die Demagogie der Herrschenden daran beteiligt war.

Wir haben erwähnt, daß im Verlaufe der Teilung Bengalens die damaligen Herrschenden - die Hinduistischen Großgrundbesitzer - aus Ostpakistan vertrieben worden sind. Sie wurden erst nach und nach durch islamische Großgrundbesitzer und Kapitalisten ersetzt.

Die Führungsschicht Ostpakistans geriet also gegenüber der westpakistanischen zeitlich ins Hintertreffen:

"Neben dem Widerspruch zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten in beiden Landesteilen besteht ein weiterer Widerspruch, der zwischen der westpakistanischen und ostpakistanischen herrschenden Klasse. Die Staatsmacht sowie die Konzerne werden von einigen wenigen westpakistanischen Familien kontrolliert. Ihren praktischen Ausdruck findet die Konzentration politischer und ökonomischer Macht in den für beide Landesteile verbindlichen Entscheidungen der Militärregierung, welche die herrschende Klasse Ostpakistans lediglich als Instrument der Ausbeutung des ostbengalischen Volkes benutzt, um die Früchte ihrer Aktivität bringt und seit Jahren in der Rolle des betrogenen Betrügers hält." (6, S. 196/7)

3. Die Rolle der Armee und der Militärregierungen

Wenn man die Geschichte Pakistans seit 1947 betrachtet, fällt sofort auf, daß das Militär mehrmals eine entscheidende Rolle gespielt hat. 1954 hatte die "Vereinigte Front" in den Provinzwahlen in Ostpakistan die reaktionäre Muslim-Liga überflügelt. Am 29.5. des gleichen Jahres wurde der Kandidat der "Vereinigten Front", Fazlul Haq, gestürzt und ein Militärgouverneur eingesetzt. Der Kampf um Reformen ging in Ost- wie in Westpakistan weiter; 1958 hatte die Stunde für ganz Pakistan geschlagen: zunächst wurde die Verfassung außer Kraft gesetzt, noch im selben Jahr putschte die Armee, Ayub Khan ergriff die Macht. Nach dem Kaschmirkrieg, der durch Verhängung des Kriegsrechts 1965 noch einmal Gelegenheit gab, die inzwischen gewachsene revolutionäre Bewegung der Arbeiter, Bauern und Studenten zu knebeln, steigerte sich die Opposition gegen Ayub bis 1969 so, daß eine neue "Machtübernahme" des Militärs (diesmal unter dem Oberkommandierenden Yahya Khan) durch abermalige Verhängung des Kriegsrechts "Ruhe und Ordnung" wieder herstellen mußte. Um die Massen zu beruhigen, wurde die baldige "Demokratisierung" angekündigt; für den 7.12.70 wurden Wahlen angesetzt. Auf die Rolle der Militärregierung im Krieg zwischen Ost- und Westpakistan wird weiter unten noch einmal zurückzukommen sein. Das Offizierskorps, welches sich großenteils aus den feudalen und bürgerlichen Schichten rekrutiert, ist ideologisch stark an die imperialistische Weltmacht Nr. 1, die USA, gebunden:

"Die USA sind ... die bedeutendsten Lieferanten für das pakistanische Militär gewesen; seit 1950 haben sie über 4000 pakistanische Offiziere ausgebildet, den größten Teil des westpakistanischen Offiziercorps. Wie in anderen amerikanischen Neokolonien haben die USA seit 1961 auch die pakistanische Polizei trainiert." (2, S. 11)

4. Die Ausbeutung Ostpakistans durch die herrschende Klasse Westpakistans

"Schon seit 1947 betrieb diese Clique eine Politik der konsequenten Ausplünderung des östlichen Landesteils. Damals hatte der Osten 41,9 Mio Einwohner und jährliche Einnahmen in Höhe von 161,9 Mio Rupien, aber Passiva von 141,6 Mio Rupien. Im Gegensatz dazu hatte Westpakistan mit 37,5 Mio Einwohnern Einnahmen von 279,5 Mio Rupien und Passiva von nur 44,7 Mio Rupien. Entgegen der Erwartung Ostpakistans wurde diese Schuldenlast nicht gemeinsam getragen, sondern Ostpakistan mußte seine Schulden allein bezahlen und bekam lediglich eine Anleihe in Höhe von 44,7 Mio Rupien gewährt. Damit war die Ausgangsposition für die ungleiche Entwicklung der beiden Landesteile gegeben. In gewissen Sektoren der Volkswirtschaft aber erzielte Ostpakistan Gewinne; diese Gewinne mußten an die Zentralregierung abgeliefert werden, um damit die Schulden Westpakistans zu bezahlen. Das betrifft vor allem die Deviseneinnahmen Ostpakistans, das bekanntlich der größte Juteproduzent der Welt ist. Während Ostpakistan bis 1962 Exportüberschüsse erzielte und damit Devisen nach Pakistan brachte, ist die Handelsbilanz des Westens chronisch negativ. Diese von Ostpakistan gegebenen Devisensubventionen beliefen sich für die Zeit zwischen 1947 und 1962 auf 6039,6 Mio Rupien.

Auch die industrielle Entwicklung vollzog sich in Westpakistan schneller als im Osten. 1966/67 verfügte Ostpakistan über 1098 Mittel- und Großbetriebe, also nicht einmal soviel wie ganz Pakistan am Ende der Kolonialherrschaft. Damit erzeugt es nur 2 % der metallischen Grundstoffe und Elektrowaren, 4 % der Fußkleidung, 5 % der Maschinen und 22 % der Textilien. Somit wird Ostpakistan allein schon infolge dieses Gefälles weiter ausgebeutet. Diese Ausbeutung vollzieht sich nach dem simplen kolonialistischen Schema: Ostpakistan liefert die billigen Rohstoffe in den Westen und dieser die teueren Fertigwaren und Konsumgüter in den Osten. Daher ist es nur selbstverständlich, daß die Handelsbilanz zwischen den beiden Landesteilen ein ständiges Defizit für Ostpakistan aufweist (1948-68 insgesamt 5800 Mio Rupien).

Diese Politik des wirtschaftlichen Aufbaus Westpakistans auf Kosten des östlichen Landesteils wird durch die Fünfjahrespläne der Regierung noch gefördert. So zeigt ein Vergleich der öffentlichen und privaten Investitionen in den ersten drei Jahren des 3. Fünfjahresplanes (1965-68), daß nur 37 % nach Ostpakistan, aber 63 % in den Westen gingen. Außerdem hatte Westpakistan bereits in den vorigen Fünfjahresplänen den größten Teil des Investitionsaufkommens an Land gezogen - für den Ausbau der neuen Hauptstadt Islamabad und den Mangla- und Tarbeladamm. In diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, daß Ostpakistan fast jährlich von Flutkatastrophen heimgesucht wird und der Ausbau eines Flutkontrollprogramms unzähligen Menschen das Leben retten und die agrarische Basis dieses Landesteiles stabilisieren würde, aber die Zentralregierung das wegen der zu hohen Kosten ablehnt, obwohl es billiger als der Tarbeladamm wäre. Dies alles hat natürlich seine unmittelbaren Auswirkungen auf das tägliche Leben der Menschen in Ostpakistan. Zwar ist das Pro-Kopf-Einkommen in Pakistan in der letzten Dekade um 29 % gestiegen, aber das jährliche Pro-Kopf-Einkommen ist im Osten mit 98 Rupien fast um die Hälfte niedriger als im Westen mit 178 Rupien. Infolge der Inflation sind die Löhne in Ostpakistan während der letzten Dekade um 30 % gesunken. Dafür sind die Preise der wichtigsten Lebensmittel bedeutend gestiegen. Der Preis für Reis, Weizen und Senföl pro Einheit beträgt im Westen 20, 25 bzw. 2,5 Rupien; im Osten dagegen 45, 35 bzw. 5 Rupien. Diese Preissteigerungen führten dazu, daß in Ostpakistan in der Zeit zwischen 1964/65 und 1968/69 der Pro-Kopf-Verbrauch von Körnerfrüchten um 3,2 %, von Speiseöl um 34,8 % und von Kleidung um 34,2 % gesunken ist." (8, S. 686/7)



Zeichnung: PICHA

Statistisches:

Durchschnittlicher jährlicher Etat:

Gesamtes Staatseinkommen: 6.000 Mill. Rupis

Militärische Ausgaben	Gesamt	60 %
	W.P.	50 %
	O.P.	10 %
Zivile Ausgaben	Gesamt	40 %
	W.P.	25 %
	O.P.	15 %

Handelsverkehr zwischen Ost- und Westpakistan:

Exporte von W. nach O.P.
1964-1969 Rs 5.292 Mill.
Exporte von O. nach W.P.
1964-1969 Rs 3.174 Mill.

Prozentuale Distribution von Geldern für Entwicklungsprojekte:

	W.P.	O.P.
Devisen für versch. Entwicklungsprojekte	80 %	20 %
Ausländische Hilfe (außer USA)	96 %	4 %
US-Hilfe	66 %	34 %
Pakistan Industrial Development Corp.	58 %	42 %
Pakistan Industrial Credit and Investment Corp.	80 %	20 %
Industrial Development Bank	76 %	24 %
Wohnungsbau	88 %	12 %
Durchschnitt ...	77 %	23 %

Soziales:

	W.P.	O.P.
Bevölkerung	55 Mio.	75 Mio.
Gesamtzahl d. Ärzte	12.400	7.600
Gesamtzahl d. Krankenhausbetten	26.000	6.000
Ländl. Gesundheitszentren	325	88
Städt. Regionalprojekte	81	52

Nahrungsmittelpreise:

	W.P.	O.P.
Reis pro mound (82 Pfund)	18	50
Weizen pro mound (82 Pfund)	10	35

(in Rupis)

Außenhandel und Deviseneinkünfte während einer Periode von 10 Jahren

W.P.		
Export	£ 820 Mill.	41 %
Import	£ 2.315 Mill.	70 %
O.P.		
Export	£ 1.153 Mill.	59 %
Import	£ 1.000 Mill.	30 %

Bildung: Fortschritt in 20 Jahren

W.P.

Schulform	1947/8	1968/9
Elementarschulen	8.413	39.418
	(4,5 fa.Anstieg)	
Sekundarschulen	1947/8	1965/6
	2.598	4.472
Anstieg	176 %	
Colleges versch. Fachabt.	1947/8	1968/9
	40	271
Anstieg	675 %	
Md./Ing./Agri.Col.ges.	4	17
Anstieg	425 %	
Universitäten	2 (654 Prof.)	
	6 (18708 ")	
	30 facher Anst.	

O.P.

Schulform	1947/8	1968/9
Elementarschulen	29.663	28.300
	(Zahl nahm trotz Bevölk.Zuw. ab)	
Sekundarschulen	1947/8	1965/6
	3.481	3.964
Anstieg	114 %	
Colleges versch. Fachabt.	1947/8	1968/9
	50	162
Anstieg	320 %	
Md./Ing./Agri.Col.ges.	3	9
Anstieg	300 %	
Universitäten	1 (1.620 Prof.)	
	4 (8.831 ")	
	5 facher Anst.	

Ein Blick auf eine typische Exportstatistik für das Jahr 1964/5 (in Mill. Rupis)

Jute u. Juteprodukte (alle aus O.P.)	124.580
Baumwolle u. Baumwollwaren (hpsl. aus W.P.)	51.880
Häute und Felle (hpsl. aus O.P.)	6.130
Tee (nur aus O.P.)	1.000
Wolle (nur aus W.P.)	7.300
Verschied. (W.P. u. O.P. zus.	56.200

Landwirtschaftliche Entwicklung

	W.P.	
Kunstdünger Verteilung (1964-68 in '000 Ton.)	739 (66 %)	
Saat Vert. (1964-69 in '000 Ton.)	342 (89 %)	
Anstieg der Fischprof. in '000 metr. Tonnen	1951/2	1966/7
	56	153
Anstieg	273 %	
Verteilung v. Traktoren (in Zahlen)	20.069	
Andere landw. Geräte	2.000	
	91 %	

Vergleich der industriellen Entwicklung

Dominierende Industrien in beid.Teilen	W.P. 1947/8	1966/7
Baumwollprod. in Mio. yard.	350	6.836
Anstieg	1.853 %	
Zuckerproduktion in '000 Tonnen	10	304
	2.943 %	
Zementproduktion in '000 Tonnen	305	1.934
	534 %	

Dominierende Industrien in bei.Teilen	O.P. 1947/8	1966/7
Baumwollprod. in Mio. yard.	508	550
Anstieg	8,25 %	
Zuckerproduktion in '000 Tonnen	25	112
	384 %	
Zementproduktion in '000 Tonnen	46	75
	63 %	

	O.P.	
Kunstdünger Verteilung (1964-68 in '000 Ton.)	371 (33 %)	
Saat Vert. (1964-69 in '000 Ton.)	40 (11 %)	
Anstieg der Fischprof. in '000 metr. Tonnen	1951/2: 175	1966/7: 159
Anstieg	48 %	
Verteilung v. Traktoren	1.825	
Andere landw. Geräte	350	
	9 %	

		Land	Stadt
Beschäftigungsrate der zivilen Arbeitskraft	W.P.	59 %	41 %
	O.P.	85 %	14 %

		1960	1970
Pro-Kopf-Einkommen in pak. Rupis	W.P.	355	492
	O.P.	269	308

		1959/60	1964/5
Bruttosozialprodukt	W.P.	312	391
	O.P.	242	297

	W.P.	O.P.
Kalorienaufnahme in ländlichen Gebieten 1960/65 pro Kopf/Tag	1.625	1.556

In den Städten ist die Ungleichheit noch viel größer.

Literaturverweis

1. Antiimperialistisches Informationsbulletin Marburg, Nr. 6/7, Juni/Juli 1971
2. ESG-Nachrichten Stuttgart, Nr. 64, 13. Dezember 1971
3. Fischer Weltgeschichte Bd. 17, Indien, Geschichte des Subkontinents von der Induskultur bis zum Beginn der englischen Herrschaft, Kp. 19,20
4. Fischer Weltgeschichte Bd. 29, Die Kolonialreiche seit dem 18. Jahrhundert, Kp. 6, 7
5. Fischer Weltgeschichte Bd. 33, Das moderne Asien, Kp. 1, 9, 10
6. Brigitte HEINRICH, D-Mark-Imperialismus. Deutsche Industrie und Ausbeutung der Dritten Welt, Voltaire Handbuch 12/13, Berlin 1971
7. Pogrom Hamburg, Nr. 11/71
8. Karl UNGER, "'Bangla Desh', Hintergründe der pakistanischen Krise", in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Juli 1971, S. 648-690

Nr. 14 der "blätter des iz3w" wird diese Dokumentation zu Ende führen. Vorgesehen ist die Darstellung folgender 4 Punkte:

III. Der ostpakistanische Sezessionskrieg März-April 1971 (Die politischen Kräfte Ostpakistans; von den allgemeinen Wahlen 1970 bis zur Unabhängigkeitserklärung; die blutige Unterdrückung des Aufstandes)

IV. Die Rolle Indiens im Ost-Pakistan-Konflikt (Indien: historischer Hauptfeind Pakistans; wirtschaftliche und soziale Schwierigkeiten der indischen Führungsschicht in Westbengalen; die Flüchtlingsfrage; die offene Agression im Dezember 1971)

V. Der "13-Tage-Krieg" (Dezember 71) (Revolutionärer Volkskrieg oder nationalistischer Aufstand mit fremder Schützenhilfe?)

VI. Die Großmächte und Bangla-Desh (Das Pakistankonsortium; Chinas Dilemma: Staatsräson oder internationaler Klassenkampf?)

pa/bs

Vietnamesische Lehrjahre

Gespräch mit Prof. Wulff über die Medizin in Süd- und Nordvietnam

Im Juli-Heft von med ass beschäftigten wir uns mit dem Problem der medizinischen Entwicklungshilfe und interviewten dazu Dr. med. H.C. Nonnemann, der in Vietnam Chef auf der „Helgoland" war und jetzt in der Bundesrepublik eine Basisklinik für die Ausbildung ärztlicher Entwicklungshelfer plant. In Verbindung mit Vietnam wurde ein zweiter Mediziner bekannt: Prof. Dr. Erich Wulff*, 45, heute Leiter der soziotherapeutischen Abteilung und der Poliklinik der Neuropsychiatrischen Klinik der Universität Gießen. Prof. Wulff wurde zum Ankläger der amerikanischen Politik in Vietnam (in Roskilde, Dänemark, vor dem Vietnam-Kriegsverbrecher-Tribunal). Unser Redakteur Axel Plantiko fragte Prof. Wulff nach seinen Erfahrungen mit der süd- und nordvietnamesischen Medizin. Die Aussagen Wulffs gehen über den rein medizinischen Rahmen hinaus.

Frage: Herr Professor Wulff, im Juli brachten wir in med ass ein Interview mit Dr. Nonnemann zum Thema Medizinische Entwicklungshilfe. Dr. Nonnemann arbeitet zur Zeit an dem Projekt FERMENT, das sich die Errichtung einer Basisklinik in der Bundesrepublik zum Ziel gesetzt hat. An dieser Basisklinik sollen Ärzte für die Entwicklungshilfe ausgebildet werden. Dr. Nonnemann war wie Sie längere Zeit in Südvietnam. Er ist Mediziner wie Sie. Was verbindet Sie darüber hinaus mit ihm?
Wulff: Vermutlich verbindet uns das Engagement für die Leidenden der Dritten Welt. In der Frage, wie diesen Menschen geholfen werden soll, scheiden sich unsere Geister aber ganz erheblich.
Frage: Wie lange waren Sie in Vietnam?
Wulff: Von 1961 bis 1967 habe ich in Hué am Aufbau einer medizinischen Fakultät gearbeitet. In erster Linie widmete ich mich dabei neurologischen und psychiatrischen Krankheiten, bei Abwesenheit von Kollegen mußte ich auch im „Pavillon für Infektionskrankheiten" einspringen.
Frage: Und in Nordvietnam? Sie gelten als Experte, wenn nach dem Unterschied zwischen nord- und südvietnamesischer Medizin gefragt wird.
Wulff: In Nordvietnam, in der Demokratischen Republik Vietnam, war ich 1970 für drei Wochen.
Frage: Das ist doch wohl etwas wenig, um sich umfassend zu informieren.
Wulff: Nicht unbedingt. Während meiner Zeit in und nach Südvietnam habe ich mich bereits eingehend mit der Situation im Norden befaßt, ich habe fast die gesamte greifbare Literatur gelesen, und während der drei Wochen hatte ich Gelegenheit, das Gesundheitswesen in allen

* Prof. Wulff veröffentlichte seine Vietnam-Erfahrungen unter einem Pseudonym: Georg W. Alsheimer, Vietnamesische Lehrjahre — Sechs Jahre als deutscher Arzt in Vietnam, Suhrkamp-Verlag, Frankfurt, 1968, DM 4,80



Mai 1967 – Hué, Südvietnam. Prof. Wulff mit einem seiner Studenten. Tôn Thất Son. „Wir hätten in Hué jährlich 50 Ärzte ‚produzieren' können. Dadurch hätte sich das Zahlenverhältnis Arzt/Bevölkerung in den nächsten Jahren von 1:12 000 auf 1:11 000 verbessert."

Ebenen, angefangen bei den Dorfambulanzen, über Universitätskliniken, bis hinauf zu Gesprächen mit dem Gesundheitsminister zu studieren.
Frage: Ihr Fazit?
Wulff: Ein Unterschied wie Tag und Nacht.
Frage: Wo ist Tag, wo Nacht?
Wulff: Um es präzise auszudrücken: Das Gesundheitswesen in der Demokratischen Republik Vietnam ist dem Gesundheitswesen in den von den Amerikanern beherrschten Landesteilen bei weitem überlegen.
Frage: Können Sie dieses pauschale Urteil im Detail belegen? Denn schließlich trennen — zum Zeitpunkt Ihrer Reise — Süden und Norden nur 16 Jahre unterschiedlicher Entwicklung.
Wulff: Sicher kann ich mein — wie Sie es nennen — Pauschalurteil belegen. Und was die 16 Jahre angeht, da kann man über die Erfolge im Norden nur staunen und sich Gedanken darüber machen, wieso dort ein derartiger Aufschwung möglich wurde.
Frage: Gehen wir in medias res. Welche Erfahrungen haben Sie im Süden gemacht?
Wulff: Schlimme. Nach sechs Jahren mußten wir schließlich kapitulieren, weil es zwecklos war, unter den gegebenen Bedingungen weiterzuarbeiten. Nach unserer Berechnung hätten wir in Hué jährlich 50 Ärzte „produzieren" können. Das bedeutet, daß sich das Zahlenverhältnis Arzt/Bevölkerung in den nächsten 20 Jahren von 1:12 000 auf 1:11 000 verbessert hätte.
Frage: Immerhin, es wäre doch eine Verbesserung gewesen.
Wulff: Optisch ja. Aber wenn man bedenkt, daß fast alle Ärzte in den großen Städten praktizieren, weil man da das große Geld machen kann, und daß auf dem Lande so gut wie keine ärztliche Versorgung vorhanden ist, dann benutzt man das Wort „Verbesserung" etwas vorsichtiger. In der an Hué nördlich angrenzenden Provinz Quang Tri mit ihren etwa 300 000 Einwohnern gibt es beispielsweise einen Arzt.
Frage: Ein Arzt für 300 000 Einwohner?
Wulff: Nein. Ein Arzt für einige tausend Zahlungsfähige, und für 300 000 keinen.
Frage: Aber wenn Sie sich engagieren, hätte es da nicht Ihre selbstgestellte Aufgabe sein müssen, gerade in der Strukturfrage für Änderungen einzutreten?
Wulff: Wir haben es versucht. Wir haben den südvietnamesischen Regierungsstellen Reformen vorgeschlagen, wonach Hilfsärzte ausgebildet werden sollten, die kein Abitur brauchen und nach dreijährigem Besuch einer Medizinschule sowie Bewährung im Gesundheitsdienst auf dem Lande ein vollwertiges Doktorat machen können.
Frage: Nach chinesischem Muster?
Wulff: In Nordvietnam kennt man das auch.
Frage: Hatten Sie Erfolg?
Wulff: Nein. Wir sind am Widerstand der etablierten Ärzteschaft gescheitert. Den Ärzten kommt die augenblickliche Situa-

tion sehr gelegen. Zwar haben sie meistens eine staatliche Anstellung in Krankenhäusern oder im öffentlichen Gesundheitsdienst, aber bis auf eine Stunde täglich an diesen Arbeitsplätzen machen die meisten lieber Privatpraxis. Und da die Zahl der zahlungsfähigen Patienten begrenzt ist, wünscht man keine Konkurrenz bei der Verteilung des fetten Kuchens.

Frage: Sie malen Südvietnam in düsteren Farben. Bringt denn der Norden mit seinem verstaatlichten Gesundheitswesen viel mehr Positives?

Wulff: Nehmen Sie nur die Arztdichte: da kommt auf 4 000 Einwohner ein Arzt, und bei den Hilfsärzten beträgt das Verhältnis 1:1600.

Frage: Am Beispiel Südvietnam haben Sie eben selbst demonstriert, daß nackte Zahlen wenig oder gar nichts aussagen.

Wulff: Ich habe mich vor allem auf dem Lande umgesehen. Und zwar bin ich da auch von der festgelegten Besuchsroute abgewichen, um nicht nur Musterkliniken zu besuchen. Ich war beeindruckt. Am stärksten imponierte mir das Ineinandergreifen der verschiedenen Institutionen des Gesundheitswesens. Jedes, auch das kleinste Dorf, hat seine Ambulanz mit einer kleinen Bettenstation. In jedem Dorf ist zumindest ein Hilfsarzt, in größeren Dörfern ein voll ausgebildeteter Arzt tätig. Krankenpfleger, Ärzte und Professoren arbeiten gegen ein festes Gehalt, die Unterschiede in der Bezahlung sind nicht sehr erheblich. Der Arzt verdient weniger als ein Drittel mehr als der Krankenpfleger; in Südvietnam ist das Verhältnis 20:1.

Frage: Fehlt da nicht der Anreiz, mehr, besseres zu schaffen? Mit anderen Worten: Kann nicht eventuell der Vorteil, eine größere Zahl an Ärzten zu haben, durch einen geringeren persönlichen Einsatz zunichte gemacht werden?

Wulff: Im Gegenteil, die Ärzte haben jetzt ein festes Ziel: Nämlich allen zu helfen, während es den meisten Ärzten im Süden nur darum geht, die eigenen Taschen zu füllen. Außerdem das äußere Bild: In der Demokratischen Republik Vietnam sieht man keine unterernährten Gestalten, Kinder mit Trommelbäuchen und spinngliedrigen Beinen, wie sie in Südvietnam überall anzutreffen sind. Das spricht eine deutliche Sprache.

Frage: Und wie erklären Sie sich das?

Wulff: Im Norden sind die parasitären Darmerkrankungen, an denen im Süden nach eigenen Untersuchungen 97 Prozent der Bevölkerung leiden, praktisch ausgerottet. Deshalb ist auch das Ernährungsproblem viel leichter zu lösen — selbst bei relativer Knappheit. Außerdem ist es gelungen, die Tuberkulose in ihrer Verbreitung ganz wesentlich einzuschränken, und zwar durch massive Impfaktionen. Im Norden hat man eigentlich gegen alles Impfaktionen unternommen, was es an Seuchen gibt: Pocken, Cholera, Pest, Poliomyelitis, Diphterie, Typhus, Tbc etc.

Frage: Es ist doch bekannt, daß Impfaktionen nur dann in der Dritten Welt erfolgreich sind, wenn gleichzeitig im gesamten hygienischen Bereich, in der Wohnsituation etc. Kampagnen geführt werden.

Wulff: Eben. Das geschieht ja in der Demokratischen Republik Vietnam. Im Süden dagegen ist weder auf dem einen noch auf dem anderen Gebiet von Aktivität etwas zu spüren. In der DRV steht man vor der zunächst merkwürdigen Situation, daß die Krankenhauspopulation immer mehr europäische Züge annimmt. Kein typisches Bild mehr für die Dritte Welt mit Darmkrankheiten und Seuchen, sondern Kreislaufkrankheiten, Diabetesprobleme, also Krankheiten, wie wir sie in Europa kennen.

Frage: Und im Süden?

Wulff: In Südvietnam sieht der größte Teil der Bevölkerung nie in seinem Leben einen Arzt. In den Krankenhäusern können nur schwerste Fälle aufgenommen werden, sofern ein Transport überhaupt möglich ist. Da sieht es mehr als schlecht aus. Vor allem, weil keine Änderung abzusehen ist — jedenfalls nicht unter diesem System.

Frage: Haben Sie Zahlen, mit denen Sie die Unterschiede belegen können?

Wulff: Für Nordvietnam ja. Dort werden

Dritte Welt - eine Materialsammlung

Von W. Hoffknecht und J. Wilhelm, herausgegeben von AKAFRIK - Aktionskomitee Afrika, 44 Münster, Frauenstr. 3-7

Ausführliche Zusammenstellung von Unterrichtsmaterialien für die Arbeit in Schulen, Jugendgruppen und Arbeitskreisen: Brauchbare Lehrbücher, Tonbildreihen, Filme, Dia-Serien mit genauer Angabe der Bezugsmöglichkeiten. Zur weiteren Information eine Auswahl weiter führender Literatur und brauchbarer Zeitschriften. Der Materialsammlung angefügt ist ein aus epd-Entwicklungspolitik entnommener Artikel "Dritte Welt in Lehrplänen und Schulbüchern des Religionsunterrichts" von E. Meueler und eine Rezension von Meuelers Unterrichtswerk "Soziale Gerechtigkeit" von Klara Vohrbeck gleicher Quelle.

genaue Statistiken geführt. Im Süden, wo therapeutisch nichts getan wird, kann man auch statistisch auf kein Material zurückgreifen, nur auf Schätzungen. 1954 betrug beispielsweise die Kindersterblichkeit im damaligen kolonialen Vietnam durchschnittlich 25 Prozent, teilweise bis zu 40 Prozent. In der DRV ist sie in den letzten Jahren auf 2,1 bis 2,6 Prozent zurückgegangen. Die Müttersterblichkeit sank von 2 Prozent auf 0,4 Prozent. Für Südvietnam dagegen müssen wir heute noch die gleichen Zahlen ansetzen wie für 1954.

Frage: Wofür wird denn dann das Geld eingesetzt, das im Zuge der Entwicklungshilfe als medizinische Hilfe für Südvietnam gedacht ist?

Wulff: Für unser schlechtes Gewissen. Punktuell mag einigen hundert Menschen geholfen werden, langfristig ist es weniger als der Tropfen auf dem heißen Stein.

Frage: Sie verteilen Ihre Plus- und Minuspunkte so eindeutig, daß man wohl fragen muß, ob Sie in der DRV auf medizinischem Gebiet denn nichts negativ berührt hat.

Wulff: Ich muß alle Skeptiker enttäuschen. Ich war jeden Tag neu beeindruckt von der Kompetenz der Ärzte und der Geschicklichkeit, die Bevölkerung mit dem für sie neuen Gesundheitswesen vertraut zu machen.

Frage: Wirft das nicht große Probleme auf, in alte Strukturen mit modernen Methoden einzubrechen? Wird die Bevölkerung da nicht überfordert?

Wulff: Man hat es verstanden, die traditionelle Medizin der sogenannten sinovietnamesischen Praktiker mit all ihren Erfahrungen und ihrem Vertrauen in der Bevölkerung als eine Art Vehikel für die westlich orientierte Medizin zu integrieren. Empirische chinesisch-vietnamesische und moderne Medizin wurden gemeinsam in den Dörfern eingesetzt, einer lernte vom andern, und die Menschen fanden Vertrauen und Zugang zur Medizin der Moderne.

Frage: Ähnliches hört man ja auch aus der Volksrepublik China. – Ich wollte Sie aber noch nach Erfahrungen auf Ihrem Spezialgebiet, der Psychiatrie, fragen.

Wulff: Als ich nach Südvietnam kam, war die Psychiatrie dort praktisch inexistent. Es gab ein von den Franzosen übernommenes Asyl mit 1200 Betten, wo die Kranken in Sälen mit bis zu 50 Betten alle nackt eingesperrt waren, teilweise mit Ketten an die Wände geschmiedet. In der DRV hat man eine ziemlich moderne Sozialpsychiatrie eingeführt, die der unseren häufig überlegen ist. So konnte ich ein Haus in der Nähe von Hanoi besuchen, in dem es keine einzige geschlossene Abteilung mehr gibt, alle Türen sind offen, auf drei Patienten kommt eine Pflegeperson, und es gibt neben Gruppentherapie auch erstaunlich viele Gruppenaktivitäten. Bei sehr erregten Kranken wird – nach alter vietnamesischer Sitte – von Mund zu Mund gefüttert, selbst vor körperlichen Zärtlichkeiten schreckt man nicht zurück.



Psychiatrische Klinik in der Nähe von Hanoi: „Keine geschlossene Abteilung, alle Türen sind offen, auf drei Patienten kommt eine Pflegeperson, neben Gruppentherapie erstaunlich viele Gruppenaktivitäten". Fotos: privat

Frage: Sie sagten vorhin, über die Erfolge der nordvietnamesischen Medizin könne man nur staunen und sich Gedanken machen, wie diese Erfolge zustande kämen. Welche Gedanken haben Sie sich gemacht?

Wulff: Für mich ist das eine politische Frage. Zunächst: Ich kam als Unpolitischer nach Vietnam, und erst die Zustände dort öffneten mir die Augen. Hinzu kamen – sagen wir mal – Schockerlebnisse. So zum Beispiel, als ich zufällig dabei war, wie 1963 zu Buddha's Geburtstag Panzerwagen in eine Menschenmenge schossen. Dabei wurden 50 Menschen getötet. In der Leichenhalle habe ich mit zwei Kollegen die Toten fotografiert und das Material der internationalen Presse und den Vereinten Nationen übergeben.

Frage: Warum?

Wulff: Die Regierung hatte behauptet, die Kommunisten hätten geschossen. Mit Hilfe der Bilder wurde aber deutlich, daß es nur die südvietnamesischen Truppen gewesen sein konnten. Zu dritt wurden wir daraufhin aus Südvietnam ausgewiesen.

Frage: Schließlich sind Sie aber wieder zurückgekehrt.

Wulff: Ja, nach dem Sturz des Diktators Diem erhoffte ich mir von einem liberaleren Regime Möglichkeiten zur Durchsetzung notwendiger Reformen. Es zeigte sich jedoch, daß dieses System genauso abhängig von der herrschenden Bourgeoisie war, und daß in deren Interesse alle Reformen verhindert wurden.

Frage: Sie wollten erklären, wie die nordvietnamesischen Erfolge zustande kommen.

Wulff: Das Gesundheitswesen ist in seiner Effektivität unmittelbar abhängig von der moralischen Kraft des übergeordneten politischen Systems. Wenn hygienische Brunnen, hygienische Latrinen, Impfaktionen, Gesundheitskampagnen, Bildung als Voraussetzung für das Verständnis derartiger Maßnahmen – wenn überhaupt etwas erreicht werden soll, dann läßt sich das nicht mit Dekreten machen. Die Bevölkerung muß überzeugt werden, daß es ihr selbst zugute kommt. Und das ist in der DRV geschehen. In Südvietnam dagegen ist davon nichts geschehen.

Frage: Wenn ich Sie recht verstehe, setzen Sie also auf die konsequente und absolute Eigeninitiative eines Landes und seiner Bevölkerung, beziehungsweise die Aktivierung dieser Initiative. Und unsere Hilfe würden Sie als sogenannte Hilfe bezeichnen?

Wulff: Ich habe in meinen vietnamesischen Lehrjahren gelernt, daß ein privates, auf der Ebene von privaten Kleinunternehmen arbeitendes Gesundheitswesen wie es nicht nur in Südvietnam, sondern auch in der Bundesrepublik existiert, verschiedene grundsätzliche Probleme aufwirft, mit denen man nur schwierig fertig wird. Meines Erachtens wird die Medizin nur dann weitere Fortschritte machen – im praxisorientierten Sinne –, wenn es möglich ist, ein staatliches Gesundheitswesen mit einheitlicher Zuständigkeit zu schaffen.

Frage: Trotzdem werden Sie doch nicht bezweifeln, daß unsere Medizin auch der erstaunlich verbesserten nordvietnamesischen Medizin überlegen ist.

Wulff: Im Augenblick noch. Aber wenn sich in Nordvietnam die politische und wirtschaftliche Struktur nicht grundlegend geändert hätte, wenn man dort auf Entwicklungshelfer angewiesen wäre, dann wäre man heute noch auf dem katastrophalen Stand von Südvietnam. Man würde noch in hundert Jahren hinter uns herhinken. Und das ist auch der Unterschied zwischen Dr. Nonnemann und mir: Er möchte helfen und Helfer bleiben, ich möchte, daß das Wort Hilfe für ganze Völker überflüssig wird. In der Demokratischen Republik Vietnam vollzieht sich dieser Prozeß.

entnommen aus:
"Der Medizinstudent", 3, Nov. 71

IRAN

Herr v. Hassel und die 2500-Jahr-Feier

Auszug aus
INTERVIEW DER WOCHE IM DEUTSCHLANDFUNK
mit
Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel
Sonntag, 7. November 1971, 11.30 Uhr

DLF: Herr von Hassel, Sie sind vor kurzem für den erkrankten Bundespräsidenten bei den Feierlichkeiten in Persien gewesen. In der deutschen Öffentlichkeit ist viel Kontroverses zu unserem Verhältnis zu Persien, aber auch zu den Feierlichkeiten selbst festzustellen. Wie beurteilen Sie nach Ihrer Rückkehr das deutsch-persische Verhältnis?

von Hassel: Lassen Sie mich zunächst noch ein Wort zu den Feierlichkeiten sagen: Tatsache ist, daß das eigentliche Fest weniger als 10 Millionen DM und mit den Bauten in Persepolis etwa 55 Millionen DM kostete, und daß die Bauten am Ende der Feierlichkeiten für den Fremdenverkehr bestimmt sind. Zur gleichen Zeit gingen etwa zwei Milliarden Mark in Infrastruktur-Maßnahmen, für die die Perser gewaltige Anstrengungen machten; man baute über 2000 Schulen, viele hundert Kilometer neue Straßen, Hotels, soziale Einrichtungen oder z.B. auch das Stadion in Teheran. Ich habe leider erneut die Erfahrung gemacht, daß in der Berichterstattung über Persepolis, vor allem aber auch über Persien, oft ohne jede Sachkenntnis, aber zuweilen einfach auch unfair berichtet wird. Das Ergebnis ist nun eine gewisse Entfremdung zwischen dem Iran und uns. Manche scheinen das übrigens als Ziel zu verfolgen. Was werden sie erreichen? Nicht eine Schädigung des Iran, sondern der Bundesrepublik Deutschland; sie wird einen alten Freund dabei verlieren. Mein fester Eindruck in Deutschland ist, daß abgesehen von wenigen, die unser gutes Verhältnis zum Iran stören wollen, die ganz große Mehrheit unserer Bevölkerung eine störungsfreie Fortsetzung der traditionellen freundschaftlichen Beziehung zum Iran wünscht. Wir sollten also in die Zukunft sehen. Wir müssen darauf achten, daß wir nicht alte Freundschaften aufs Spiel setzen, um irgendwo vielleicht neue Freunde zu gewinnen. Wir sollten den Ausbau der wirtschaftlichen und der kulturellen Beziehungen voranbringen. Der Iran hat enorme Fortschritte im Bereich der Industrialisierung, der Bildung, der Landwirtschaft gemacht. Hier könnte unser know how Nützliches ergänzen. Das Maß, in dem es uns gelingt, dieses Verhältnis auf eine neue Basis zu stellen, wird letztlich auch über den Einfluß der DDR und der Sowjetunion im Iran entscheiden. Auch aus diesem Grunde ist es bedauerlich, daß immer wieder verzerrte Darstellungen gegeben werden. Ich selbst habe während meines Besuchs in Persepolis davon ja einiges mitbekommen.

DLF: Nun, Herr Präsident, gibt es hier Stimmen, die da sagen, daß die inneren Verhältnisse in diesem Lande, also in Persien, nicht vielleicht doch Probleme, auch für unsere Haltung zu Teheran stellen würden?

von Hassel: Ich meine, wir sollten es uns abgewöhnen, unsere internationalen Beziehungen entscheidend danach auszurichten, ob wir mit den inneren Verhältnissen anderer Länder einverstanden sind. Schulmeisterlich unsere Bewertungsmaßstäbe auf andere Verhältnisse, andere Bedingungen zu übertragen, kann nicht unsere Aufgabe sein, zumal wenn man dabei nur immer in gewisse Himmelsrichtungen sieht, andere aber ausgeklammert werden. Entgegen anderen Darstellungen sind in Persien in den letzten Jahren große demokratische, wirtschaftliche und soziale Fortschritte erzielt worden. Es ist zum Beispiel den Deutschen offenbar nicht bekannt, daß es bereits wesentliche Bereiche gibt, in denen demokratisch gewählt wird. Wir können dort nicht unsere Maßstäbe annehmen; abgesehen davon, daß unsere demokratische Tradition ja auch nicht gerade als "steinalt" bezeichnet werden kann!
Was die soziale Seite angeht, so ist die Landreform durchgeführt. Eine große Leistung, wenn man weiß, wie vorher die Besitzstrukturen aussahen. Lassen Sie mich einmal deutlich sagen: Einige der hier die Stimmung gegen den Schah anfeuernden persischen Studenten sind Söhne der vom Schah enteigneten Großgrundbesitzer. Bei den Bodenschätzen, bei dem knappen Waldbestand, bei dem spärlichen Wasser ist jedem Mißbrauch vorgebeugt worden. In den staatlichen Unternehmen zum Beispiel wird der Arbeiter heute am Gewinn beteiligt. Wie vereinbart sich übrigens die hiesige Kritik am Schah und an seinem Land mit

der Tatsache, daß die Führung des gesamten Ostblocks dem Kaiser von Persien ihre Referenz in Persepolis erwies? Lassen Sie mich noch eins deutlich sagen. Es kann nicht angehen, so scheint mir, daß die Bundesrepublik zum Tummelplatz von Gruppen wird, die von hier aus zu Aktionen gegen andere Regierungen und Staaten aufrufen, ob es sich dabei nun um Jugoslawien, Griechenland, Spanien oder Persien handelt. Mir scheint es an der Zeit, darüber nachzudenken, daß man das von uns recht großzügig gewährte Gastrecht nicht dazu mißbrauchen darf, unser Verhältnis zu anderen Staaten, unsere internationalen Beziehungen zu beeinträchtigen, damit Personen oder Gruppen, die hier Gastrecht genießen, nicht unsere Beziehung durch Agitation beeinträchtigen können.

Verbreitet durch amnesty international
- Iranspezialgruppe -

Kontaktadresse:
Monika Wagner (0311) 814 33 98

KOMMENTAR

Daß die 2500-Jahrfeier des Iran auf einer Geschichtsfälschung beruht, die sich bemüht, eine einigermaßen lupenreine ununterbrochene persische Kaisertradition nachzuweisen - angeblich begründet von Kyros dem Großen (um 500 v.Chr.) -, ist hinlänglich bekannt.

Im 2500sten Jahr nach der Gründung des Perserreiches durch Kyros war kein Schah an der Macht - er befand sich im Exil in Rom und wurde im September 1953 mit Hilfe der CIA (1) wieder auf den Thron gehoben -, sondern die vom Volke gewählte demokratische Regierung Dr. Mossadeghs, der sich durch die Nationalisierung der ausländischen Ölinvestitionen, wie zum Beispiel der AIOC (2), große Verdienste um Persien erwarb und heute noch vom Volk als nationaler Held gefeiert wird (3).

Von Hassel behauptet, daß das Fest lediglich 65 Mio DM gekostet hätte. Selbst das wäre zuviel zum Feiern in einem Land, wo allein in der Hauptstadt Teheran über 200 000 Menschen in unterirdischen Höhlen hausen (4). Tatsächlich verschlang das "Fest der weißen Revolution" - so vom Regime gerne bezeichnet - folgende Summen:

- für ein Wüstentelephonnetz, das übrigens nur zwei Tage funktionierte, sowie die Miete eines Fernsehsatelliten .... 250 Mio US $
- für ein Mammutdenkmal in Teheran .... 35 Mio US $
- für zwei Hotels in der Wüste .... 100 Mio US $
- darüber hinaus für eine eigens für das Fest in der Wüste angelegte Autobahn, für 5000 Flaschen französischen Champagner, für 50 t persischen Kaviar (1/8 der Weltproduktion), für Fahnen, Standarten, zahllose historische Kostüme aller Epochen, für 5 t mit Schah-Profil geprägten Goldmünzen insgesamt .... 390 Mio US $

alles in allem .... 800 Mio US $.

Nichteingerechnet in der Kostenaufstellung ist die Rekrutierung von einigen Tausend zusätzlichen Geheimdienstagenten des SAVAK zur Schaffung von "Ruhe und Ordnung", die riesige propagandistische Vorbereitung seit 1964 durch ein Heer von Iranistikern (5) und Orientalisten sowie das riesige Schauspiel von historischen Militärparaden und Leibgarden, das jeden amerikanischen Mammutfilm an Aufwand weit übertraf.

Im Gegensatz dazu stehen die von Herrn von Hassel angepriesenen "riesigen infrastrukturellen Maßnahmen", die z.B. für 1971 an Ausgaben des persischen Staates zum Ausbau der 2500 Schulen 37,5 Mio DM (ca. 13,4 Mio US $) vorsahen. Zu diesen Maßnahmen kann man noch den Bau jener Autobahn rechnen sowie den eines besonderen Flughafens für die Feierlichkeiten von Persepolis und das Stadion von Teheran.

Daß mit Persepolis ein neues Ferienzentrum geschaffen wurde, ist schon allein deshalb unmöglich, weil - bedingt durch die äußerst extreme Trockenheit der Wüste - die mit großem Aufwand angelegten Festparkanlagen und der künstlich errichtete See sehr schnell wieder vergammeln werden und das zur Bewässerung notwendige Wasser aus Teheran angeflogen werden müßte, was viel zu hohe Kosten für "Neckermann"-Urlauber verursachen würde. Dasselbe gilt für die Unterhaltung der baulichen Anlagen.

Die durch Herrn von Hassel und auch vom Schah selbst (6) angepriesene Bodenreform ist eine propagandistische Farce (7), woran Regime und Großgrundbesitzer sogar noch verdienen (8). Ebenso ist die vom Schah angestrebte Gleichberechtigung der Frau

ein Schwindel. Der Schah ließ ca. 10 Frauen aus seiner nächsten Umgebung in den Nationalrat wählen, der überhaupt keine Rechte genießt, sondern lediglich eine Alibifunktion innehat. Daraufhin löste er eine umfangreiche Propagandawelle über dieses Thema aus.

Daß in Persien etwas, was einer Mitbestimmung in Betrieben ähnelt, existiert, ist eine glatte Lüge. Im Gegensatz dazu wurden am 1. und 2. März 1971 mehrere Streiks um bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne (derzeitiger Tageslohn beträgt durchschnittlich 3,50 DM und ist bei steigender Inflationsrate seit 1952 nahezu konstant (9)) durch den SAVAK (10) blutig niedergeschlagen (11).

In den Augen der Lobby, die Herr von Hassel repräsentiert, ist es freilich von großem Nutzen, sich das günstige Investitionsklima in Persien zu erhalten, was der eigentliche Zweck guter zwischenstaatlicher Beziehungen ist. Von den 440 Mio DM Nettokapitalinvestitionen bis zum 31.12.1970 in asiatischen Entwicklungsländern entfielen allein auf Persien 91,3 Mio DM (12). Zudem ist die BRD - abgesehen vom Öl - der größte Handelspartner des Iran (13).

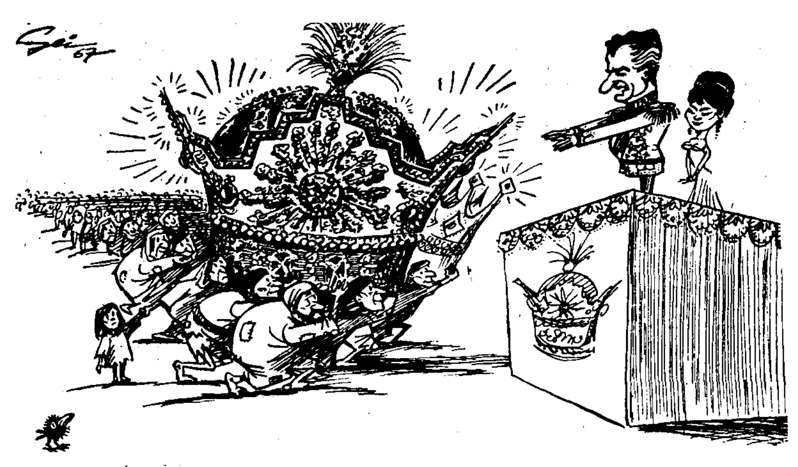
Das Demokratieverständnis des Herrn Bundestagspräsidenten ist sehr eigenartig: Offensichtlich versteht er unter Demokratie oder fortschreitender Demokratisierung, daß eine Regierung gegen Oppositionelle mit Folter (14), Prügel (15), Elektroschocks, vorgetäuschten Hinrichtungen (16) (17), Massenerschießungen und einem dichten Spitzelnetz und perfekten Schnüffelsystem vorgeht. Mit einem solchen Staat kulturelle Beziehungen aufbauen zu wollen, ist blanker Zynismus.

Wer so "einseitig" wie Herr von Hassel argumentiert, gibt zu erkennen, daß er zu jener "kleinen, radikalen Minderheit" in der BRD gehört, die zu Terror, Unterdrückung und Ausbeutung hier und in der Dritten Welt beiträgt.

hf

Fußnoten:

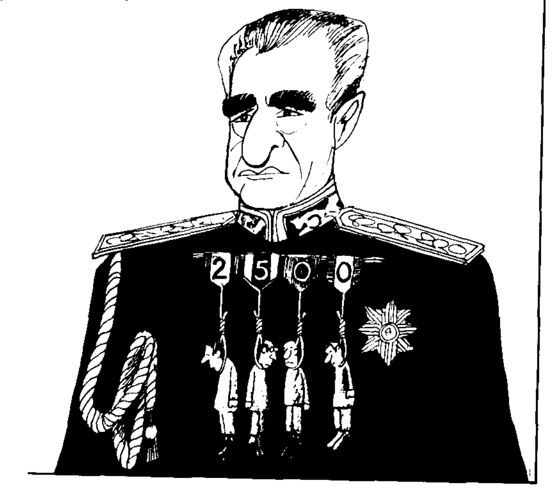
1) Bahman Nirumand, Persien, Modell eines Entwicklungslandes, Hamburg 1967, S. 68-71
2) Hassan Nazari, Der ökonomische und politische Kampf um das iranische Erdöl, Köln 1971, S. 65-72. AIOC ist der Name, den "BP" vor dem 2. Weltkrieg trug.
3) Iran Report, Sept. 1971, S. 22
4) blätter des iz3w, Nr. 9, Juli 71, S. 14, Iran: Strukturdaten



„Ich will sie tragen für euch alle!"

5) Iran Report, Sept. 1971, S. 1/2
6) Mohamed Rezy Schah Pahlawi Aryamehr, Kaiser von Iran, Die soziale Revolution Irans, Dieterichs Verlag, Düsseldorf 1967
7) Frankfurter Rundschau, 8.7.71
8) blätter des iz3w, Nr. 9, Juli 71, a.a.O.
9) Hassan Nazari, Der ökonomische und politische Kampf um das iranische Erdöl, Köln 1971
10) SAVAK = Persischer Geheimdienst
11) Iran Report, Sept. 1971, S. 21-24, 1971, Volk contra Regime
12) Bundesminister für Wirtschaft, Aktenzeichen V C 3 - 74 0187, Runderlaß Außenwirtschaft Nr. 10/71 vom 1. April 1971
13) blätter des iz3w, Nr. 9, Juli, a.a.O.
14) Frankfurter Rundschau, 2.4. und 6.4.1971
15) Der Spiegel, Nr. 20, 10.5.1971
16) blätter des iz3w, Nr. 10, Okt. 71, S. 24, Folter in Persien
17) Frankfurter Rundschau, 11.5.1971

Eine ausführliche Literaturliste findet sich in "blätter des iz3w", Nr. 9, Juli 1971.



OFFENER BRIEF VON AMNESTY INTERNATIONAL AN KAI-UWE V. HASSEL

Sehr geehrter Herr von Hassel!

Durch Ihre Äußerungen in bezug auf den Iran anläßlich Ihres Interviews mit dem Deutschlandfunk am 7.11.71 sehen wir, d.h. die Iranspezialgruppe von amnesty international, uns aufgefordert, Stellung zu nehmen.

Wie Ihnen sicher bekannt ist, arbeitet amnesty international (ai) an der Verwirklichung der Menschenrechte, wie sie 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossen wurden. Hierbei identifiziert sich ai nicht mit den politischen Zielen der betreuten Gefangenen. Auch der Iran hat die UN-Menschenrechtserklärung als einer der ersten unterzeichnet, bricht sie jedoch in der Praxis täglich. Die, wie Sie sagen, "in Persien in den letzten Jahren erzielten großen demokratischen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritte", äußern sich in brutaler Unterdrückung und Verfolgung jeder Opposition. Die iranischen Gefängnisse werden zur Zeit von ca. 20.000 politischen Gefangenen bevölkert, die grausamen Folterungen ausgesetzt werden. Sämtliche Prozesse gegen politische Gefangene werden vor geheimen Militärtribunalen geführt, was gegen die iranische Verfassung verstößt. Todesurteile sind an der Tagesordnung. Vor der spektakulären 2500 Jahresfeier wurden Tausende von Oppositionellen inhaftiert, "um einen ruhigen Verlauf der Feierlichkeiten zu garantieren". Im Augenblick wird für 30 Oppositionelle, die uns namentlich bekannt sind, in einem geheimen Militärgerichtsverfahren die Todesstrafe gefordert. Weiterhin verweisen wir auf das Schicksal Hussein Rezais, iranischer Student an der Universität Mainz, der im Oktober vergangenen Jahres den offiziellen ai-Delegierten, Rechtsanwalt Heldmann, als Dolmetscher begleitete. Während seines Aufenthaltes im Iran wurde Hussein Rezai inhaftiert und RA Heldmann ausgewiesen. Nunmehr erreichte uns die Nachricht, daß Hussein Rezai in einem verfassungswidrigen Militärgerichtsverfahren zu 8 Jahren Gefängnis verurteilt wurde.

Ihre falsche Darstellung von bestehenden demokratischen Verhältnissen im Iran stehen im Widerspruch zu diesen Tatsachen. ai ist nicht der Auffassung, daß es verschiedene Maßstäbe für Demokratie gibt, und die Zustände im Iran kann man wohl nicht als demokratisch bezeichnen.

ai tritt für die Verwirklichung des Art. 19 der Erklärung der Menschenrechte ein:

> Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht umfaßt die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Auch in unserem Land, in dem, wie Sie sagen, "die demokratische Tradition ja auch nicht gerade als 'steinalt' bezeichnet werden kann", sollte doch dieser Grundsatz gelten, und die Politiker der Bundesrepublik Deutschland sollten sich den weltweiten Bemühungen anschließen, für jeden die allgemeinen Menschenrechte durchzusetzen.

Ihr Aufruf zu einer Verschärfung des Ausländerrechts steht in krassem Widerspruch zu diesen Bestrebungen, die aufrechte Demokraten in aller Welt unterstützen. Vor dem Hintergrund der internationalen Beziehungen sollte man nicht das aufrichtige Bestreben vieler Menschen vergessen, die demokratische Zustände für Ihr Volk fordern.

Auch unser Verhältnis zu anderen Staaten, könnte durch diese Maßnahme Schaden nehmen. Uns liegen zahlreiche Aufrufe nationaler und internationaler Persönlichkeiten vor, die sich mit den Forderungen nach Verwirklichung der Menschenrechtserklärung im Iran solidarisieren.

Wir bitten auch Sie, sehr geehrter Herr von Hassel, alles in Ihren Kräften stehende zu tun, um die Ziele von ai:

> Kein Mensch soll der Folterung sowie grausamer, unmenschlicher und entwürdigender Behandlung unterworfen werden.
> (Art. 5 der Erklärung der Menschenrechte)
>
> Kein Mensch soll willkürlicher Gefangennahme, Inhaftierung oder Ausweisung unterworfen werden.
> (Art. 9 der Erklärung der Menschenrechte)
>
> Jeder Mensch hat Anspruch auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Dieses Recht umfaßt die Freiheit, seine Religion oder seine Überzeugung zu wechseln, sowie die Freiheit, seine Religion oder seine Überzeugung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, in der Öffentlichkeit oder privat, durch Lehre, Ausübung, Gottesdienst und Vollziehung von Riten zu bekunden.
> (Art. 18 der Erklärung der Menschenrechte)

zu unterstützen. Wir erwarten gern Ihre Stellungnahme und verbleiben

hochachtungsvoll

gez. Monika Wagner
amnesty international
Iranspezialgruppe

PORTUGAL

Die Arbeit des PIDE

Am 1. Juli wurde ich um 7 Uhr morgens am Haupteingang des Schießübungsplatzes Serra da Carregueira, wo ich am Tag zuvor den Fahneneid geleistet hatte, vom U.v.D. Dias überraschend verhaftet, von 4 bewaffneten Wachen sofort eingekreist und zur Isolationszelle der Kaserne gebracht, zusammen mit dem Unteroffizier, den ich nach dem Grund meiner Verhaftung fragte. Er antwortete, daß er den Grund nicht wisse, sondern daß es sich um einen höheren, geheimen Befehl handele. Im Lauf des Morgens erfuhr ich von den Offizieren, die mich besuchten, es sei ein Befehl vom Oberbefehlshaber an den Standortkommandanten, mich festzunehmen und in Einzelhaft zu nehmen, weil ich "ein gefährliches Individuum" sei. Am Mittag holten mich dieselben Wachen und der O.v.D. in die Schreibstube, wo meine Personalien aufgenommen wurden; darauf wurde ich von der Militärpolizei zur D.G.S. (Direccao-Geral da Seguranca) Lissabon gebracht, wo ich gegen 14 Uhr ankam.

Ein Agent fragte mich nach meinem Namen und führte mich eine lange Treppe hinauf; er ließ mich in einem Raum Platz nehmen, der nur 2 Stühle, einen Tisch und ein vergittertes Fenster hatte, durch welches man einen großen Teil der Stadt sehen konnte. Ich fragte den Agenten, was mit mir geschehen sollte; er befahl mir zu warten, weil er selbst nichts über meine Situation wisse. Um 15,30 Uhr trat ein Mann ins Zimmer, der mir später sagte, er sei der Direktor des Gefängnisses von Caxias. Er hatte einen Schreibblock mit 2 Fragen, die ich beantworten sollte. Er sagte, das sei eine Urkunde, die als offizielle Begründung meiner Verhaftung dienen sollte. Sie enthielt sinngemäß folgendes:

I. Seit wann gehören Sie der verbotenen sog. Portugiesischen Kommunistischen Partei an, welchen Decknamen haben Sie gehabt, wieviel haben Sie bezahlt bekommen, an welchen Aktionen der sog. Kommunistischen Partei haben Sie teilgenommen, welche sind die Organisationen und Personen, die Sie kontrolliert haben?

Ich antwortete, daß ich nicht zu dieser Organisation gehöre und niemanden von ihr kenne.

2. Ob ich einer der Kommunistischen Partei untergeordneten Organisation der sog. A.R.A. (Accao Revolucionaria Armada) gehört habe.

Ich antwortete, daß ich keiner Organisation angehört hätte und niemanden davon kenne.

Anstelle meiner Antwort schrieb er: "er will die Wahrheit nicht gestehen." Ich unterbrach ihn und sagte, daß ich wirklich die Wahrheit gesagt hätte und daß das, was er soeben geschrieben hätte, eine Lüge sei.

Sofort begannen die Drohungen: "Nun gut, Sie wollen diese Gelegenheit nicht zu einem Geständnis benutzen - wir haben 6 Monate Zeit, in denen Sie uns zur Verfügung stehen, und wenn es nötig ist, können wir noch 3 oder 6 Monate daranhängen. Aber das wird nicht nötig sein: Sie kommen jetzt nach Caxias, und morgen haben wir da andere Methoden. Sie werden die Wahrheit gestehen müssen, weil Sie jetzt in unseren Händen sind."

Noch an diesem Tag brachten sie mich zum Fotografen und nahmen meine Fingerabdrücke ab. In dem Raum des Fotografen fragten mich einige Agenten nach meinem Namen, brachen in Lachen aus und fragten mich ein zweites Mal.

Um 16,30 Uhr brachten sie mich nach Caxias, wo ich etwas aß und die Nacht in der Einzelzelle Nr. 44 verbrachte.

Am 2. Juli brachten sie mich nach dem Mittagessen nach Lissabon in denselben Raum, in dem am Vortag das Verhör stattgefunden hatte. Dort blieb ich ohne Schlaf bis zum 8. Juli. Während dieser Zeit war ich in Begleitung eines Agenten (die Agenten lösten sich alle 6 Stunden ab), der mich am Schlafen hinderte und mich quälte, indem er mir erzählte, was sie mit mir machen würden und was mich bei Gericht erwartete etc. Verschiedentlich, als mich die mit meinem Fall befaßten Agenten fragten, sagte ich, ich sei ein "Jungdemokrat", der nichts mit der Kommunistischen Partei zu tun habe. Sie bestanden jedoch darauf, daß ich etwas mit ihr zu tun hätte, weil sie mich nicht zufällig verhaftet hätten und daß ich alles zugeben müßte und ohne Geständnis dieses Zimmer nicht verlassen würde, sondern einen Monat ohne Schlaf dort verbringen würde, weil - so sagten sie: "Sie nur 3 Möglichkei-

ten haben: Sprechen, Sterben oder Wahnsinnigwerden." Ich antwortete immer, daß ich bereits alles über meine Situation gesagt hätte und daß die Anklagen gegen mich Lügen seien und daß ich mich für die Drohungen bedanken würde, daß ich als Gefangener die D.G.S. nicht akzeptieren könne, da dort nur Ungerechtigkeiten verübt würden.

Sie schlugen mich in den Magen, traten mich überall hin, so daß mir das Blut aus der Nase lief und meine rechte Augenbraue riß; sie nahmen mir 3 Tage lang den Stuhl weg. Ich weigerte mich zu essen, solange sie mich folterten, aber am 4. Tag wollten sie mir einen Schlauch in den Magen einführen - ich zog es vor, wieder zu essen. Am 4. Tag schlug mich der Direktor des Gefängnisses von Caxias mehrmals ins Gesicht; ich schrie, schlug auf den Tisch und sagte, was ich von der Rohheit hielt, mit der sie mich behandelten. Inzwischen waren mehrere Agenten hereingekommen, die mir Fußtritte versetzten.

Nach dieser Schlägerei behandelte der Agent Ricardo da Graca meine Wunden mit großer Zartheit und fragte mich, ob er mir Fleischklöße und Milch bringen sollte oder sonst etwas, was ich nötig hätte, weil ich vier Tage lang nichts gegessen hätte, immer auf den Beinen gewesen sei, daß ich mich doch ernähren müsse; er fragte mich, ob ich wolle, daß er dabliebe, um mich zu bedienen, weil es, im Gegensatz zu dem, was ich vielleicht annehmen könnte, auch bei der Polizei gute Menschen gebe. Es war dieser Agent, der mich am Tag vorher geschlagen hatte und der mir in den folgenden Verhören alle Arten von Bosheiten zufügte. Am 8. Juli gegen 15 Uhr brachten sie mir ein Sofa ins Zimmer und befahlen mir, mich hinzulegen. Um 17,30 Uhr rissen sie mich hoch und brachten mich nach Caxias, wo ich die Nacht verbrachte und am folgenden Tag, dem 9. Juli, um 12 Uhr von meinen Eltern besucht wurde.

Am Nachmittag des 9. Juli gegen 16,30 Uhr brachten sie mich erneut nach Lissabon, wo ich wiederum 6 Tage und Nächte am Schlafen gehindert wurde. Dieses Mal sagten sie mir, daß ich keinen Besuch verdiente und auch keinen erhalten würde, solange ich nicht alle meine Taten gestanden hätte. Sie sagten mir, daß ich Schande über meine Familie gebracht hätte und daß meine Familie mich umbringen würde, wenn ich aus dem Gefängnis herauskäme und daß mich in diesem Fall nur die Polizei schützen könnte; aber dazu müßte ich alle meine Taten eingestehen. Sie drohten mir mit meiner militärischen Situation und sagten, daß ich in ein Militärgefängnis käme oder nach Guinea. Am folgenden Tag drohten sie, mir in den Kopf zu schießen. All das brachte mich dazu, ihnen zu sagen, daß es besser sei, wenn sie mich gleich töteten, anstatt ihre Zeit mit mir zu verlieren und sie wären es, die den Eingriff in meine Ausbildung zu verantworten hätten und alles, was mir im Gefängnis zustoßen würde. Darauf nahmen sie mir den Stuhl für einen Tag und eine Nacht fort.

Am dritten Tag um 4 Uhr morgens zeigten sie mir 2 Fotografien, auf denen "2 Funktionäre" abgebildet waren, mit denen ich "in Kontakt gestanden" haben sollte. Sie sagten mir, daß es keinen Sinn habe, den Helden zu spielen, da sie bereits alles wüßten. Sie fügten hinzu, daß ich Mitglied einer subregionalen Organisation gewesen sei, zusammen mit 2 anderen Individuen, deren Namen sie nannten, daß ich den Decknamen "Pires" gehabt habe; sie nannten die Decknamen der Personen, die ausgesagt hätten, sie seien von mir kontrolliert worden, Namen von Arbeitern der O.G.M.A.; danach zeigten sie mir Fotografien von Personen, die ich festgenommen haben sollte und sprachen von Zusammenkünften mit Funktionären, von Häusern, in denen ich mit ihnen zusammengekommen, gegessen und gesprochen haben sollte. Sie begannen von neuem, mich zu bedrohen, ich würde solange nicht aus diesem Zimmer herauskommen, bis ich meine Unterschrift unter einige Fotografien gesetzt hätte und alles gestanden hätte, was sie schon wüßten und den Rest dazu, oder ich würde nur hier herauskommen, um auf dem Friedhof Alto do S. Joao zu landen. Sie sagten: "Sie sind oben, unten und auf allen Seiten angeklagt - dieses Mal hat Sie Lindolfo verraten; am 2. Juli hat er 40 Seiten voller Unsinn und Namen geschrieben, angefangen vom Zentralkomitee bis zum Exekutivausschuß, und eine Zone von hier bis Algarve ist völlig in unserer Hand. Vor allem will ich keine Martyrer machen." Nach allem, was sie mir sagten, schrieb ich folgendes auf eines der Blätter, die vor mir auf dem Tisch lagen:

Ich, José Pedro Correia Soares, erkläre, daß ich als Mitglied der Portugiesischen Kommunistischen Partei, der ich angehörte, bevor ich zur Armee ging, an eine begrenzte Anzahl von Kadern Druckmaterial gegeben habe.

Ich erkläre weiter, daß ich nicht aus individuellem Interesse gehandelt habe, sondern mit dem Bewußtsein der Ausbeutung und Unterdrückung des portugiesischen Volkes, und darum verweigere ich die Aussage. -

Hatten sie mich bis dahin geschlagen und bedroht, so verstärkten sie danach die Bosheiten für den Rest der Tage, die ich in Lissabon verbrachte, und Ricardo da Graca spuckte mir ins Gesicht und sagte, daß er mit mir dasselbe machen würde, was er kurz zuvor mit einem Kommunisten aus der Gegend von Lissabon gemacht habe (er hatte 7 Schüsse auf ihn abgefeuert), und weil aus dieser Polizei niemand ohne Geständnis herauskomme, deshalb habe man ihm eine Pistole gegeben.

In der Nacht vom 5. auf den 6. Juli wollten sie mich zwingen, die Namen meiner Freunde zu nennen, die Personen, mit denen ich am längsten zusammengelebt hätte. Ich weigerte mich, das zu machen, ich durfte nichts von meinen Freunden erzählen. Sie fingen an, von einigen Demokraten zu sprechen, die bei ihrer Verhaftung alle ihre Taten gestanden hätten. Sie fragten mich auch, ob ich Rufino kenne, der in Rußland sei, um einen Kursus zu machen. Ich sagte, daß ich ihn kenne. Ich hatte ihn einige Male getroffen, als ich in die Schule ging, aber seit einem Jahr habe ich ihn nicht mehr gesehen. Sie unterbrachen und sagten: "Wir wußten, daß Sie in Verbindung mit der C.D.E. standen und daß er (Rufino) es war, der Sie in die Partei gelockt hat." Ich antwortete, daß das alles gelogen sei und daß sie mich nur fragten, um falsche Aussagen zu bekommen.

Aber die Ungerechtigkeit ging weiter: sie fingen wieder an, mich zu schlagen und mir auf die Füße zu treten. Als sie mich später noch einmal im September verhörten, wollten sie, daß ich unterschrieb, wie Rufino mich in die Partei gelockt und mir die "avantes" (Zeitung des Z.K. der P.K.P.) gegeben habe, als ich in die Schule ging ... das war eine große Lüge, und daran, zusammen mit dem, was sie mit mir gemacht haben, konnte ich sehen, was die PIDE ist.

Am 15. Juli brachten sie mich gegen 16 Uhr nach Caxias. Am folgenden Tag hatte ich Besuch von der Familie und blieb bis zum 24. Juli in der Zelle. Dann brachten sie mich wieder nach Caxias, wo ich bis zum 27. Juli blieb.

In dieser Zeit von 21 Tagen befahl mir der Agent, der mich transportiert hatte, nachdem wir eine Treppe hinaufgegangen waren, in eines der Zimmer auf dem Korridor zu gehen. Nach einigen Minuten kam der "Direktor" von Caxias und sagte mit einem furchteinflößenden Gesicht und ebensolcher Stimme: "Nein, hier nicht, gehen wir nach hinten." Wir verließen dieses Zimmer und gingen in das letzte Zimmer auf dem Flur. Er fragte mich von neuem, ob ich meine Taten zugeben wollte; ich antwortete ihm und sagte, daß ich bereits alles gesagt habe und keine weiteren Aussagen zu machen hätte. "Dann ist es gut", sagte er und ging hinaus.

Nach ungefähr einer Stunde kam das Essen, aber ich wollte nicht essen. Darauf kam Ricardo da Graca mit 2 anderen Agenten; sie wollten mich zum Essen zwingen. Als ich mich weigerte, verprügelten sie mich derart, daß mir das Blut die Beine herunterlief von den Fußtritten, die sie mir gaben, eine Lippe platzte und aus der Nase lief das Blut in Fäden; meine Kleider waren voller Blut und sie befahlen mir, sie im Badezimmer zu waschen und gingen hinaus. Gegen 20 Uhr kam der Gefängnisdirektor mit 2 Agenten, beide mit einem Gummiknüppel, und begannen mich zu schlagen. Mein Kopf platzte auf, mein Hals war geschwollen, so daß ich den Kopf nicht mehr drehen konnte, und meine Arme waren geschwollen und einige Stellen schwarz. Das Blut lief mir aus der Nase. Ich wusch mich und sie gingen hinaus.

In den ersten 8 Tagen und Nächten dieser 21 Tage, die ich in diesem Zimmer verbrachte, waren immer 2 Agenten bei mir, die alle 3 Stunden abgewechselt wurden. Von 3 bis 6 Uhr am 7. August traten 2 Agenten ihren Dienst an, die schon die ganze Zeit über ihre Bösartigkeit bewiesen hatten; sie kneiften mich, stießen mich gegen die Wand, schlugen mich und traten mich überallhin in meinen Leib, ließen mich in der Mitte des Zimmers Haltung annehmen und schließlich die Arme in Schulterhöhe heben. Jedes Mal, wenn ich keine Kraft mehr hatte und die Arme sinken ließ, traten sie mit aller Gewalt gegen meine Hände und Unterarme; zum Schluß konnte ich die Hände nicht mehr schließen und meine Arme brannten. Während dieser Foltern weigerte ich mich, viele Dinge zu tun, die sie von mir verlangten. Wenn sie mich verprügelten, nannte ich sie Parasiten, Rohlinge, ob sie sich nicht schämten, von Beruf Menschenquäler zu sein, genauso wie ich, Gefangene des Faschismus und Diener der Herren und Herrschaften, die alle Mittel der Produktion und Verteidigung auf ihrer Seite haben, etc. - all das verstärkte nur die Prügel.

Am 8. August, nachdem ein Inspektor und mehrere Agenten der Brigade mich verschiedene Male besucht und mit mir gesprochen hatten, mir auf den Rücken geklopft und sanft geredet hatten, kamen ungefähr um 21 Uhr einige Pidemänner, und der Agent Ricardo da Graca befahl mir, die Hosenbeine bis zu den Oberschenkeln hinaufzuziehen, damit alle meine Wunden sehen könnten, die ich an den Beinen hatte. Darauf sagte er: "Dieses Mal war es so und jetzt ...", er zog eine Nilpferdpeitsche aus dem Rock, "... und jetzt geht es so", und

schlug brutal auf mich ein. Wenn ich von einer Seite auf die andere flüchtete, schlugen mich die Umstehenden und traten mich mit den Füssen. Die Peitsche hinterließ dunkle Streifen und brannte überall, wo sie hintraf und riß die Haut auf. Als ich schon halb bewußtlos war von den Schlägen, befahlen sie mir, mich auf dem Boden auszustrecken (zu dem Zweck schlugen sie mich nieder, so daß mir die Lippe platzte); ich mußte die Beine vom Boden abheben, und immer, wenn ich keine Kraft mehr hatte und die Beine sinken ließ, schwang er die Peitsche und ließ sie auf meine Brust und meine Fußgelenke pfeifen. Als ich diese Stellung nicht mehr länger aushielt, sprang ich schnell auf die Füße. Wütend über mein Verhalten verprügelte er mich, bis ich verschwommen hörte, daß einer der Zuschauer sagte: "Das genügt." (Bevor sie mich verprügelten, wollten sie, daß ich mich ausziehe, damit sie mehr Stellen hatten, wohin sie mich schlagen konnten; aber das habe ich nicht gemacht.) Mein Rücken war so geschwollen, daß ich die Arme nicht mehr heben konnte; ich hatte überall Schmerzen, meine Augen waren voller Blut und eines war geschwollen, meine Lippen waren aufgeplatzt, mein Hemd zerrissen (sie nahmen mein Hemd hinterher mit), die Hose klebte an den Wunden meiner Beine, die Fetzen meines Hemdes klebten an den vielen großen Fleischfetzen, die ich auf dem Rücken hatte, was sich noch heute beweisen läßt durch die Narben, die ich auf der Haut habe.

Während dieser ersten 8 Tage wurde ich in dem Zimmer behandelt, zweimal vom Arzt, fünfmal vom Sanitäter. Sie verweigerten zweimal den Besuch meiner Familie und drohten mir, mich zu erdrosseln. Ich hörte öfter entsetzliche Schreie und Peitschenschläge. Ein Agent der Brigade, der später wie ein Freund und Ratgeber tat, schlug und trat mich am 6. Tag. Am 7. Tag begannen wieder Ricardo da Graca und noch zwei Agenten, mich mit einer Peitsche aus geflochtenen Lederriemen zu schlagen; sie spuckten mir ins Gesicht und beschimpften meine Familie. Sie sagten, sie hätten eine Tonbandaufnahme mit meiner Mutter, und daß meine Mutter die Zusammenkünfte eingestanden hätte, die in unserem Haus stattgefunden hätten und weswegen sie mich angeklagt hätten; daß mein Vater Kommunist gewesen sei und mich in die Partei gelockt hätte. Sie nannten mich Feigling, Schwuler, Verräter etc. Darauf sagte ich, was ich von ihnen hielte und dachte, und sie schlugen mich von neuem, aber dieses Mal gaben sie mir nur Ohrfeigen, weil ich fast nichts mehr spürte.

Die 2 Agenten, die mich in der ersten Nacht schlugen, befahlen mir immer wenn sie Dienst hatten, mich an die Wand zu stellen, und dann traten sie mich. In den letzten Tagen setzten sie mich auf den Fußboden, mit dem Rücken gegen die Wand, damit ich mein Bein schonen konnte, das verbunden war; das Knie war ein geschwollener Klumpen, ein Fuß paßte nicht mehr in den Schuh und war ganz schwarz, weil seit 15 Tagen schwarzes Blut daranklebte. Mein Knie ist jetzt noch nicht wieder in Ordnung, und es ist schon einen Monat her. Em Ende des 8. Tages nahm ich ein Bad und zog frische Kleider an, die meine Eltern bei dem ersten Besuch, den sie mir verweigert hatten, mitgebracht hatten. Nach dem Bad aß ich etwas und sie befahlen mir, mich hinzulegen. In diesen 11 Tagen und Nächten hatte nur jeweils ein Agent Dienst, und wegen meines jämmerlichen Zustandes beschränkten sie sich darauf, mir Ohrfeigen zu geben und mich gegen die Wand zu stoßen; ein anderes Mal stießen sie den Stuhl, auf dem ich saß, nach hinten und hoben mich an den Hoden wieder hoch. Am 5. dieser 11 Tage ergriffen mich 2 Agenten, jeder auf einer Seite, quetschten mir die Hände, und einer von ihnen drehte mir den Arm herum gegen seine Brust, so daß eine Linse seiner Brille zerbrach, die er in der Brusttasche hatte. Er verlangte, daß ich die Brille bezahlen solle und schlug mich mehrmals gegen den Hals.

Während dieser ersten Tage versuchte ein mit meinem Fall befaßter Inspektor, mir den Stuhl auf den Kopf zu schlagen; er behandelte mich wie den letzten Dreck, sagte, ich sei doch nur der Partei hörig; bisher hätte ich nur 8 Tage nicht schlafen dürfen, aber diesmal würde ich in der Zimmerecke verfaulen.

Als mein ganzer Leib geschwollen, schwarz und blutig war, begannen die Verhöroffiziere, einen auf Freunde und gute Menschen zu machen und sagten: "Mensch, Soares, ich habe auch Familie und weiß als Vater, wie das ist, wenn mein Sohn das alles durchmachen muß. Du bist ein Junge, der studiert hat und ich weiß, daß du Arbeiter bist und daß sie dich zu Hause alle gern haben; und das ist genau die Sorte, die die Partei braucht. Ich bin auch nicht mit allem einverstanden. Aber jetzt bist du erstmal Gefangener, und deshalb will ich dir als Freund raten: geh auf unsere Bedingungen ein, aber du mußt über wenigstens 50 % sprechen. Und wenn du das tust, dann hast du morgen hier in diesem Zimmer Besuch von deiner Familie - 1 Stunde, 2 Stunden, ganz, wie du willst. Geh auf unsere Bedingungen ein und ich helfe dir." Ich antwortete, daß die einzige Bedingung, auf die ich einginge, die sei, daß sie mich freilassen

und daß ich nichts getan hätte, was eine Verhaftung rechtfertigt, ganz zu schweigen von den harten Foltern, die ich durchgemacht hätte.

Am 8. Tag kam ein großer, blonder Agent ins Zimmer, der sagte, er sei Dichter. Er fragte mich, ob ich Zé Afonso kenne, und erzählte mir mit ruhiger und sanfter Stimme sein ganzes Leben; aber zum Schluß nannte er mich einen Feigling und sagte, ich sei nicht ehrlich gewesen, und ich sagte ihm das Gegenteil: daß ich ehrlich gewesen und nur hier ein Feigling gewesen sei, weil sie mich dazu gemacht hätten. Die letzten 2 oder 3 Tage durfte ich mich nicht hinsetzen, weil ich dann sofort einschlief und der diensttuende Agent jedesmal mit aller Gewalt auf den Tisch schlug, was mein ganzes Nervensystem durcheinander brachte; einmal schlief ich selbst an die Wand gelehnt ein, und verschiedene Male lief ich gegen die Wand. Schließlich fingen sie an, mich mit Wasser zu beschütten, bis ich am ganzen Leib triefte. Am 10. Tag - der Agent schlief im Stuhl und ich an der Wand - urinierte ich mitten in das Zimmer, weil ich träumte, ich sei im Badezimmer.

Am 11. Tag bedrängten sie mich, ich solle doch meine Geschichte erzählen; aber da ich nichts zu erzählen hatte, gaben sie es auf und sagten, ich solle mich hinlegen.

Am 27. August brachten sie mich gegen 10 Uhr morgens nach Caxias und sagten, ich hätte Besuch von meinen Eltern; das war gegen Mittag. Also fuhren wir wieder zurück. Sie nahmen mir meine Strickjacke weg und ließen mich in dem Zimmer. Vor dem Besuch kam der Pidemann, der immer bei den Familien im Besuchszimmer ist, und sagte, ich solle meinen Eltern nichts davon erzählen, was sie mit mir gemacht hätten; wenn ich es täte, würden sie den Besuch verbieten. Ich antwortete, daß die Wahrheit gesagt werden müsse. "Also keinen Besuch", sagte er. "Nein, ich will meine Eltern sehen." - "Dann benimmst du dich aber so, wie ich es dir gesagt habe", antwortete er.

Nach einer Woche gaben sie mir meine Jacke wieder, die in dem Zimmer geblieben war.

Am 8. September brachten sie mich nach dem Mittagessen nach Caxias de Baixo und sagten, sie gäben mir eine letzte Gelegenheit und daß sie mich jetzt nicht schlagen würden, sondern allein das Gericht über meine Situation entscheiden würde, und daß ich unter 4 Jahren nicht fortkäme. "Wir informieren das Gericht", sagten sie, "und ein Verhalten wie Ibres bringt uns alle dazu zu glauben, daß Sie nach Ihrer Freilassung dasselbe Leben weiterführen werden. Und deshalb", sagte Ricardo da Graca, "bin ich der Zeuge der Anklage, um einige Mittel zu arrangieren, vielleicht alle 6 Monate eine Haftverlängerung; denn wir sind es, die hier bestimmen: Sie werden einen großen Teil Ihres Lebens im Gefängnis zubringen".

Bei der letzten Gelegenheit, wie sie sagten, stellten sie mir viele Fragen, zeigten mir Protokolle von anderen Gefangenen, die über mich gesprochen hatten, was ich nur als Lüge bezeichnete, und sagte, ich hätte bereits alles gesagt.

Schließlich legten sie mir Protokolle vor, die ich nicht unterzeichnete, weil ich ihre Fragen nicht beantworten konnte. Am 8. Tag brachten sie mich in die Zelle, und am Morgen des 9. Tages brachten sie mich zur Beendigung der Protokolle. Als ich in dem Zimmer war, brachten sie einen großen Karton voller Papiere, Bücher und Lotterielose von politischen Gefangenen, "avantes" (Zeitung des Z.K. der P.K.P.) und Zeitungen der Industrie- und Handelsschule von Vila Franca de Xira; ich sollte meinen Namen hineinschreiben, damit es so aussah, als wären es meine Zeitungen und Bücher. Sie hatten sie in einem Haus gefunden, in dem ich gewohnt hatte, bevor ich zur Armee ging. Aber ich schrieb nicht. Sie hatten auch 2 oder 3 Pakete mit meiner Adresse. Sie machten ein neues Protokoll mit 4 oder 5 langen Fragen; von einigen Sachen wußte ich überhaupt nichts, von den anderen wußte ich, daß sie gelogen waren. Auch dieses Protokoll unterschrieb ich nicht.

Als einziges Beweisstück hatten sie noch das eine Blatt, das ich (zu Beginn) geschrieben hatte.

Insgesamt haben sie mich 820 Stunden lang verhört, die 2 Nächte nicht mitgerechnet, die ich im Verhörzimmer geschlafen habe.

Verschiedentlich wache ich auf, und es steht einer neben meinem Bett; andere höre ich hereinschleichen, vielleicht um zu sehen, ob ich fest schlafe.

Am 17. Sept. 1971 führte ich ein normales Anstaltsleben. Ich war in Zelle 44 seit dem 14. Sept.; danach wurde ich nach Nr. 17 verlegt, ebenfalls eine Einzelzelle. Nach 3 Tagen legten sie mich auf Nr. 4, 1. Stock, rechte Seite; normaler Anstaltsbetrieb.

Pedro Correia Soares

Aus verständlichen Gründen ist der Text ziemlich konfus. Ich habe mich kaum bemüht, die häufigen Ungereimtheiten zu harmonisieren. Viele Leser oder Hörer werden sagen, daß irgendein armer Irrer sich diesen Text aus den Fingern gesogen hat. Diesen Lesern und Hörern gebe ich zu bedenken, daß es sich um den Leidensbericht eines Jungen handelt, der über 800 Stunden lang verprügelt worden ist; daß er seine Leiden im Gefängnis von Caxias aufgezeichnet hat und daß sein Bericht stückchenweise aus dem Gefängnis herausgeschmuggelt wurde, daß infolgedessen eine Quellenangabe nach gut europäischem Brauch und wissenschaftlicher Sitte nicht möglich ist. Es steht natürlich jedem frei, an der Echtheit des Berichtes zu zweifeln - allein die tägliche Erfahrung zeigt, daß das Unglaubliche wahr und die Wahrheit unglaublich ist.

Der Übersetzer
November 1971

Worte des Generals Kaulza de Arriaga

(Kommandant der portugiesichen Truppen in Mozambique, Anwärter auf das Präsidentenamt Portugals)

Die Subversion ist vor allem ein Krieg der Intelligenz. Man muß höchst intelligent sein, um subversiv tätig zu sein, das kann nicht jeder. Nun, die schwarzen Völker sind nicht höchst intelligent, im Gegenteil, sie sind von allen Völkern der Welt die am wenigsten intelligenten.

Der Export afrikanischer Sklaven nach Brasilien war eine gute Sache ...

Wir werden nur in der Lage sein, die weiße Herrschaft aufrechtzuerhalten, was ein nationales Ziel darstellt, wenn die Besiedlung mit Weißen so schnell oder sogar ein bißchen schneller erfolgt als entwickelte Schwarze herangezogen werden. Denn wenn das Gegenteil geschieht, wenn die weiße Bevölkerung durch die Zahl der entwickelten Schwarzen überholt wird, werden zwei verhängnisvolle Folgen entstehen: entweder werden wir die Apartheid einführen müssen - und das wäre schrecklich, weil es uns nicht gelingen würde, sie aufrechtzuerhalten - oder wir werden schwarze Regierungen haben, mit all den daraus entstehenden Konsequenzen (Aufteilung der Überseeprovinzen usw.).

Die weiße Bevölkerung zielt nicht auf ein Gleichgewicht mit dem schwarzen demographischen Potential, sie zielt auf Gleichgewicht mit den entwickelten Schwarzen ... Und da wir, Gott sei Dank, auch nicht die Möglichkeit haben, alle Schwarzen zu entwickeln, ist es möglich, ja fast sicher, daß wir eine solche Zahl von Weißen (nach Afrika) hinbringen können, daß dies die Zahl der Schwarzen ausgleicht, die entwickelt werden.

Wir werden nicht zu wirksam in der Heranziehung von entwickelten Schwarzen sein, denn wir müssen sie fördern, ja, aber man darf nicht übertreiben ...

Erstens Vergrößerung der weißen Bevölkerung, danach Begrenzung der schwarzen Bevölkerung.

Selbstverständlich ist dies ein außerordentlich schwieriges Problem, denn wir können nicht an jede schwarze Familie die Antibabypille verteilen ... Was wir auf jeden Fall tun können ist, das Wachstum der schwarzen Bevölkerung nicht voranzutreiben.

aus: Strategielehre - Kurse des oberen Kommandos (1966-1967)

Südliches Afrika
Hintergrundinformationen

Unter dieser Rubrik werden regelmäßig wichtige Informationen zusammengestellt über: Portugal, Angola, Mozambique, Guinea Bissao, Cabora Bassa, Kunene, Stand des Befreiungskampfes, Rhodesien, Namibia, Südafrika, Beziehungen BRD - Südliches Afrika, internationale Unterstützung für die Befreiungsbewegungen, internationale Unterstützung für die Herrschenden im Südlichen Afrika.

Die Informationen sind zum größten Teil dem internationalen Zeitungsschnittdienst "Facts & Reports" des Angola Komitees Amsterdam, Da Costastraat 88, entnommen.

USA unterstützt massiv **Portugal**

Der amerikanische Luftstützpunkt auf der Azoreninsel *Terceira*, die den Namen *Lajes* trägt, ist unmittelbar vor dem Treffen Nixons mit Pompidou auf dieser Insel durch einen *neuen Vertrag* der amerikanischen Luftwaffe bis zum Februar 1974 weiter zur Verfügung gestellt worden. Das Abkommen ist am 9. Dezember in Brüssel unterzeichnet worden. Es setzt einer seltsamen Unregelmäßigkeit ein Ende, die darin bestand, daß die Amerikaner mit schweigender Duldung der Portugiesen die Basis von Lajes seit 1962 weiter benutzt haben, obwohl der entsprechende Vertrag abgelaufen war und Portugal und die Vereinigten Staaten zu keiner Uebereinkunft über seine Verlängerung gelangen konnten.

Nach dem neuen Vertrag werden die USA Portugal während zweier Jahre je 15 Millionen Dollar für die Bewältigung verschiedener sozialer und wirtschaftlicher Vorhaben entrichten. Die amerikanische Export-Import-Bank verspricht Darlehen von total rund 400 Millionen Dollar für verschiedene Infrastrukturprojekte. Amerikanische Waffen für mindestens fünf Millionen Dollar werden den Portugiesen geliefert werden, und verschiedene kleinere gemeinsame Produkte, unter anderem auf dem Gebiete des Schulwesens oder der Ozeanographie, sind außerdem vorgesehen.

(Neue Züricher Zeitung, 14.12.71)

Anschläge auf NATO-Einrichtungen

Durch eine starke Explosion ist in der Nacht zum Mittwoch das neue Hauptgebäude des iberisch-atlantischen Kommandos der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft (NATO) bei Lissabon beschädigt worden. (Badische Zeitung, 28.10.71)

Nach Mitteilungen des Deutschen Komitees für Angola, Guinea Bissao und Mozambique (AGM-Komitee) in Bonn kam es Ende Oktober noch zu einem zweiten Anschlag durch die sogenannte "Revolutionäre Brigade".

Sprengstoffanschläge in Lissabon

LISSABON, 14. Januar (AP). In den Docks der Lissabonner Schiffahrtsgesellschaft „Insulana" am Tejofluß sind am Mittwoch nach portugiesischen Presseberichten zwei Plastikbomben explodiert. Die Explosionen und ein sich daraus entwickelndes Feuer verzögerten die Abfahrt des kombinierten Fahrgast- und Frachtschiffes „Muxima" nach Sao Tomé und Angola. In einem Lissabonner Zeitungsredaktionen auf dem Postwege zugestellten „Kommuniqué" zeichnet die Untergrundbewegung „Bewaffnete Revolutionäre Aktion" (ARA) für die Sprengstoffanschläge verantwortlich. Die Anschläge, so heißt es in der Mitteilung, hätten der Zerstörung von Waffen für die portugiesischen Truppen in Afrika gegolten.

(Frankfurter Rundschau, 15.1.72)

Zunehmende Durchdringung der portugiesischen Wirtschaft mit ausländischem Kapital

Rege ausländische Unternehmertätigkeit in Portugal

Zahlreiche ausländische Firmen, unter anderem mehrere aus der Bundesrepublik, arbeiten erfolgreich in Portugal oder sind an portugiesischen Unternehmen beteiligt, die in letzter Zeit stark expandierten. Hier nur einige Beispiele:

Die Deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Entwicklungsgesellschaft) m. b. H. hat zum zweiten Mal eine Industriebeteiligung in Portugal erworben. Es handelt sich um das neue Unternehmen Priess Portuguesa Fabrica de Calças Lda., die ihren Sitz vorläufig in Lugar do Mosteiro Pedroso hat und über ein Anfangskapital von fünf Mill. Escudos verfügt. An dem Unternehmen sind außerdem die deutschen Bekleidungsfirmen Heinrich Priess sowie Heineke & Klaproth und portugiesisches Kapital beteiligt.

Die Hoechst Portuguesa, SARL in Porto erhielt die Zustimmung der Behörden zur Errichtung eines neuen Betriebes im gleichen Distrikt. Die Fabrik wird lithographische Platten herstellen.

Die Bristol Farmaceutica Portuguesa Lda., an der die amerikanische Firma Bristol Myers Company zu 99% beteiligt ist, erhielt vom portugiesischen Wirtschaftsministerium die Genehmigung zur Errichtung eines Betriebes in der Nähe von Lissabon, der sich mit der Herstellung von Körperpflegemitteln und Hygiene-Produkten befassen wird. Im vorigen Jahr hat die Gesellschaft ihr Kapital von 0,75 auf fünf Mill. Escudos (umgerechnet 0,61 Mill. DM) aufgestockt.

Die portugiesische Firma Ormis Embalagens de Portugal, SARL, in Alcochete hat ihr Aktienkapital im Juli dieses Jahres von 30 auf 40 Mill. Escudos (umgerechnet 4,88 Mill. DM) aufgestockt. Das Unternehmen, das sich mit der Herstellung von Verpakkungsmaterial in großen Serien befaßt, wurde 1963 mit einem Kapital von 5 Mill. Escudos als Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet. Inzwischen erfolgte die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft, mit sukzessiven Kapitalerhöhungen von fünf auf 19, später auf 30 und zuletzt auf 40 Mill. Escudos. An dem Unternehmen sind folgende internationale Firmengruppen beteiligt: Continental Can Co., Inc., USA, The Metal Box Company, Ltd., England und Etablissements J. J. Carnaud et Forges de Basse-Indre, Frankreich, deren Vertreter im Verwaltungsrat der portugiesischen Geselschaft jeweils einen Sitz haben. 1970 erzielte das portugiesische Unternehmen bei einem Kapital von 30 Mill. Escudos einen Reingewinn von 6,66 Mill. Escudos (umgerechnet 0,82 Mill. DM).

Die portugiesische Firma Heliaço, Lda., an deren Gesellschaftskapital von umgerechnet 2,8 Mill. DM die Forinvest Corporation zu 33,26% und die Heliacero Internacional zu 17,74% beteiligt sind, hat einen Antrag auf Genehmigung der Installation von drei Maschinen eingereicht, die für die Kaltverhärtung von Stahl verwendet werden sollen.

(Portugalreport, Nr. 12/71, S. 5)

Angola

Ausverkauf der Bodenschätze

Die Cabinda Gulf Oil Company hat im August 1971 421.000 t Rohöl aus den Off Shore-Feldern Cabindas gewonnen. Man rechnet mit einem Gesamtwert von 5 Mill. t in diesem Jahr.

A.V. 14/71

Die Compania de Diamantes de Angola (DIAMANG) erzielte 1970 die seit ihrer Gründung höchsten Werte. Im vergangenen Jahr konnte die DIAMANG Diamanten von 2.395.551,87 Karat gewinnen. Das bedeutet gegenüber 1969 eine Steigerung von 18,5 %.

A.V. 14/71

Die Union Corporation der Südafrikanischen Republik soll mit der Compania Mineira do Lobito Verhandlungen über eine Beteiligung am Eisenerzbergbau bei Cassinga in Südangola aufgenommen haben. Es wird vermutet, daß man eine neue Gesellschaft gründen will, in der die Union Corporation eine Mehrheitsbeteiligung besitzen würde. In den ersten neun Monaten dieses Jahres hat die Compania Mineira 3,59 Mill. t Eisenerz von den Cassinga-Minen gewonnen. Der Gesamtexport 1971 wird auf dem Level des Vorjahres liegen, nämlich bei 6,3 Mill. t.

A.V. 14/71

(Anmerkung der Redaktion: Der Hauptgesellschafter der Compania Mineira ist der Krupp-Konzern)

Mozambique

Uranvorkommen entdeckt

In der Nähe von Quelimane, der Hauptstadt des zentralnördlichen Bezirks von Sambesia in Mozambique, sind neue Uranvorkommen entdeckt worden.

(nach RADIO LOURENZO MARQUES, portugies., 9.11.71, 1030 GMT)

Neuer Generalgouverneur

Arantes e Oliveira, seit Jahren Generalgouverneur von Mozambique, gab seinen Rücktritt bekannt, den er mit Gesundheitsgründen motivierte. Sein Nachfolger wird Manuel Pimentel dos Santos. Der neue Gouverneur war zuletzt im Ministerium für überseeische Territorien in Lissabon tätig.

A.V. 14/71

Erfolge der Frelimo

Die Frelimo hat zur Zeit nach Angaben ihres Vizepräsidenten, Marcellino dos Santos, eine Armee von 10.000 Mann und kontrolliert ein Viertel des Landes, d.h. ein Gebiet von über 200.000 qkm mit 1 Mio. Einwohnern.
Im Oktober veröffentliche die Frelimo ihre erste Zeitung in der Kiswahilisprache. Die Zeitung, die von der Frelimozweigstelle in Sansibar herausgebracht und in ganz Ostafrika verteilt wird, soll vor allem von dem Kampf in Mozambique berichten.

Die Frelimo, die sich bisher fast ausschließlich an die kommunistischen Länder um Hilfe wenden mußte, findet jetzt wachsende Unterstützung in Europa. Nicht nur Schweden, dessen Premierminister neulich versprach, die Hilfe von seiner Regierung zu vergrößern, sondern auch Dänemark, die DDR, Norwegen und die Niederlande leisten dem Mozambique-Institut in Dar-es-Salam direkte Hilfe. Heute bietet das Institut Sekundärausbildung in Tansania an, organisiert Stipendien im Ausland und finanziert die Erziehung von 20.000 Volksschülern in den befreiten Gebieten. Außerdem bildet es Personal für die Krankenstationen und Verwalter für die Genossenschaften in den befreiten Gebieten aus. Der größte Hilfeerfolg dieses Jahres wurde in Großbritannien erzielt. Bisher hatten nur britische Kirchen durch den Weltkirchenrat Geld an das Institut geleitet. In diesem Jahr bekam es finanzielle Zuwendungen von Oxfam, Rowntree Social Services Trust, Defense and Aid Fund von Canon Collins und Medikamente von War on Want. Der Rowntree Trust untersucht zur Zeit die Möglichkeit, die MPLA bei der Errichtung eines Krankenhauses in Sambia zu unterstützen.

(Times of Sambia, 26.11.71)

Militärische Aktivität in der Tete-Provinz

Zunehmende militärische Erfolge der Frelimo bereits südlich des Sambesi. Portugiesisches Militärcommunique lokalisiert von 760 Zusammenstößen mit der Frelimo 380 in der Tete-Provinz. Bisher wurden 9 Tote bei Cabora Bassa von den Portugiesen zugegeben; zur Baustelle gibt es fast nur noch Luftverbindung.

(Mitteilung des AGM-Komitees, Bonn)

Eine Mitteilung des Hauptquartiers der portugiesischen Armee in Mozambique gab zu, daß Freiheitskämpfer, die von Sambia aus operieren, bestimmte Erfolge gegen das Cabora Bassa-Projekt erzielt haben. Die Frelimo hat es geschafft, Kontakt mit der lokalen Bevölkerung herzustellen. In letzter Zeit sind wiederholt Minen an der Straße von der Hafenstadt Beira bis Cabora Bassa aufgefunden worden. Alle Kolonnen werden von Truppen mit Minensuchgeräten begleitet, so daß sie nie schneller mit vier km/h vorankommen.

(dpa, 22.10.71)

Am 24. November traf der General Kaulza de Arriaga, Kommandant der portugiesischen Truppen in Mozambique, in Südafrika ein. Es ist nicht auszuschließen, daß die Frage der Schutzmaßnahmen für Cabora Bassa ein Ziel seiner Reise war. Am Anfang des Projekts hatte Portugal erklärt, es brauche keine Hilfe für die Verteidigung des Projekts. Die Intensivierung der Guerillatätigkeit hat diesen Standpunkt für die Portugiesen unhaltbar gemacht. Die Frelimo hatte zuerst versucht, direkt anzugreifen. Als das ohne Erfolg blieb (die Portugiesen haben eine dreifache Verteidigungslinie aufgebaut), gingen sie zum indirekten Angriff über: ihr Hauptziel ist, die Kommunikationswege um Cabora Bassa zu zerstören. Sie haben schon u.a. eine Eisenbahnbrücke gesprengt, die allerdings innerhalb von vier Tagen wieder aufgebaut wurde, und einen Sendeturm zerstört.

(Marchés Tropicaux, 4.12.71)

"Die Portugiesen lügen"

Wohl zum erstenmal in aller Deutlichkeit hat die kolonialistische Gegenseite zugegeben, daß die Befreiungsbewegungen weite Teile Mozambiques kontrollieren. Die "Rhodesia Herald" bringt zur Situation: "Die Portugiesen lügen, wenn sie vorgeben, die Situation in Mozambique in der Tete-Provinz in den Händen zu haben. Es wird immer klarer, daß die terroristischen Aktivitäten in der Tete-Provinz, wo gegenwärtig der Staudamm von Cabora Bassa gebaut wird, eine sehr viel schwerere Gefahr darstellen, als es die offiziellen Kommuniques zugeben wollen ..." Die rhodesische Transportgesellschaft Clan, von der erst kürzlich ein Fahrzeug durch eine Minenexplosion zerstört wurde, hat erklärt, daß der Straßenverkehr zwischen Tete und der Grenze von Mozambique und Malawi nur mehr unter militärischem Begleitschutz befahren werden kann. Auch die Regierung von Salisbury hat die Straße nach der Stadt Tete offiziell als "nicht sicher" erklärt.

(AfricAsia 50/71)

Kriegsverbrechen der Portugiesen

Einige Tausend Afrikaner verlassen das Tete-Gebiet und lassen sich in Malawi nieder (Star, SAU, 6.11.71). Die Zahl der Flüchtlinge wurde Anfang November auf etwa 3.000 geschätzt. Alle von dem Star-Korrespondenten befragten Flüchtlinge verneinten, daß die Frelimo sie zur Aktion gegen die portugiesischen Truppen gezwungen hätten; mehrere gaben zu, sie hätten der Frelimo von sich aus geholfen. Mehrere Frauen haben berichtet, die Soldaten hätten ihnen befohlen, ihre Babys in "ntondos" (Holzschalen, in denen Mais gestampft wird) zu legen. Als die Frauen sich weigerten, die Position der Freiheitskämpfer zu verraten, bekamen sie den Befehl, die Babys mit Stößeln zu zerquetschen. Ähnliche Aussagen über "ntondo"-Todesfälle sind auch dem Bezirkskommissar von Mwanza in Malawi und einem höheren Beamten des malawischen Sozialfürsorgeamts zu Ohren gekommen. Zwei Frauen haben übereinstimmende Berichte abgelegt: ihr Dorf sei von den portugiesischen Truppen evakuiert worden die sagten, die Dorfbewohner sollten so schnell wie möglich weglaufen. Während sie geflohen sind, kamen fünf Flugzeuge im Tiefflug und haben sie mit Maschinengewehren beschossen. In einer Stellungnahme sagte die portugiesische Botschaft in Malawi, es sei bekannt, daß die Tete-Einwohner Minen für die Frelimo gelegt haben.

Cabora Bassa

24.000 Afrikaner werden in Wehrdörfern zu 600 Personen zusammengefaßt, 83.000 sollen folgen; die Landwege zur Baustelle sind durch die Aktivitäten der Frelimo, die ihren Aktionsschwerpunkt vom Cabo-Delgado-Distrikt in die Tete-Provinz verlegt hat, unterbrochen; die Eisenbahnbrücke bei Caldas Xavier wurde gesprengt; Dipl.-Ing. Schumann von Hoch-Tief verbietet Mitarbeitern an der Baustelle, Besuchern Auskunft über die Situation zu geben; der Dortmunder Aktionskreis Dritte Welt teilt nach seiner Reise durch elf asiatische und afrikanische Staaten mit, daß eine sechste deutsche Firma, die Kölner Pohlig-Heckel-Bleichert-Werke, mit dem Bau von zwei großen Kabelkränen an Cabora Bassa beteiligt ist; in Kapstadt

hält sich der Oberkommandierende der portugiesischen Kolonialarmee in Mozambique, General Kaulza de Arriaga, zu Gesprächen mit südafrikanischen Militärführern auf. Ziel der Unterredung: Überwachung und Verteidigung von Cabora Bassa durch Südafrika. - Hoch-Tief: "Wenn es Trouble gibt, rufen wir in Salisbury an, daß die ein paar Hubschrauber und Flugzeuge rüberschicken. Auf die Portugiesen ist kein Verlaß." Die Bundesregierung sowie die Regierungen von sechs anderen Staaten sind vom UN-Sonderausschuß für Fragen des Kolonialismus aufgefordert worden, ihre Staatsangehörigen an Beteiligungen am Cabora Bassa-Damm-Projekt in Mozambique und am Cunene-Stausee-Projekt in Angola zu hindern. In einem von dem Ausschuß gebilligten Bericht werden die betreffenden Regierungen gleichzeitig dafür getadelt, daß sie es bisher versäumt hätten, Bürger und Firmen in ihren Ländern von solchen Beteiligungen an Projekten in den portugiesischen Afrika-Gebieten abzuhalten.

(epd-Entwicklungspolitik, Nr. 11/12-71)

Anschlußprojekt zu Cabora Bassa: Straßenbauprogramm

Als das Straßenbauamt der Provinz Moçambique, die „Junta Autónoma de Estradas de Moçambique", vor vier Jahren seine Tätigkeit aufnahm verfügte die Provinz über 82 km asphaltierte Straße. Jetzt sind es 560 km; nach Fertigstellung der Asphaltierungsarbeiten auf den Strecken Lourenço Marques – Beira und Tete – Cabora Bassa im kommenden Jahr werden es 2 200 km sein.

Vor kurzem hat nun die Junta ihr Straßenbauprogramm für 1971 bis 1979 bekanntgegeben. In diesen acht Jahren soll das Asphaltstraßennetz mit einem Aufwand von rund 10,5 Mill. Contos um etwa 10 000 km erweitert werden.

(Anmerkung der Redaktion:
10,5 Mill. Contos = 1,3 Mrd. DM)

Der erste Teil des Programms besteht im Bau einer ungefähr 1 000 km langen Straße von Vila Paiva de Andrada im Zentrum der Provinz (nordwestlich Beira) in nordöstlicher Richtung über Vila Fontes, Nicuadela bis Mocuba; von Nampevo über Alto Molocué bis Nampula und von Namialo bis Namapa am Rio Lúrio.
Zu leisten sind Erd- und Asphaltierungsarbeiten. Die Straße soll 11 m breit werden, mit einer Fahrbahnbreite von 7 m. Die Bauarbeiten schließen die Errichtung von 14 Brücken mit einer Gesamtlänge von rund 4 km ein. Die längste Einzelbrücke hat 2 390 m und führt bei Vila Fontes über den Sambesi. Als Bauzeit sind 3–4 1/2 Jahre vorgesehen, je nachdem, an wie vielen Stellen gleichzeitig mit den Arbeiten begonnen wird.

Die Finanzierung des ehrgeizigen Programms ist noch nicht gesichert. Die zuständigen Stellen erwarten eine rege Beteiligung ausländischer Unternehmer und hoffen, daß diese Kredite von circa 40 % des Auftragswertes im Ausland besorgen. Bei der Auftragsvergabe werden vermutlich die Finanzierungsbedingungen entscheidend sein.

Das Straßenbauprogramm bildet neben der Energiebeschaffung durch das Kraftwerk Cabora Bassa und den verschiedenen Bewasserungsprojekten die Grundlage zur Erschließung der Ressourcen des Landes und damit für seine wirtschaftliche Entwicklung. Die Straße Vila Paiva – Namapa schließt die Verbindungslücke zwischen dem Norden und Süden des sich über mehr als 2 000 km erstreckenden Landes. Der Güteraustausch zwischen dem Norden und dem Süden wickelte sich bisher fast ausschließlich auf dem Seeweg ab. Der Laderaum reicht jedoch nicht aus.

Die Eisenbahnen führen von der Küste in westlicher Richtung in das Landesinnere. Die unbefestigten Straßen zwischen dem Süden und dem Norden sind nur bei trockenem Wetter und auch dann nur unter großem Zeitaufwand passierbar.

(Eigenbericht der BfA) MWZ 50/71

(Anmerkung der Redaktion:
Es steht zu erwarten, daß die an Cabora Bassa beteiligten deutschen Firmen - insbesondere Hoch-Tief - sich ihre nach eigenen Aussagen recht kargen Gewinne durch eine Beteiligung an derartigen Nachfolgeprojekten aufbessern wollen und sich dann auch wieder um Bürgschaften und Kredite bei der Bundesregierung und der KfW bemühen werden. Eine rechtzeitige Information der Öffentlichkeit ist notwendig!)

Guinea - Bissao

Ausweitung des Krieges

In einem neuen Zwischenfall an der Grenze zwischen Senegal und Guinea Bissao wurden zwei senegalesische Soldaten schwer und vier andere leicht verletzt, als ihr Lastwagen auf eine Mine bei Ziguinchor in Südsenegal gefahren ist. Es war schon der 12. Zwischenfall in diesem Jahr. Eine Kommission des UNO-Sicherheitsrates hat neulich aufgrund von Untersuchungen in diesen Gebieten festgestellt, daß die portugiesischen Truppen in Guinea Bissao für diese Explosionen verantwortlich seien.

(AFP, 2.11.71)

Die Portugiesen geben auch langsam zu, daß der Krieg eine unvorhergesehene Dimension angenommen hat, mit 30.000 portugiesischen Soldaten, die auf einer breiten Front attackiert würden. Ein portugiesischer Sprecher sagte am 5. November in Lissabon, der Krieg in Guinea Bissao sei nicht mehr eine Verteidigung gegen Guerillakämpfer, es handele sich um einen "klassischen" Krieg gegen "Kommunisten".

(Daily Telegraph, 16.11.71)

Ausbau der Selbstverwaltung in den Befreiten Gebieten

In Guinea Bissao werden Untersuchungen durchgeführt, die zur Wahl einer nationalen und mehrerer lokalen und regionalen Volksversammlungen führen sollen. Cabral hält dies jetzt für angebracht, da schon alle Elemente eines Staates in den befreiten Gebieten des Landes vorhanden seien (u.a. Verwaltungs- und Finanzapparat, Gericht, Erziehungswesen, Krankenhäuser usw.). Durch diese Volksversammlungen soll dem Volke mehr Möglichkeit gegeben werden, die ihm naheliegenden Fragen zu bestimmen. Dabei bleibt die Rolle der Partei unangetastet. Es geht nicht um die Wahl einer Regierung, sondern um einen Schritt im Aufbau und in der Entwicklung eines Staates. Einzelheiten über die Zusammensetzung der Volksversammlungen, die Wahlen und den Errichtungsvorgang werden noch ausgearbeitet. Auf internationaler Ebene werden die Volksversammlungen die Souveränität des neuen Staates sichtbarer machen, was ein bedeutender Schritt in Richtung auf eine Anerkennung sein wird.

(Rév. Afr., Algerien, Nr. 399)

Amilcar Cabral in Großbritannien: Angebot von Verhandlungen an die Portugiesen

Im Oktober besuchte Amilcar Cabral, Führer der PIAGC, Großbritannien, um einerseits den Krieg in Guinea Bissao in der britischen Öffentlichkeit bekanntzumachen, und andererseits die britische Regierung, die eng mit der portugiesischen Regierung verbunden ist, zu einer Änderung ihrer Politik zu bewegen. Er wurde aber von keinem Minister des britischen Außenministeriums empfangen, da, wie es in einer Erklärung hieß, "er sich verpflichtet hat, Gewalt gegen eine Regierung anzuwenden, mit der wir freundliche Beziehungen unterhalten". Er hat jedoch mit zwei Vertretern der Labour-Partei Gespräche geführt. Obwohl die Labour-Regierung während ihrer Amtszeit nichts getan hat, die NATO-Waffenlieferungen an Portugal zu stoppen, beschloß letztes Jahr die Labour-Partei, die Befreiungsbewegungen zu unterstützen (Guardian, 26.10.71). (Ob dies bloß die Taktik einer sich in der Opposition befindlichen Partei ist oder eine tatsächliche Gesinnungsänderung darstellt, wird sich mit der Zeit herausstellen.) In London gab Cabral bekannt, seine Armee habe die Mittel, die Hauptstadt Bissao und die zweitgrößte Stadt Bafata anzugreifen und zu zerstören. In einer Pressekonferenz im britischen Unterhaus sagte er, die Freiheitskämpfer würden dies tun, wenn sie nur dadurch ihre Freiheit erlangen könnten. Er glaube jedoch, die Zeit sei gekommen, der Zerstörung ein Ende zu machen. Er wolle mit Portugal verhandeln, aber er würde die portugiesische Herrschaft in seinem Land nicht tolerieren. Cabral ist bereit, mit den Portugiesen über die Unabhängigkeit von Guinea Bissao ohne die Kapverdischen Inseln zu verhandeln, obwohl die PAIGC eigentlich für die Unabhängigkeit beider Territorien kämpfe, aber es müßte eine Sicherheit dafür geben, daß die Inseln nicht als Stützpunkt für Angriffe auf das Festland dienen werden.

(Times, 26.10.71)

Unterstützung für die Befreiungsbewegungen

Schweden verstärkt Hilfe

Schweden wird seine finanzielle Unterstützung der afrikanischen Befreiungsbewegungen erheblich erhöhen (bisher etwa sechs Millionen DM). Ministerpräsident Olaf Palme erklärte, er würde es begrüßen, wenn andere europäische Staaten dem schwedischen Beispiel folgten. Norwegen hat dies inzwischen getan, ebenso Dänemark, Finnland und Island. Der SPD-Landesverband Baden-Württemberg hat die Bundesregierung zu ähnlichem Tun aufgefordert.

(epd-Entwicklungspolitik, Nr. 11/12-71)

Niederländische Gewerkschaften fordern Ausschluß Portugals aus der Europäischen Gemeinschaft

"Solange das portugiesische Regime im Inland die Menschenrechte mit Füßen tritt und draußen einen brutalen Kolonialkrieg an drei Fronten führt, muß dieses Land aus einer Assoziierung mit der Europäischen Gemeinschaft ausgeschlossen bleiben."

Diese Worte stehen in einem Appell an den Präsidenten der niederländischen Abgeordnetenkammer im Parlament, der von den drei niederländischen Gewerkschaftsbünden NVV, NKV und CNV gemeinsam ausgesprochen wurde. Die drei Gewerkschaftsbünde forderten das Parlament auf, darauf zu bestehen, daß eine günstige Regelung der Handelspolitik der Gemeinschaft mit Portugal davon abhängig gemacht werden, daß das Regime zu politischen Konzessionen im Inland und in seiner Haltung zu Afrika bereit sei. Sollte das portugiesische Regime

zu derartigen Konzessionen nicht bereit sein, dann dürfe es von der Europäischen Gemeinschaft keine wohlwollende Handelspolitik gegenüber Portugal erwarten.

(Internationale Gewerkschaftsnachrichten, 24/71)

Herrschaft der weißen Minderheit gesichert

Durch den Rhodesien-Vertrag, den jetzt der britische Außenminister Douglas-Home in Salisbury abschloß, wird die einseitige Unabhängigkeitserklärung der weißen Siedler der ehemaligen Kolonie legalisiert. Die Erfüllung der britischen Forderungen einer Regierung der afrikanischen Mehrheit; einer Garantie gegen nachträgliche Verfassungsänderung, die dies verhindern würde; sofortige Besserung im politischen Status der Afrikaner sowie eine Aufhebung rassendiskriminierender Gesetze sind allein in den guten Willen der weißen Rhodesier gestellt. Das Landteilungsgesetz, das die Afrikaner gleich den Apartheidgesetzen in der Südafrikanischen Republik wirtschaftlich und rassisch diskriminiert, bleibt in Kraft. Die Zahl der wahlberechtigten Afrikaner - zur Zeit 16 Parlamentssitze gegenüber 50 europäischen - soll schrittweise erhöht werden. Ein Termin, wann dieses Verfahren zu einer Regierung der Mehrheit führen könnte, ist nicht abzusehen. Die von den Vereinten Nationen verhängten Sanktionen gegen Rhodesien werden von Großbritannien nicht mehr befolgt.

(epd-Entwicklungspolitik, 11/12-71)
(eine ausführliche Analyse des Rhodesienvertrags bringt die Zeitschrift "Afrika Heute", 11/12-71 sowie epd-Dritte Welt, Nr. 1/72)

Unruhen in Rhodesien

Polizei schießt auf protestierende Bergarbeiter — ein Toter

Salisbury (AP) · In der rhodesischen Stadt Shabani ist es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Bergarbeitern und der Polizei gekommen, in deren Verlauf nach Angaben der Regierung in Salisbury ein Arbeiter getötet wurde und neun weitere verletzt wurden. Einer amtlichen Erklärung zufolge wurde die Polizei zur Eröffnung des Feuers auf die „aufrührerischen und bösartigen Mengen" gezwungen. Den afrikanischen Nationalisten warf die rhodesische Regierung Einschüchterungstaktik vor dem Eintreffen der britischen Kommission vor, die zur Untersuchung der allgemeinen Haltung gegenüber dem zwischen London und Salisbury vorgesehenen Abkommen das Land bereisen soll. Die Regierung, so hieß es in der Erklärung weiter, werde keine Versuche der Störung von Gesetz und Ordnung im Lande dulden und scharf gegen alle vorgehen, die in entsprechende Aktivitäten verwickelt seien.

In den vergangenen Wochen war es in Rhodesien wiederholt zu ähnlichen Zwischenfällen gekommen. Die Afrikaner hatten protestiert, weil sie glaubten, daß man ihr Bier mit Wasser verdünnt und an Kinder vergiftete Süßigkeiten verteilt habe. In Shabani brachen die Unruhen aus, nachdem zwölf afrikanische Bergarbeiter entlassen worden waren, die angeblich Anweisungen nicht befolgten. Nach Angaben der Regierung wurden mehrere Gebäude, darunter auch Verwaltungseinrichtungen und ein Geschäft, zum Teil schwer beschädigt.

Der rhodesische Bischof Abel Muzorewa hat die weiße Minderheitsregierung in Salisbury beschuldigt, Versammlungen von Gegnern des britisch-rhodesischen Abkommens zu erschweren und die farbige Bevölkerung des Landes einzuschüchtern. In einem Brief an Lord Pearce, den Leiter der britischen Kommission, die die Meinung der Afrikaner zu dem Abkommen feststellen soll, schreibt Muzorewa, Versuche des von ihm geleiteten afrikanischen Nationalrates (ANC), in ländlichen Gebieten Versammlungen abzuhalten, würden durch rhodesische Verwaltungsbeamte verhindert. Wer die Bevölkerung in Versammlungen auffordere, die Vereinbarung abzulehnen, werde verhaftet und „für längere Zeit ins Gefängnis gesperrt". Der Bischof erinnert Lord Pearce daran, daß die britische Kommission den Auftrag habe, darauf zu achten, daß in Rhodesien alle Meinungen frei erörtert werden könnten.

(Süddeutsche Zeitung, 15.1.72)

Bundesrepublik wichtigster Lieferant Portugals

Bonn. - Die Bundesrepublik war im Jahre 1970 mit einem Anteil von 15,4 % an den gesamten portugiesischen Einfuhren wichtigster Lieferant Portugals.

Nach den Angaben der portugiesischen Botschaft in Bonn rangiert Großbritannien mit einem Importanteil von 14.1 % auf dem zweiten Platz. In absoluten Zahlen ausgedrückt lieferte die Bundesrepublik Waren im Gesamtwert von 860 Mill. DM an Portugal; Großbritannien folgte mit Waren im Werte von 790 Mill. DM.

Auch die deutschen Investitionen in Portugal sind nach den Angaben der Botschaft weiter angestiegen. Von 67,8 Mill. DM im Jahre 1969 stiegen sie auf 82,7 Mill. DM im Jahre 1970 an. Im 1. Halbjahr 1971 erhöhten sie sich wiederum gegenüber dem Jahresanfang um 21,5 %.

(VWD/NfA (yy) 10.1.72)

BRD liefert Düngemittel und Insektizide nach Angola

Die Bundesrepublik Deutschland war im 1. Halbjahr 1971 nach Portugal (31,12%) Angolas wichtigstes Lieferland. Die Gesamtlieferungen aus der Bundesrepublik Deutschland machten 11,57% der gesamten angolanischen Einfuhren aus. Es folgten die USA mit 9,11%, Großbritannien mit 9,03%, Japan mit 5,33% und Frankreich mit 4,82%. Im 1. Halbjahr 1971 stiegen die Ausfuhren auf 5 695 Mill. Esc. (+6,1) gegenüber 5 367 Mill. Esc im gleichen Zeitraum des Vorjahres, die Einfuhren nahmen um 16,7% auf 5 630 Mill. Esc

zu (4 824 Mill. Esc im Vergleichszeitraum 1970). Die Handelsbilanz schloß im 1. Halbjahr 1971 mit einem Aktivsaldo von 65 Mill. Esc ab. Die Steigerung der Ausfuhren ging im 1. Halbjahr 1971 mit einem langsameren Takt vor sich als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Folgende wichtige Ausfuhrprodukte zeigten rückläufige Tendenzen:

Diamanten —15,9%, Eisenerz —1,2%, Fischmehl —30,6%, Sisal —35,7%.

Dagegen nahm die Ausfuhr folgender Erzeugnisse zu:

Kaffee +7,4%, Erdöl +56,8%, Baumwolle +40,4%, Gefrierfisch +232%.

Die wichtigsten Einfuhrpositionen sind weiterhin Maschinen, Apparate und Elektrowaren, Kraftfahrzeuge, Textilien, unedle Metalle und Metallwaren (fast ausschließlich Eisen- und Stahlwaren). Besonders Einfuhrsteigerungen waren bei folgenden Produkten zu verzeichnen:

Düngemittel +120%, Insektizide und Desinfektionsmittel +120% sowie Papier und Karton +115%. Der Außenhandel Angolas mit den Ländern des Ostblocks (Polen, ČSSR, Rumänien) ist weiterhin geringfügig (unter 0,5%). In den vorliegenden statistischen Unterlagen wird ein Warenverkehr mit der DDR überhaupt nicht erwähnt. -BfA/NfA (D) 9. 11. 71

(Anmerkung der Redaktion:
Zum ersten Mal wurde am 1. Mai 1970 die Anwendung chemischer Gifte durch Portugal vom SAM, dem medizinischen Hilfsdienst der MPLA in einem Memorandum bekanntgegeben (vgl. dazu "blätter des iz3w", Nr. 5/71). Dasselbe Faktum wurde in einem Bericht der Expertengruppe der UN-Menschenrechtskommission vom 2.2.71 bezeugt (vgl. "blätter des iz3w", Nr. 6/7/71). Dort wurde auch bereits die BRD als Lieferant dieser Gifte beschuldigt. In einem Brief an den Sekretär der bevorstehenden Umweltschutzkonferenz in Stockholm belegte Dr. Humbaraci vom sambischen Informationsbüro in Rom nochmals den Giftkrieg Portugals mit neuen Dokumenten (vgl. "blätter des iz3w", Nr. 9/71). Daß sich im ersten Halbjahr 1971 die Lieferung von Düngemitteln, Insektiziden und Desinfektionsmitteln aus der BRD nach Angola verdoppelt hat, sollte zu denken geben.)

Fiat G-91 in den Kolonien

In der halboffiziellen portugiesischen Zeitung Diario de Noticias vom 8.5.71, 29.6.71 und 19.9.71 erschienen erstmalig Berichte, in denen der Einsatz der von der BRD gelieferten Fiat G-91 und der bei Blohm und Voss gebauten Korvetten in den Kolonien erwähnt wird.

(Mitteilung des AGM-Komitees, Bonn)

Siemens-Fabrik in Evora

Die Firma Siemens eröffnete in Anwesenheit von Staatspräsident Thomaz, des Staatssekretärs für Industrie, Rogério Martins, des deutschen Botschafters in Lissabon und des Aufsichtsratsvorsitzenden Dr. Peter v. Siemens sowie zahlreichen Vertretern des öffentlichen Lebens am 25. November 1971 in Evora ein neues Werk. Der Betrieb wird sich mit der Anfertigung elektronischer Einzelteile für Relais, Computer und Kontrollinstrumente befassen.

In seiner Ansprache betonte Staatssekretär Martins, daß der Distrikt Evora in den letzten zehn Jahren allein durch Abwanderung zahlreiche Arbeitskräfte verloren habe. Nun würden bald rund 2000 Menschen in der neuen Fabrik Arbeit finden. Hier seien pro Arbeitsplatz 50000 Escudos in einer Herstellung investiert worden, die auf einem hohen technologischen Wissensstand beruhe, der mit beachtlicher Qualität gepaart sei. Diese Kombination werde zu einem dauernden Anreiz der beruflichen Leistungen in Evora zwingen ... Auch auf die Umgebung werde dieses Werk einen positiven Einfluß ausüben. Auf diese Weise würden eines Tages aus den Schulen junge Menschen hervorgehen, die auf die Entwicklung im industriellen Zeitalter besser vorbereitet sind, als die gegenwärtige Generation.

(Portugalreport, Nr. 12/71)

CDU und Südafrika

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat Günter Rinsche, MdB, zum neuen entwicklungspolitischen Sprecher ernannt. Er löste damit Walther Leisler Kiep ab. Rinsche, Mitglied des Deutschen Forums für Entwicklungspolitik, war im Frühjahr 1971 durch den Bericht über seine Reise nach Südafrika hervorgetreten, indem er die Politik der Apartheid als "in vielem vorbildlich" bezeichnet hatte: "Methodisch kann unsere Entwicklungspolitik hier nur lernen." Seine Äußerungen sind weder von der CDU/CSU noch vom Deutschen Forum öffentlich kritisiert worden.

(vgl. "blätter des iz3w", Nr. 6/7/71, CDU: Schwarze Deutsche im Afrika der Weißen)

Rosenthals Freunde

Philip Rosenthal, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen, empfing am 4. November 1971 den südafrikanischen Wirtschaftsminister S.L. Muller. In einem in freundschaftlicher Atmosphäre geführten Gespräch wurden die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen und Fragen, die sich für beide Länder aus der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft ergeben, erörtert.

Minister Muller kündigte an, daß eine südafrikanische Wirtschaftsdelegation im März 1971 in die Bundesrepublik kommen werde, um die Absatzchancen

südafrikanischer Waren auf dem hiesigen Markt zu untersuchen und Verbindung mit interessierten Firmen aufzunehmen. Dieser Besuch geht auf eine Anregung von Staatssekretär Rosenthal zurück, die er im April 1971 anläßlich der Eröffnung des Deutschen Pavillons auf der Rand Easter Show in Johannisburg machte.

(Tagesnachrichten des Bundesministeriums für Wirtschaft und Finanzen vom 9.11.71)

100-Mill-DM-Anleihe für Südafrika

Frankfurt/Main. — Zwischen der Republik Südafrika und einem unter der Federführung der Deutschen Bank AG (Frankfurt/Main) stehenden internationalen Bankenkonsortium wurde am 8. 11. 71 der Übernahmevertrag für eine 100-Mill.-DM-Anleihe unterzeichnet.

Die Teilschuldverschreibungen haben nach Mitteilung der Deutschen Bank einen Zinssatz von 7³/₄% p. a., zahlbar halbjährlich. Bei einer Gesamtlaufzeit von 15 Jahren werden sie nach 5 Freijahren in 10 Jahresraten durch Rückkauf oder Serienauslosungen zum Nennbetrag getilgt. Die mittlere Laufzeit beträgt 10¹/₂ Jahre.

Die Anleiheschuldnerin ist berechtigt, die Teilschuldverschreibungen vorzeitig zu kündigen, und zwar erstmals zum 1. 11. 77 mit einem Aufgeld von 2,5% das danach jährlich sinkt. Die Anleihe wird zu einem Verkaufskurs von 98% zum öffentlichen Verkauf angeboten (vgl. NfA Nr. 233 v. 29. 10. 71).

-VWD/NfA (zz) 10. 11. 71

Ex-Soldaten attackieren Geistliche

Gestern attackierten Gemeindemitglieder ein Haus von Geistlichen, als die ansässigen Priester sich weigerten, eine Pfadfinder-Zeremonie in der Kirche unter der portugiesischen Flagge abzuhalten.

Ehemalige Fallschirmjäger, die gegen die afrikanischen Guerillas in Mozambique gekämpft hatten, versuchten die beiden Priester aus ihrem Haus zu zerren.

In ihrem heutigen Bericht über den Zwischenfall behauptete die Zeitung "Noticia de Beira", daß sich die zwei weißen Priester, Vater Sampaie und Vater Fernando, eines "Verbrechens gegen die Rassenharmonie" schuldig gemacht hätten. Sie berichtete, daß die beiden den Pfadfindern und Pfadfinderinnen am Nachmittag den Zugang zu ihrer Kirche in Makuti verweigert hätten, weil diese die portugiesische Flagge bei sich trugen. Bei der Abendmesse jedoch verschafften sich die Soldaten mit den Nationalfarben Eingang, unterstützt von führenden Mitgliedern der Pfadfinder-Kongregation.

Die Priester hätten angeblich gesagt, sie könnten die Fahne im Gotteshaus nicht dulden, weil sie sich dem afrikanischen Volk gegenüber verantworten müßten, "wenn Mozambique befreit ist".

(The Times, 11.1.71)

Zusammenstellung der Informationen:
ek/gs

„Gewisse traditionelle Eigentümlichkeiten"

Auszug aus dem „Merkblatt für Besucher der Bundeswehr in Portugal", herausgegeben von der „Zentralen Deutschen Verbindungsstelle in Portugal", die dem Luftwaffen-General Helmut Bieber untersteht:

Portugal gliedert sich nach portugiesischem Staatsrecht in folgende Teile: a) Mutterland mit Azoren und Madeira; b) Überseeprovinzen in Afrika: Kapverdische Inseln, Portugiesisch-Guinea, Inselgruppe Sao Tomé und Principé, Angola, Moçambique; in Asien: Macao; in der Südsee: Timor; in Indien (von Indien besetzt): Damao, Diu, Goa.

Das portugiesische Staatsrecht und die portugiesische öffentliche Meinung lehnen ausdrücklich die Bezeichnung „Kolonie" für ihre Überseeprovinzen ab. Wer den Ausdruck „Kolonie" Portugiesen gegenüber für ihre Überseeprovinzen benutzt, begeht einen schweren, unter Umständen beleidigenden Formfehler.

Es ist nicht angebracht, Portugal als Diktatur darzustellen und kränkend, dies etwa Portugiesen gegenüber zum Ausdruck zu bringen. Die portugiesische Staatsform ist den Bedürfnissen des Landes angepaßt und gibt dem einzelnen Staatsbürger persönliche Freiheit und Rechtssicherheit. Der Lebensstandard Portugals ist wesentlich bescheidener als der der Bundesrepublik. Die Gehälter und Löhne der Portugiesen sind um ein Vielfaches geringer als die entsprechenden deutschen; trotzdem sind die Menschen in Portugal im allgemeinen zufrieden und glücklich.

Verständlicherweise wünscht die portugiesische Regierung nicht, daß durch in Portugal stationierte Deutsche das Wirtschaftsgefüge geändert oder beeinflußt wird.

Andererseits besitzen die portugiesischen besseren Schichten viel Familieneigentum durch Jahrhunderte und finden durch die Erträge dieses Familienbesitzes einen Ausgleich zu den niedrigen Einkommen.

Die soziale Schichtung des Landes ist durch die wirtschaftliche Entwicklung bestimmt und mit gewissen traditionellen Eigentümlichkeiten behaftet. Diese Tatsache bedarf für das Verhalten von Ausländern in Portugal sorgfältiger Rücksichtnahme, um die Entwicklung des Landes nicht zu stören.

Ovambo-Streik

I. VERLAUF DES STREIKS

Am 14. Dezember 1971 begannen Arbeiter vom Stamm der Ovambo in Namibia zu streiken. Der Ausstand richtet sich im wesentlichen gegen das Kontraktarbeitssystem (s.u.), gegen die um vieles niedrigere Bezahlung im Vergleich zu den Löhnen weißer Arbeiter (s.u.) und die unzumutbaren Lebensbedingungen in den Lagern, in denen die Kontraktarbeiter leben müssen.

Vorher hatte die südafrikanische Sicherheitspolizei zwar nächtliche Versammlungen registriert, öffentliche Demonstrationen aber und Streikaufrufe hatte es nicht gegeben, abgesehen vielleicht von einem Aufruhr im November, als die Polizei Wachtürme um das Lager Katutura baute - vier Meilen vor Windhuk, wohin die Schwarzen Windhuks ausgesiedelt worden waren und wo vor allem die aus den verschiedenen Reservaten herangebrachten Kontraktarbeiter leben.

Hier faßten am 12. Dezember Ovambos auf einer Versammlung von 2000 Menschen den Beschluß, am nächsten Tag zu streiken, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt würden. Noch am selben Tage ließ die südafrikanische Regierung bewaffnete Polizeiverstärkung einrücken, um Massenstreik und Unruhen zu verhindern. Dennoch befanden sich schon 48 Stunden später 8000 Ovambos im Ausstand, nachdem sich den Arbeitern in Windhuk die in der Walfischbai beschäftigten Ovambos angeschlossen hatten.

Die Regierung reagierte sofort mit einem Rücktransport der Streikenden in ihre Reservate im Norden Namibias, was diese selbst forderten, falls man nicht auf ihre Wünsche eingehe.

Schüler, Studenten und Hausfrauen sprangen vorerst ein, um die wichtigsten Versorgungseinrichtungen am Laufen zu halten; später setzte man auch noch Beamte dafür ein und transportierte Mischlinge als Ersatz heran.

Für kurze Zeit ließen sich Aushilfskräfte finden, aber der Streik sprang auch auf die Minen über. Eine Sensation war der Ausstand in den amerikanischen Tsumeb-Bergwerken, der fast die gesamte dortige Produktion von Kupfer und anderen Mineralien lahmlegte. Ende des Jahres stand ziemlich die gesamte Bergwerksindustrie still und Anfang Januar kamen sogar noch einige hundert Arbeiter der Diamantenminen des Oppenheimer Konzerns (Consolidated Diamond Mines) in Oranjemund hinzu.

Somit traf der Streik die gesamte namibische Wirtschaft schwer. Auch in dem eiligst anberaumten Gespräch der namibischen Großindustrie mit dem Minister für Bantuangelegenheiten Botha fand man keine Möglichkeit, die Lage ohne wesentliche Zugeständnisse an die Streikenden zu bessern.

Ein Arbeitsangebot an Angehörige des Okavango-Stammes scheiterte an deren Lohnforderungen. Die Oberen des Damara-Stammes forderten zwar ihre Untertanen auf, die Ovambos zu ersetzen, aber auch diese hielten das Kontraktarbeitssystem für überholungsbedürftig und folgten nicht.

Am 10. Januar schließlich verkündete die Regierung, sie wolle das Kontraktsystem durch bilaterale Vereinbarungen zwischen Regierung und Stammesführungen ersetzen. Doch diese vagen Versprechungen konnten den Streik nicht beenden. Aus Furcht vor Unruhen ließ die südafrikanische Regierung Polizeiverstärkung nach Ovamboland einfliegen, wo inzwischen das Ovambo-Stammesparlament unter Leitung des neugewählten Vorsitzenden Elifas Sympathie für die Streikenden bekundet hatte und eine Abschaffung des Kontraktarbeitssystems forderte.

Der Gesetzgebende Rat, dessen Mitglieder von der Regierung eingesetzt sind, verbot alle öffentlichen Versammlungen in Ovamboland außer seinen eigenen und denen der Häuptlinge und ermächtigte auch die Polizei, solche Versammlungen aufzulösen.

Im Moment befinden sich rund 13.000 Ovambos in 20 Zentren des Landes im Ausstand.

Bisher hat die Regierung zwar abwechselnd die Kirchen und die Befreiungsorganisation beschuldigt, Drahtzieher des Streiks zu sein, aber noch keinen glaubwürdigen Nachweis für ihre Behauptungen gefunden. Sie meint, der Streik wäre nicht ausgebrochen, wenn nicht zwei luth. Kirchen einige Monate vorher das Kontraktsystem verurteilt hätten. Für eine Organisation gibt es bisher keine Anhaltspunkte außer eini-

gen Flugblättern, die aber alle von Hand geschrieben und von keiner Organisation unterzeichnet sind.

Nicht nur die meisten südwestafrikanischen Kirchen billigen den Streik, sondern auch führende Vertreter der oppositionellen südafrikanischen Progressive Party sowie der Gewerkschaftsrat Südafrikas, der Gewerkschaftsrechte endlich auch für schwarze Afrikaner forderte.

II. KONTRAKTARBEIT

1. Allgemeine Bedingungen

Seit 50 Jahren gibt es in Namibia das System der Kontraktarbeit, von den südafrikanischen Behörden als "geeignet" und "nutzbringend", von den Vereinten Nationen als "Sklaventreiberei" charakterisiert.

Die Ovambos dürfen ihr Reservat nicht verlassen, um sich Arbeit auf dem freien Markt zu suchen. Arbeitswillige melden sich bei der South West African Labour Association (SWANLA) in Ondangwa, von wo sie - je nach körperlichem Zustand und Alter in die Klassen A, B und C eingeteilt - den anfordernden Arbeitgebern im ganzen Lande zugeteilt werden. Auf die Wahl des Arbeitsplatzes haben die Arbeiter keinen Einfluß. Der Arbeitsvertrag bindet sie für mindestens ein Jahr und kann um ein weiteres halbes verlängert werden. Während der Laufzeit des Vertrages dürfen sie den Arbeitgeber nicht wechseln oder verlassen. Vertragsbruch von seiten der Arbeiter - auch Streik - wird als kriminelles Vergehen geahndet und hat zur Folge, daß der "Deserteur" nie mehr Arbeit bekommt. Nach spätestens anderthalb Jahren transportiert man die Arbeiter wieder ins Reservat zurück. Nach neun Monaten kann ein erneuter Kontrakt eingegangen werden.

Während die Kontraktarbeiter meist hunderte von Kilometern entfernt von Ovamboland tätig sind, müssen die Familien zurückbleiben. Sie selbst werden im Reservat in Lagern untergebracht, gegen deren Zustand sich unter anderem auch der Streik richtet. In den Lagern müssen sie streng nach Stämmen getrennt leben; die Mischlinge wohnen ebenfalls getrennt. Kontakte zwischen den Lagern werden möglichst unterbunden.

2. Keine Gewerkschaften

Afrikaner dürfen nicht streiken. In dem Bantu Arbeitsgesetz von 1953 heißt es: "Kein (afrikanischer) Arbeitnehmer oder andere Personen dürfen einen Streik anzetteln oder irgendeinen Arbeitnehmer oder eine andere Person verleiten, an einem Streik oder der Fortsetzung eines Streiks teilzunehmen." Streik heißt auch Arbeit nach Vorschrift, Bummelstreik u.ä. Maximalstrafen bei Zuwiderhandlung sind 500 Pfund Geldstrafe und 3 Jahre Gefängnis.

Gewerkschaften mit den normalen gewerkschaftlichen Funktionen darf es nicht geben. Versammlungen sind verboten. Ihre Mitglieder können nach dem Anti-Kommunismus-Gesetz verhaftet werden, welches jegliche Betätigung, die auf "industriellen, sozialen oder ökonomischen Wandel" abzielt, unter Strafe stellt, ebenso wie nach dem Sabotage-Gesetz, wonach Streik als Sabotage ausgelegt werden kann. Jedes Gewerkschaftsmitglied kann aus einer städtischen Region entfernt werden, wenn die örtliche Verwaltung seine weitere Beschäftigung als Gefahr für Sicherheit und Ordnung betrachtet.

3. Bezahlung

Die für Kontraktarbeiter gesetzlich festgesetzten Mindestlöhne betragen von DM 20,00 für Kinder bis zu DM 45,00 für Arbeiter der Klasse A. Der Durchschnittslohn beträgt um DM 100,00 und einige Bergwerke zahlen bis zu DM 500,00.

Ein Reporter der südafrikanischen Zeitung "Rand Daily Mail" berichtet von Hotelangestellten, Familienvätern mit fünf bis sieben Kindern, die monatlich 6,50 Rand (ca. DM 32,50) verdienen. Im Vergleich dazu: die als Ersatz für die Streikenden eingesetzten Schüler erhalten 109 Rand (ca. DM 545,00), den Durchschnittsverdienst eines weißen Arbeiters.

erarbeitet von der Informationsstelle Südliches Afrika, 53 Bonn, Kurt Schumacherstr. 1

Presse-Spiegel südliches Afrika

Das Komitee südliches Afrika, Heidelberg, gibt seit kurzem einen Presse-Spiegel über Portugal und das südliche Afrika heraus, in dem die diesbezüglichen Artikel der wichtigsten deutschsprachigen Zeitungen gesammelt werden. Anhand dieser Publikation kann die Presse zum südlichen Afrika mühelos überblickt werden.

Erscheinungsweise: 14-tägig, Jahresbezugspreis DM 30,--.

Bestellungen sind zu richten an:
Bernd Köhn, 69 Heidelberg, Mönchsgasse 12

Kommentar eines Redaktionsmitglieds des iz3w zum Streik in Namibia

"Wir sind Namibier und keine Südafrikaner. Wir werden jetzt und in Zukunft euch nicht das Recht zuerkennen, über uns zu herrschen, Gesetze zu verabschieden, zu denen wir uns nicht äußern dürfen, unser Land so zu behandeln, als wäre es euer Besitz, und uns, als wärt ihr unsere Herren. Wir haben Südafrika immer als Eindringling in unser Land betrachtet."

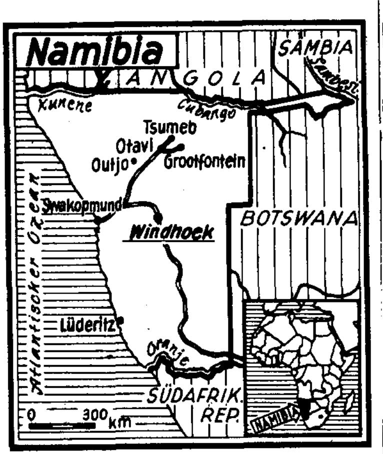
(Ein Führer der SWAPO, zit. nach: A Principle in Torment, Teil III. The United Nations and Namibia, New York 1971, S. 1)

Dieser größte Streik im südlichen Afrika seit dem Generalstreik nach dem Massaker von Sharpeville 1960 ist aus verschiedenen Gründen äußerst bedeutsam: Er fällt in einen Zeitraum, zu dem die südafrikanische weiße Herrenklasse größte Anstrengungen unternimmt, Namibia gegen den Willen der UNO und des Haager Gerichtshofs wirtschaftlich zu integrieren. Besondere Bedeutung haben dabei das Kuneneprojekt an der Grenze des Ovambo-"homelands" und das Uranschürfungsprojekt bei Swakopmund, beides Projekte, die ähnlich wie der Cabora Bassa-Staudamm in Mozambique internationales und insbesondere deutsches Kapital an die Erhaltung der weißen Herrschaft im südl. Afrika binden sollen und die durch eine Fortdauer des Streiks in Frage gestellt werden könnten.

Der Streik bringt die in Namibia und Südafrika tätigen internationalen Monopole in Konflikt mit der durch Vorster und die National Party vertretenen burischen Herrenklasse. Denn das Schicksal dieser Klasse ist eng mit der Fortdauer der Apartheid verknüpft, deren Hauptstandbein aber gerade die de-facto-Zwangsarbeit sowie die Unterbezahlung der afrikanischen Arbeitskraft darstellt. Die internationalen Monopole ziehen dagegen die Angleichung der "schwarzen" Löhne an die der Weißen einer generellen Verunsicherung dieses Investitionsgebietes durch Unruhen der Afrikaner natürlich vor, und die in Namibia besonders starken Monopole wie CDM (eine Tochter der Anglo-American), Tsumeb (US-amerikanisch) oder Rio Tinto Zinc (englisch mit deutscher Beteiligung) werden sich in diesem Konflikt möglicherweise durchsetzen, worauf bereits Äußerungen der südafrikanischen Administration hinweisen. Eine Revision des Zwangsarbeitssystems würde weitreichende Konsequenzen für das gesamte Apartheidsystem und insbesondere auf die Kräfteverteilung zwischen der burischen National-Party und der die Interessen der Minenindustrie vertretenden United Party haben.

Die weit über diese Konflikte innerhalb der herrschenden Klassen Südafrikas hinausgehende wesentlichste Bedeutung dieses Streikes liegt aber in seinen Auswirkungen auf das politische Bewußtsein der afrikanischen Arbeiter in Namibia und Südafrika: Entgegen allen pessimistischen Vermutungen der Theoretiker, die wie z.B. Heribert Adam zur Charakterisierung des südafrikanischen Herrschaftssystems Adornos Begriff der "total verwalteten Gesellschaft" beschworen und das Potential für systemverändernde Alternativen als äußerst gering ansahen, hat sich hier eine angesichts der Repressionsmöglichkeiten der südafrikanischen Administration überraschend starke Spontaneität derjenigen gezeigt, die als einzige in der Lage sind, das südafrikanische Herrschaftssystem aufzuheben. Wenn auch die politische Organisation der unterdrückten Afrikaner in Namibia, die Befreiungsfront SWAPO, sicher noch nicht stark genug entwickelt ist, um quasi schon im ersten Anlauf die südafrikanischen Statthalter der internationalen Monopole aus dem Land zu werfen, so hat doch die Arbeiterklasse Namibias in dieser ersten gemeinsamen Aktion kollektive Lernprozesse erfahren, die in ihren "homelands" weiterwirken werden.

gs



Karte: ND/Weigelt

UN - Sicherheitsrat zu Namibia

Namibia (Südwestafrika)

SICHERHEITSRAT — Gegenstand: Namibia (Südwestafrika). — Entschließung 301 (1971) vom 20. Oktober 1971

Der Sicherheitsrat,

— in Bestätigung des unveräußerlichen Rechts des Volkes von Namibia auf Freiheit und Unabhängigkeit gemäß den Bestimmungen der Entschließung der Generalversammlung 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960,

— in der Erkenntnis, daß aufgrund der Annahme der Entschließung 2145 (XXI) der Generalversammlung die Vereinten Nationen die unmittelbare Verantwortung für Namibia haben und daß die Staaten alle Beziehungen mit oder unter Einschluß von Namibia in einer Weise abwickeln, die mit dieser Verantwortung übereinstimmt,

— in Bestätigung seiner Entschließungen 264 (1969) vom 20. März 1969, 276 (1970) vom 30. Januar 1970 und 283 (1970) vom 29. Juli 1970,

— in Erinnerung an seine Entschließung 284 (1970) vom 29. Juli 1970, in welcher er den Internationalen Gerichtshof um ein Gutachten zu der Frage ersuchte: »Welche rechtlichen Folgen ergeben sich für die Staaten aus der fortwährenden Anwesenheit Südafrikas in Namibia, unbeschadet der Entschließung 276 (1970) des Sicherheitsrates?«,

— in schwerer Sorge über die Weigerung der Regierung Südafrikas, den Entschließungen des Sicherheitsrates hinsichtlich Namibias nachzukommen,

— in Erinnerung an seine Entschließung 282 (1970) vom 23. Juli 1970 über das Waffenembargo gegen die Regierung von Südafrika und mit Betonung der Bedeutung dieser Entschließung hinsichtlich des Gebiets von Namibia,

— in Anerkennung der Rechtmäßigkeit der Bewegung des Volkes von Namibia gegen die unrechtmäßige Besetzung seines Gebiets durch die Südafrikanischen Behörden und in Anerkennung seines Rechts auf Selbständigkeit und Unabhängigkeit,

— in Kenntnis der Erklärungen der Delegation der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) unter Leitung des Präsidenten von Mauretanien in seiner Eigenschaft als gegenwärtiger Vorsitzender der OAU-Versammlung der Staats- und Regierungschefs,

— in Kenntnis ferner der Erklärung des Präsidenten des Rates der Vereinten Nationen für Namibia,

— nach Anhören der Erklärungen der Delegation der Regierung von Südafrika,

— nach Erörterung des Berichts des Ad hoc Unterausschusses für Namibia (S/10330),

1. bestätigt, daß das Gebiet von Namibia der unmittelbaren Verantwortung der Vereinten Nationen untersteht und daß diese Verantwortung die Verpflichtung einschließt, die Rechte des Volkes von Namibia in Übereinstimmung mit der Entschließung 1514 (XV) der Generalversammlung zu unterstützen und zu fördern;

2. bestätigt die nationale Einheit und die räumliche Unversehrtheit von Namibia;

3. verurteilt alle Maßnahmen der Regierung von Südafrika, diese Einheit und räumliche Unversehrtheit, beispielsweise durch die Einrichtung von Bantustans, zu zerstören;

4. erklärt, daß Südafrikas fortgesetzte rechtswidrige Anwesenheit in Namibia einen internationalen unrechtmäßigen Akt und einen Bruch der internationalen Verpflichtungen bedeutet und daß Südafrika der internationalen Gemeinschaft für jede Verletzung seiner internationalen Verpflichtungen oder der Rechte des Volkes des Gebiets von Namibia rechenschaftspflichtig bleibt;

5. nimmt mit Anerkennung das Gutachten des Internationalen Gerichtshofes vom 21. Juni 1971 zur Kenntnis;

6. bekräftigt die Meinung des Gerichtshofs, wie sie in Abschnitt 133 des Gutachtens ausgedrückt wird:

»1) daß wegen der Unrechtmäßigkeit der fortgesetzten Anwesenheit Südafrikas in Namibia, Südafrika unter der Verpflichtung steht, seine Verwaltung unverzüglich aus Namibia abzuziehen und dadurch seine Besetzung des Gebiets zu beenden;

2) daß die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen unter der Verpflichtung stehen, die Unrechtmäßigkeit der Anwesenheit Südafrikas in Namibia sowie die Ungültigkeit seiner Handlungen im Namen von und in Bezug auf Namibia anzuerkennen sowie alle Handlungen und im besonderen allen Verkehr mit der Regierung von Südafrika, die eine Anerkennung der Rechtmäßigkeit oder eine Unterstützung und Hilfe solcher Anwesenheit und Verwaltung bedeuten, zu unterlassen;

3) daß es für Staaten, die nicht Mitglieder der Vereinten Nationen sind, verpflichtend ist, im Rahmen des obigen Unterabschnitts (2) die Maßnahmen, die von den Vereinten Nationen im Hinblick auf Namibia ergriffen worden sind, zu unterstützen;

7. erklärt, daß alle Angelegenheiten, welche die Rechte des Volkes von Namibia berühren, unmittelbar alle Mitglieder der Vereinten Nationen angehen, und daß sie diese Tatsache bei ihrem Verkehr mit der Regierung von Südafrika, insbesondere bei allem Verkehr, der eine Anerkennung der Rechtmäßigkeit oder eine Unterstützung und Hilfe solcher unrechtmäßiger Anwesenheit und Verwaltung bedeutet, berücksichtigen;

8. fordert Südafrika erneut auf, sich aus dem Gebiet von Namibia zurückzuziehen;

9. erklärt, daß jede weitere Weigerung der südafrikanischen Regierung, sich aus Namibia zurückzuziehen, Bedingungen schaffen könnte, die der Erhaltung des Friedens und der Sicherheit in der Region schädlich sind;

10. bestätigt die Bestimmungen der Entschließung 283 (1970), insbesondere die Absätze 1 bis 8 und 11;

11. fordert alle Staaten auf, in Erfüllung ihrer Verantwortung gegenüber dem Volk von Namibia und gemäß den Vorbehalten der Abschnitte 122 und 125 des Gutachtens vom 21. Juni 1971:

a) von der Herstellung vertraglicher Beziehungen mit Südafrika in allen Fällen Abstand zu nehmen, in denen die Regierung von Südafrika beansprucht, im Namen von und in Bezug auf Namibia zu handeln;

b) von der Berufung auf jene Verträge oder Vertragsbestimmungen und ihre Anwendung, die von Südafrika im Namen von und in Bezug auf Namibia abgeschlossen worden sind und die eine tätige zwischenstaatliche Zusammenarbeit einschließen, Abstand zu nehmen;

c) ihre bilateralen Verträge mit Südafrika zu überprüfen, um zu gewährleisten, daß sie nicht den obigen Abschnitten 5 und 6 widersprechen;

d) von der Entsendung diplomatischer oder besonderer Missionen nach Südafrika, die das Gebiet von Namibia in ihrem Mandat einschließen, Abstand zu nehmen;

e) von der Entsendung konsularischer Vertreter nach Namibia Abstand zu nehmen und dort bereits anwesende Vertreter zurückzuziehen;

f) von der Herstellung wirtschaftlicher und anderer Formen der Beziehung oder des Verkehrs mit Südafrika, handelnd im Namen von oder in Bezug auf Namibia, welche seine Hoheitsbefugnisse über das Gebiet verstärken könnten, Abstand zu nehmen;

12. erklärt, daß Konzessionen, Rechte, Titel oder Verträge bezüglich Namibias, die Einzelpersonen oder Gesellschaften durch Südafrika nach der Annahme der Entschließung 2145 (XXI) der Generalversammlung gewährt worden sind, weder dem Schutz noch der Verteidigung durch ihre Staaten gegenüber den Forderungen einer künftigen rechtmäßigen Regierung von Namibia unterliegen;

13. ersucht den Ad hoc Unterausschuß für Namibia mit der Durchführung der Aufgaben, die ihm durch die Abschnitte 14 und 15 der Entschließung 283 (1970) übertragen worden sind, fortzufahren und vor allem, unter Berücksichtigung der Notwendigkeit der Herstellung eines wirksamen Schutzes der namibischen Interessen auf internationaler Ebene, geeignete Maßnahmen zur Erfüllung der Verantwortung der Vereinten Nationen gegenüber Namibia zu untersuchen;

14. ersucht den Ad hoc Unterausschuß für Namibia, alle Verträge und Abkommen, die den Bestimmungen der vorliegenden Entschließung entgegenstehen, zu überprüfen und regelmäßig darüber zu berichten, um festzustellen, ob Staaten Abkommen hergestellt haben, welche die südafrikanischen Hoheitsbefugnisse über Namibia anerkennen;

15. fordert alle Staaten auf, die Rechte des Volkes von Namibia zu unterstützen und zu fördern und zu diesem Zweck die Bestimmungen der vorliegenden Entschließung vollständig durchzuführen;

16. ersucht den Generalsekretär, regelmäßig über die Durchführung der Bestimmungen der vorliegenden Entschließung zu berichten.

Abstimmungsergebnis: + 13; — 0; = 2: Frankreich und Großbritannien.

entnommen aus: "Vereinte Nationen", Bonn, Nr. 6, Dezember 1971, S. 172

Polaroid ist keine gewöhnliche Firma

Ein Bericht über die Polaroid Revolutionary Workers Movement (PRWM)

Am 27. Oktober 1970 fand in Cambridge (Mass.) erstmals eine Demonstration gegen eine bis dahin unbescholtene Firma statt. Etwa 100 Arbeiter demonstrierten gegen die Polaroid Company, angeführt von Caroline Hunter.

Caroline Hunter, eine Farbige aus New Orleans, ist 25 Jahre alt und war bei Polaroid als Chemikerin angestellt. Inzwischen wurde sie gefeuert, weil sie "gegen die Interessen der Firma gehandelt" hat. Zusammen mit einem Kollegen hatte sie eine Boykott-Kampagne gegen ihre Arbeitgeber begonnen, die sich gegen die Politik des Unternehmens richtete.

Polaroid ist ein bemerkenswerter Betrieb. Edwin Land, Gründer und Präsident der Gesellschaft, beschreibt sie so: "This is no ordinary company that we have built together. It is the proud pioneer that set out to teach the world how people could work together ... Polaroid is on its way to lead the world ... perhaps even to save it." (1) Derselbe Edwin Land, Spezialist für Photo-Identifikation, wird verdächtigt, zusammen mit dem CIA die U 2-Spionagepläne entwickelt zu haben. (2) Nach Studien, die von Polaroid selbst gefertigt wurden, werden farbige Angestellte um 22 % schlechter bezahlt als Weiße (3), die genau die gleiche Arbeit verrichten. Und weil man sich erfolgreich gegen jedes Eindringen der Gewerkschaften gewehrt hat, kann auch nichts dagegen unternommen werden. Auslösender Faktor für den Protest war schließlich ein Werbefeldzug der Firma in Südafrika, bei dem man sich rühmte, einen Schwarzen in 60 Sekunden verhaften zu können. Dabei ging es um das 'ID-2-System': Ein Bild wird aufgenommen und sofort entwickelt, in unzerbrechlichem Plastik versiegelt und der Name registriert. ID 2 nimmt zwei Bilder auf, aber man bekommt nur eines davon. Wer das andere bekommt, kann man sich leicht vorstellen. Das System wurde in Südafrika entwickelt und getestet. Durch die Verbindung mit einem Computer und die einfache, schnelle Herstellungsmethode ist es ein ideales Instrument zur vollständigen Kontrolle der Bevölkerung. Deshalb plant die südafrikanische Regierung, das System ab Februar 1972 einzuführen. Außer dem Kontrolleffekt haben die ID-Karten auch noch eine erwünschte einschüchternde Wirkung auf die nichtweiße Bevölkerung, die gezwungen ist, sich ständig ausweisen zu können.

In Süd-Vietnam z.B. haben alle Vietnamesen über 15 Jahre eine ID-Karte mit sich herumzutragen. Wenn sie ohne diese Karte angetroffen werden, so werden sie verhaftet und oft genug als vietkongverdächtig getötet. An der Universität von Cambridge (Mass.) wurden ID-Karten eingeführt, die Photo, Name, Alter und besondere Kennzeichen enthalten, um "Außenstehende daran zu hindern, wie im letzten Jahr Unruhen zu verursachen". Hierbei handelte es sich um die Proteste der farbigen Studenten gegen ihre Benachteiligung an der Universität und gegen den Rassismus. Es gibt noch eine lange Reihe von Beispielen der "Nützlichkeit" von ID. Polaroid hat ein einzigartiges Monopol auf dem Gebiet der ID-Systeme. Ohne ID 2 wäre es nicht möglich gewesen, die tausende von Antikriegsdemonstranten in Birmingham in kürzester Zeit zu verhaften und abzuurteilen. Die Unterdrückung in Südafrika wird durch die tätige Mithilfe von Polaroid (und IBM) entscheidend erleichtert und wirksamer gemacht. Darin sieht Caroline Hunter allerdings nur eine Vorbereitung zu einer analogen Kontrolle auch in Amerika - den Anfang eines 'technologischen Faschismus'.

Folgerichtig gründete sie zusammen mit ihrem Kollegen Ken Williams die "Polaroid revolutionary workers movement" - PRWM. Man beschloß, eine Aufklärungs- und Boykott-Kampagne zu beginnen, um die Öffentlichkeit auf diese Verhältnisse aufmerksam zu machen. Zunächst leugnete Polaroid, überhaupt in Südafrika tätig zu sein - allerdings nur einen Tag lang. Dann behauptete man, nicht mit der Regierung Geschäfte zu machen, sondern nur mit Armee und Luftwaffe. Monate des Boykotts und der Demonstrationen brachten der Firma viel unliebsame publicity und einen zugegebenen Verlust (4) von 15 Millionen Dollar. Unter dem ständigen Druck begann man das "Experiment Südafrika", das die Situation der schwarzen Mitarbeiter in Südafrika verbessern sollte. Außerdem wurde eine Kommission von zwei Weißen und zwei Farbigen entsandt, die die Stellung von Polaroid dort untersuchen sollten. Das Ergebnis war nicht weiter verblüffend. Erstens unterstütze man nicht die Apartheid, zweitens sei alles nicht so schlimm, drittens zahle man weit über dem gesetzlichen Mindestlohn und viertens sei Südafrika ein feines Land, um zu investieren. Die Forderungen der PRWM waren dagegen:

1. Polaroid sollte den vollständigen Rückzug aus Südafrika ankündigen;
2. Polaroid sollte seine Position in Südafrika und den USA erklären;

3. Polaroid sollte die in Südafrika verdienten Gewinne den afrikanischen Befreiungsbewegungen zur Verfügung stellen.

Wie zu erwarten war, reagierte Polaroid nicht direkt auf diese Forderungen. In halbseitigen Zeitungsanzeigen jedoch wurden die Ergebnisse der Kommission bekanntgegeben. Außerdem wies man darauf hin, daß ein "experiment in black education" mit 100.000 Dollar unterstützt werde.

Nachforschungen ergaben, daß sich Polaroid in Südafrika in Wahrheit immer noch genauso verhält wie alle anderen dort ansässigen Firmen. Die südafrikanische Tochterfirma heißt Frank & Hirsch. Sie beschäftigt einige farbige Angestellte, einige Inder und 155 Afrikaner. (5) Von ihnen sind 37 als unausgebildet eingestuft. Sie bekommen 60 Rand im Monat. Das sind zwar 10-15 Rand mehr als der gesetzlich festgelegte Minimallohn, aber immer noch 3 Rand weniger als das Existenzminimum, das die Stadtverwaltung von Johannesburg 1969 für eine Familie in Soweto errechnet hat. Wenn man noch die Kosten für die notwendigsten Möbel, Körperpflege, Kleidung und Geschirr dazurechnet, so fehlen nach den Erhebungen des Institute of Race Relations noch 35 Rand. (6) Die Gesellschaft beschäftigt einige afrikanische Aufseher (die allerdings nur Schwarze beaufsichtigen dürfen) und einen afrikanischen Sekretär für die Post. Höhere Jobs können Afrikaner in der Organisation nicht erreichen. Damit unterscheidet sich Polaroid nicht von ihren Zulieferern und allen anderen Firmen des Landes. (Bei Rosenthals Südafrika-Tochter sieht es nicht anders aus. (7))
Das vielgepriesene Ausbildungsprogramm soll der Ausbildung von 500 schwarzen Studenten dienen. Es würde etwa 58 000 Rand kosten, von denen allerdings noch nicht viel angekommen ist. Gemessen am Aufwand, der für die Kriegsführung gegen PRWM getrieben wurde, kann man diese Zahl sowieso vernachlässigen.

Das Polaroid revolutionary workers movement hat mit seinen Aktionen gegen diese Gesellschaft eine breite Öffentlichkeit erreicht und Unterstützung gewonnen. Viele amerikanische Zeitungen begannen, sich kritisch mit den Geschäftsmethoden auseinanderzusetzen. Nach einem Besuch Caroline Hunters beim Anti-Apartheid-Movement fand sie auch in der englischen Presse ein Echo. Die Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien, Namibia und Rhodesien, haben sich in schärfsten Protesten gegen das Engagement der Polaroid in Südafrika gewendet.

Aber Polaroid ist nur ein Beispiel. Es zeigt, daß auch eine sehr große Firma durchaus verwundbar ist und daß konsequent angelegte und geführte Kampagnen gegen Monopole Erfolg haben können - wenn auch kurzfristig keine sehr tiefgreifenden Veränderungen zu erreichen sind, so bietet langfristig die dadurch angeregte Politisierung weiter Schichten der Bevölkerung eine Voraussetzung, die Konsequenzen kritischer Analysen in die Tat umzusetzen. Allerdings werden solche Kampagnen in der amerikanischen Presse eher wohlwollend aufgegriffen als in der deutschen, die ihre Industrie weit stärker und einheitlicher verteidigt (wie im Fall der Angriffe auf die Cabora Bassa-Firmen). In diesem Fall ist es Polaroid - genauso könnte es IBM sein, Rheinstahl, Dow Chemical, Siemens u.a. Daß die Methoden von Polaroid aufgedeckt worden sind, ist das Verdienst der PRWM, und es ist ein Anfang, der es wert ist, beachtet zu werden.

---

1) "Es ist keine gewöhnliche Gesellschaft, die wir zusammen aufgebaut haben. Sie ist der stolze Pionier, ausgesandt, die Welt zu lehren, wie Menschen zusammenarbeiten können. Polaroid ist auf seinem Weg, die Welt anzuführen ... vielleicht sogar, sie zu retten.
2) Herald-Dispatch, Los Angeles, 21.10.1971
3) Time out July 9-15 News 8
4) Bay State Banner, 4.11.71
5) Financial Mail, 22.1.71
6) ebenda
7) Spiegel, 49/71

Tansania; Afrikanischer Sozialismus von Christian Jäggi, Dokumentationsreihe der Arbeitsgruppe Dritte Welt, Luzern.

Abriß über die Geschichte Tanganyikas und Sansibars, politische Entwicklung seit der Unabhängigkeit, Tansanias Sozialismus, Die sozio-ökonomische Lage und Tansanias Außenpolitik.

Die Dokumentation kann bezogen werden bei: Arbeitsgruppe Dritte Welt Luzern, Angela Fürer, Meisenweg 11, 6000 Luzern (Preis DM 3,--).

Lateinamerika

Das größte Spekulationsobjekt der Erde

Brasiliens Transamazonica-Plan lockt Kapital an / Sklavenarbeit im Dschungel

Von Brigitte Heinrich

Der Bau der „Transamazonica", der 5000 Kilometer langen Straße durch die Wildnis, die vom Atlantik quer durch den lateinamerikanischen Kontinent bis zur bolivianischen und peruanischen Grenze und später bis zum Pazifik führen soll, wird von der Militärregierung „als größtes Heldenepos des brasilianischen Volkes" (Medici) gefeiert. Das Superunternehmen soll das Rückgrat eines Straßennetzes bilden, mit dem das größte unberührte Gebiet Lateinamerikas erschlossen werden soll: Das Amazonasbecken ist mit rund fünf Millionen Quadratkilometern so groß wie Europa ohne die Sowjetunion.

Mit dem Bau der Transamazonica wurde im Herbst 1970 begonnen. Über die Hälfte der Strecke, 2775 Kilometer, sind bereits zu Anfang 1972 fertiggestellt. Senkrecht zu dieser Ost-West-Verbindung entsteht außerdem eine 1648 Kilometer lange Fernstraße zwischen Santarem am Amazonas und Cuibaâ, der Hauptstadt des Staates Mato Grosso.

Der Jubel über dieses größte Entwicklungsprojekt der Nation, bei dem nach Aus-



sagen der Militärregierung im Gegensatz zu den grauenhaften Begleiterscheinungen der Entdeckungen durch europäische Eroberer nach wissenschaftlich-humanen Leitideen verfahren wird, wird nun durch die Enthüllungen des Bischofs von São Felix im Bundesstaat Mato Grosso, Dom Pedro Casaldaliga, überschattet.

Waren bisher nur vereinzelte Berichte von Ethnologen über Massaker, Vertreibungen und die Praktiken der Zwangsassimilierung von Amazonasindianern an die europäische Öffentlichkeit gedrungen, so geben die Berichte des Bischofs eine umfassende Schilderung sowohl über die Lage der Bevölkerung als auch über die geplante Erschließung des Amazonasbeckens als Rohstoffreservoir für die brasilianische Industrie und den Weltmarkt, über das Ausmaß an Bodenspekulation und die Verwandlung des Urwaldes in riesige Rinderfarmen

Vor allem seit amerikanische Konzerne, unterstützt von der Luftwaffe, den Urwald von „oben" erkundeten, hat eine riesige Spekulationswelle eingesetzt. Viele Ländereien haben schon jetzt bis zu 35mal den Besitzer gewechselt. Der Grund: Das Amazonasbecken birgt unübersehbare Reichtümer. Man vermutet hier das größte Eisenerzlager der Welt, dessen Vorkommen auf acht bis dreißig Milliarden Tonnen geschätzt werden; hier lagern ferner 93 Prozent der brasilianischen Bauxitreserven, hundert Prozent des Zinns, hier lagern die größte Natriumchloridmine und das größte — noch nicht erschlossene — Erdölfeld der Welt („Realidade". Oktober 1971). Über die Mengen anderer seltener Mineralien wie Mangan, Nickel, Blei, Kohle, Kupfer, Uran, Gold und Diamanten gibt es bisher nur Schätzungen.

Die Oberintendantur zur Entwicklung Amazoniens fördert Investitionen in den Bergbau und den Aufbau großer Rinderfarmen durch vielfältige finanzielle Erleichterungen wie durch langfristige Darlehen zu Vorzugsbedingungen, durch völlige oder teilweise Körperschaftsteuerfreiheit oder durch die steuerliche Absetzbarkeit von Amazonas-Schuldverschreibungen.

Unter derartig günstigen Bedingungen haben ausländische Firmen bereits große Gebiete des Amazonasbeckens unter ihre Kontrolle gebracht. Beispielsweise, so berichtet die brasilianische Zeitschrift „Realidade", besitzen die Georgia Pacific Corporation 400 000 und die US Steel 80 000 Hektar Amazonasland. Da das brasilianische Recht ursprünglich ausländischen Firmen nur einen Grundbesitz von 5000 Hektar erlaubte, hatte die brasilianische US Steel-Tochter zunächst über 31 Scheinfirmen die Besitz- und Nutzungsrechte an den eisenerzreichen Gebieten erwerben wollen.

Bevor jedoch dieses Beispiel Schule machte, änderten die seit 1964 das Land beherrschenden Generale 1970 das Gesetz, das Ausländern hinfort den Erwerb von Konzessionen bis 50 000 Hektar ermöglicht. Der US Steel erlaubten sie darüber hinaus die Nutzung von weiteren 30 000 Hektar. Dennoch kann die US Steel die Ausbeutung der Erzminen, die sich über ein Gebiet von 160 000 Hektar im Carajàs-Gebirge südlich des ersten Bauabschnitts der Transamazonica erstrecken, nicht allein durchführen. Sie muß sich diese mit der noch vor zwei Jahren in neunzigprozentigem Staatsbesitz befindlichen Companhia do Vale Rio Doce, deren Gesellschaftskapital inzwischen aber zu 49 Prozent in Händen der US Steel ist, teilen. Beide Konzerne wollen in Amazonien bis 1975 30 Millionen Tonnen Eisenerz fördern.

Daneben baut die Beethlehem Steel über die Icomi schon jetzt jährlich 100 000 Tonnen Eisenerz für den nordamerikanischen Markt ab. Die Aluminium Company besitzt Schürfrechte auf einem Gebiet von 100 000 Hektar mit einem Bauxitlager von 980 Millionen Tonnen. (Realidade, Okt. 1971). Außerdem kontrollieren internationale Gruppen der Holzindustrie schätzungsweise schon 60 Prozent des Amazonasgebietes.

Die brasilianischen Generale werten ihr transamazonisches Straßenbauprojekt zugleich als eine überdimensionale Agrarreform. Zur Zeit sind deren wesentliche Charakteristika die Vertreibung und Enteignung der Kleinbauern und die Überführung der Minifundien in die Domänen von Großgrundbesitzern, ferner die Vertreibung und Ausrottung der in diesem Gebiet ansässigen Indianerstämme.

Die Indianer werden aus einem Gebiet von 90 Kilometern beiderseits der Straßen ausgesiedelt. Dieses Land, laut Gesetz Eigentum der Indios, geht in den Besitz von Industrie- und Viehzüchtergesellschaften über. Bereits einige Jahre zuvor hatten die Indianer den fruchtbarsten Teil des Xingu-Nationalparks, des größten Indianerreservats in Brasilien, Großviehzüchtern überlassen müssen. Die größte Rinderfarm im Staate Mato Grosso, die sich heute zum Teil über ehemaliges Indianerland erstreckt, die Suisa-Missu, umfaßt 695 843, die nächstgrößte, Codeara (Companhia de Desenvolvimiento do Araguaia), fast 200 000 Hektar Amazonasland.

Um die immense „Eroberung des Westens" in Brasilien leisten zu können, benötigen die großen Gesellschaften Arbeitskräfte, zunächst im wesentlichen Holzfäller. Zu diesem Zweck propagiert die Militärregierung die Rettung der verelendeten Massen des Nordostens, wo ein Viertel der 30 Millionen Einwohner fast ständig arbeitslos sind. Diese „Rettung" ist in der letzten Zeit selbst von brasilianischen Zeitungen als Sklavenhandel angeprangert worden.

Die Enthüllungen darüber sind alarmierend wie die über Massaker an den Indios. Die Nordwestindios werden in riesigen Lastwagentransporten in die Sumpfgebiete Amazoniens gebracht. In jeweils nur mündlichen Absprachen werden sie über ihre Arbeitsbedingungen systematisch getäuscht. Bei ihrer Ankunft im Urwald wird ihnen die Rechnung über die „Reisekosten" präsentiert (umgerechnet etwa 200 DM). Sie müssen dann ihr Arbeitswerkzeug selbst kaufen (eine Sichel kostet 12 DM, eine Axt 13 DM), ebenso Lebensmittel und Medikamente. Selbst Gratismuster müssen von ihnen bezahlt werden.

Die Mehrzahl der Arbeiter erkrankte bald nach ihrer Ankunft an Malaria. Viele von ihnen starben, weil ärztliche Betreuung entweder fehlte oder völlig unzureichend war. Einem Bericht der für den Bundesstaat Mato Grosso zuständigen Polizeibehörden zufolge werden selbst Jugendliche im Alter von 17, 15, ja sogar 13 Jahren von den Gesellschaften als Holzfäller beschäftigt.

Die meisten Arbeiter verdienen höchstens 1,60 DM pro Tag. Werden sie krank, so verlangen die Latifundisten von ihnen 30 DM pro Tag für den Arbeitsausfall und für Medikamente. Nachdem die Arbeiter aus dem Nordosten von Anfang an durch die unerwarteten Reisekosten, die ihnen aufgebürdet wurden, gegenüber den Gesellschaften verschuldet waren, gerieten sie durch die miserablen Arbeitsbedingungen in noch weitere Abhängigkeit. Zudem sind sie gezwungen, Lebensmittel bei der Gesellschaft zu überhöhten Preisen einzukaufen, wo ein Kilo Zwiebeln umgerechnet fünf DM und ein Kilo Reis sechs DM kostet.

Hinzu kommt, daß sich im Übergang von der extensiven Bearbeitung des Bodens durch die Minifundisten zur kapitalintensiven Viehwirtschaft das Problem der Arbeitslosigkeit schon abzeichnet. Die größte Farm beispielsweise benötigt insgesamt nicht mehr als 250 Arbeitskräfte.

Frankfurter Rundschau

12.1.1972



Register

Nr. 1 - Nr. 11/12

(Kurznachrichten sind als KN angegeben)

Rhodesien

Support the settlement or be sacked, workers told

IN COLLUSION with imperialist firms operating in Zimbabwe, the racist authorities in the country have embarked on a desperate manoeuvre to coerce the people into "accepting" the sell-out.

The letter reproduced here was initiated by one of these firms. The indigenous workers of Zimbabwe are being pressured into signing such letters, addressed to the Pearce Commission.

They must sign — or lose their jobs . It is as simple as that.

Already, reports have started to reach the outside world that many Africans have in fact complained that they lost employment for refusing to sign these letters.

The racist authorities have also in collusion with their agents embarked on another spree of collecting the leaflets circulated by the African National Council entitled "ANC Says No !! to the Anglo-Rhodesian Settlement Proposals."

The leaflets state that the proposals have been critically studied, analysed and found to be a vicious and subtle device for British recognition of UDI.

"We are convinced that the only reasons why the British government consulted African opinion were to give respectability to an already concluded deal and deceive the world that the agreement was a result of negotiations with European and African leaders in Rhodesia", the leaflet adds.



NICHOLABS (PROPRIETARY) LIMITED
RHODESIAN BRANCH

P.O. Box 366, Salisbury, Rhodesia
Ivory House, Manica Road.
Tel. No. 21483
Tele - Cable: Aspro Salisbury

20th January, 1972.

To: The Pearce Commission,
Stability House,
Jameson Avenue,
Salisbury.

Dear Sir.

As a Rhodesian who is well-employed by a company which is world-wide, I wish to aivise that I am in agreement with the proposals for settlement, as I feel it would be in the best interests for the future of Rhodesia if a settlement could be reached, and do not wish to be associated with the violence and unrest at present amongst certain troublemakers in the country.

Yours faithfully,

Address: ____________ ____________

____

...ctors: M. G. Mackeurtan (Chairman). E. G. Pilley (Managing). R. R. Butcher, G. C. Shaw Chief Agent in Rhodesia: E. R. Bradford.

aus "Standard" (Dar es Salaam) 31.1.72

Eduardo de Sousa Ferreira

Portugiesischer Kolonialismus zwischen Südafrika und Europa

mit einem Vorwort von Basil Davidson, London ca. 220 Seiten

erscheint Mitte März beim Informationszentrum Dritte Welt Freiburg

Aus dem Inhalt:

Die Rolle der Kolonien in der portugiesischen Wirtschaft - Die Entwicklung der portugiesischen Wirtschaft und das internationale Kapital in Portugal und den Kolonien - Namibia und das Cunene-Projekt in Angola - Die Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien - Die Hintergründe der Ereignisse in der Republik Guinea - Die Revision der portugiesischen Verfassung und die Kolonialfrage - Der "Dialog" oder: Südafrika als Nebenmetropole

Im Juni 1970 wurde auf der in Rom stattfindenden Internationalen Konferenz zur Unterstützung der Völker der portugiesischen Kolonien ein bedenklicher Mangel an Informationen und Analysen über den portugiesischen Kolonialismus und seine Implikationen festgestellt. Es wurde dazu aufgefordert, durch publizistische Arbeit zum Abbau der "Mauer des Schweigens" um die Situation im südlichen Afrika beizutragen.
Die hier vorgelegten Aufsätze des Portugiesen Eduardo de Sousa Ferreira kommen dieser Aufforderung nach; sie wurden in den Jahren 1970 und 1971 geschrieben und in westdeutschen Zeitschriften veröffentlicht. Da die meisten dieser Zeitschriften inzwischen vergriffen oder nur noch schwer zu bekommen sind, ließ es sich rechtfertigen, die wichtigsten Aufsätze zu sammeln und in Buchform nochmals zu veröffentlichen. Sie wurden zu diesem Zweck vom Autor nochmals überarbeitet und insbesondere die Wirtschaftsdaten auf den neuesten Stand gebracht.

Basil Davidson über das Buch und seinen Autor:

"Was er - als Ergebnis seiner wissenschaftlichen Ausbildung und langjährigen Forschungsarbeit - zu sagen hat, ist wichtig für die Portugiesen, nicht minder wichtig aber auch für uns andere Europäer. Seine Aufsätze dringen tief in die Krankheit Portugals ein, die auch, und in nicht geringem Ausmaß, unsere Krankheit ist. Niemand, der das heutige Europa verstehen will, kann es sich leisten, die Informationen, die in diesem Buch so klar vorgebracht werden, zu ignorieren.
Die vorliegenden Aufsätze sind noch in anderer Hinsicht von Wert: Sie gehen ausführlich auf die Beziehungen zwischen Europa und Afrika ein und damit, im größeren Zusammenhang, auch auf die Beziehungen zwischen Europa und der gesamten "Dritten Welt". Sie zeigen, daß der portugiesische Imperialismus - der einen der schwerwiegendsten Faktoren der Krankheit Portugals darstellt - ebenso internationaler Imperialismus ist. Sie weisen auf einen Prozeß hin, in dem alte Methoden des Imperialismus durch neue ersetzt werden, subtiler als die alten und doch weit gefährlicher. Und die Stärke dieser Aufsätze liegt darin, daß sie nicht dogmatisieren: sie bringen Fakten. Es ist nötig, daß wir diese Fakten kennen."

Suskriptionspreis DM 5,-

Bitte schicken Sie die beigefügte Bestellkarte bis zum 15.3. zurück. Sie erhalten das Buch dann gegen Vorauszahlung von DM 5,- auf unser Konto 102 262 33 (BfG Freiburg); Schweizer Bezieher erhalten das Buch gegen Einzahlung von sfr.5,50 auf das Postscheckkonto Basel Nr.40-35899 (G.Stingl). Bitte vergessen Sie nicht den Vermerk "Ferreira, Portugiesischer Kolonialismus" auf dem Einzahlungsschein! Nach dem 15.3. kostet das Buch dann DM 6,- (sfr.6,60) + Porto u. Verpackung.